E-Government, Internet und Informationstechnik



OZG-Umsetzung

Erfolg entscheidet sich in Kommunen



E-Government

Innovationspreis:
 Finalisten sprechen am Round

 Table über ihre Projekte

Titel

 Onlinezugangsgesetz:
 Wie sollen die Mittel des Bundes verteilt werden?

Informationstechnik

IT-Sicherheit:
 Baden-Württemberg gründet
 Cyber-Sicherheitsagentur

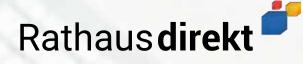
Praxis

 Leipzig: Bürger-Terminals für Online-Services im Test



Spezial

• E-Partizipation:
Digitale Beteiligungsformate laden zum Mitmachen ein







Wir begleiten Sie bei der Umsetzung des OZG!

Gerne informieren wir Sie ausführlich über unsere OZG-Lösungen. www.nolis.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser.

die zweite Halbzeit hat begonnen: Zwei Jahre bleiben noch, um die Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes (OZG) umzusetzen. Fast 600 Verwaltungsdienste sollen ab dem Jahr 2022 digital zur Verfügung stehen. Die Halbzeitbilanz fällt jedoch nüchtern aus. Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) etwa bemängelt in seinem

Bericht zum Stand der Verwaltungsdigitalisierung, dass noch nicht viel erreicht wurde und unklar sei, bis wann welche Online-Leistungen angeboten werden (*Seite* 22).

Tatsächlich gibt es auf kommunaler Ebene mehr Fragen als Antworten. Nach den Plänen des Bundes sollen OZG-Lösungen nach dem Einer-für-Alle-Prinzip in einer Art App Store zur Verfügung gestellt werden. Unklar ist, wie das in der verbleibenden Zeit konkret umgesetzt wird (Seite 14). Zudem verfolgen einige Bundesländer Digitalisierungsstrategien mit gänzlich anderem Ansatz. Das Land Hessen beispielsweise denkt über das OZG hinaus und will das Verwaltungshandeln insgesamt effizienter machen.

Die hessischen Kommunen können dazu die ekom21-Plattform civento kostenlos nutzen. Im Interview mit Kommune21 erläutert ekom21-Geschäftsführer Ulrich Künkel die hessische Strategie und den Nutzen der Digitalisierungsplattform (Seite 18). Am Geld sollte die OZG-Umsetzung jedenfalls nicht scheitern. Im Corona-Konjunkturpaket des Bundes sind drei Milliarden Euro für die Entwicklung von Online-Diensten vorgesehen. Allerdings: Die Kommunen und ihre IT-Dienstleister werden nicht direkt von den Mitteln profitieren (Seite 16).

beaude Closell

Ihr

Alexander Schaeff



CC DMS

Modernisieren Sie jetzt die Verwaltungsarbeit!

- Elektronische Akte
- Workflow
- Office-Integration
- Mailarchivierung
- Archivierung aus Fachverfahren



Inhalt

E-Government

Ausgabe I/2021 – Januar

Netzwerk: Im N3GZ trifft sich der E-Government-Nachwuchs 8
Round Table: Finalisten des Axians Infoma Innovationspreises tauschen sich aus
Titel
OZG-Umsetzung: Eine Herkulesaufgabe, die verunsichert 14
Mittelvergabe: Einer für Alle als Kriterium 16
Interview: ekom21-Geschäftsführer Ulrich Künkel erläutert die hessische Digitalisierungsstrategie
Kommunalgremium: IT-Planungsrat mit erweiterter Struktur
Normenkontrollrat: Kritische Zwischenbilanz 22
Niedersachsen: Drei Städte arbeiten zusammen
Kooperation: IT-Dienstleister bündeln ihre Expertise
Online-Services: Mit klarem Konzept sukzessive umsetzen 26

IIIIOIIIIALIOIISLECIIIIIK
IT-Sicherheit: Baden-Württem-
berg gründet Cyber-Sicherheits-
agentur28
Bayern: Landesamt für Sicherheit
in der Informationstechnik unter-

stützt Kommunen 30
Mobiles Arbeiten: Container-
Lösung erlaubt sicheres Kommu-
nizieren32

Fachverfahren
I aciiv ci i ai ii cii

Online-Dienste im Zulassungs-	
wesen sind gefragt3	4
Digitalisierung: i-Kfz als	
Blaupause für umfangreiche	

Vorhaben	•••••		36
Branchen	-News: D	SV Service,	
KDO, AKI	ЭΒ		37

Praxis

Leipzig: Bürger-Terminals im Praxistest
Münster: Interaktive Karte informiert Zugewanderte 40
Praxis-News: Kreis Vechta, Quickborn, Rhein-Neckar-Kreis,
Soest, Wolfsburg41

_			- 1
51	oe:	71	я

E-Partizipation: Umfrage-Tool
für Bayerns Gemeinden 42
Detmold: Bürger gestalten die digitale Agenda mit
Halle: Online- und Offline-Beteiligung gehen Hand in Hand 46
Virtuelle Formate: Kommunen
sammeln neue Erfahrungen 48

Rubriken:

Editorial	3
News	6
IT-Guide	50
Vorschau, Impressum	58



Herkulesaufgabe OZG

Gut gestartet ist die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Vielversprechende Lösungen sind entstanden, weitere werden folgen. Ob das anspruchsvolle Vorhaben ein Erfolg wird, ist damit aber nicht entschieden. Denn offene Fragen und Uneinigkeiten erschweren den Prozess immer wieder.

ab Seite 14



News



twitter.com/k2Inews

Baden-Württemberg: Bildungsplattform erweitert Das Lern-Management-System (LMS) itslearning wird Teil der digitalen Bildungsplattform Baden-Württembergs und ergänzt die Lösungen Moodle und BigBlueButton.

• https://km-bw.de

Governikus: Neue Features für AusweisApp2

Mit der neuen Version prüft die AusweisApp2 nun auf Knopfdruck, ob Smartphone und Ausweis zur mobilen Nutzung einsatzbereit sind.

www.ausweisapp.bund.de

ITK Rheinland: Neuer Verbandsvorsteher

ITK Rheinland hat mit Matthias Engel, Beigeordneter in Mönchengladbach, einen neuen Verbandsvorsteher. Er folgt auf Andreas Meyer-Falcke.

· www.itk-rheinland.de

Brandenburg: Strategie evaluiert

Die Digitalisierung Brandenburgs wurde einer Evaluation unterzogen. Die Ergebnisse sollen in das Digitalprogramm 2025 einfließen.

www.brandenburg.de

Axians Infoma

Innovationspreis 2020

Zum achten Mal in Folge hat das Ulmer Unternehmen Axians Infoma seinen Innovationspreis an drei kommunale Verwaltungen vergeben. Gewinner ist in diesem Jahr die niedersächsische Samtgemeinde Neuenhaus; die beiden Finalisten, die Stadtbetriebe Grevenbroich und die Kreisstadt Bergheim stammen aus Nordrhein-Westfalen (siehe auch Seite 10). Alle Preisträger hatten sich laut Axians Infoma mit beispielgebenden Digitalisierungsprojekten auf Basis der Finanzwesen-Software Infoma newsystem beworben. Die Samtgemeindeverwaltung Neuenhaus trat mit ihrem Projekt der umfassenden Digitalisierung von Prozessen im Finanzbereich an, Anbindung an das Bürgerportal OpenR@thaus inklusive. Während bei den Einsendungen bislang Themen wie Transparenz oder Zahlen im Fokus standen, ging es laut Axians Infoma in diesem Jahr vor allem um Prozessoptimierung und Digitalisierung.

www.axians-infoma.de

6

Bayern / Brandenburg

Gemeinsam digitalisieren

Brandenburg und Bayern haben eine Kooperationsvereinbarung zur Digitalisierung der Verwaltung geschlossen. Das teilen das Bayerische Staatsministerium für Digitales und das Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg mit. Brandenburg bringt demnach vor allem seine Erfahrungen aus dem OZG-Themenfeld Ein- und Auswanderung in die Kooperation ein. Bayern steuere sein Know-how zu E-Government-Infrastrukturen bei. Durch die Kooperation werde Brandenburg außerdem Teil einer Entwicklergemeinschaft, die bislang aus Bayern, Hessen und dem Bund besteht. Die vier Partner wollen laut Ministeriumsangaben gemeinsam Software für E-Government-Servicekonten weiterentwickeln.

www.mik.brandenburg.de www.stmd.bayern.de

Open Source

KGSt-Projekt gestartet

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) will einen Bericht zum Einsatz von Open Source Software (OSS) in Verwaltungen erarbeiten. Wie die KGSt mitteilt, soll der Bericht den OSS-Einsatz in den Verwaltungen sukzessive fördern und dem kommunalen Management praxisorientierte Hinweise geben, wie dies gelingen kann.

www.kgst.de

Portalverbund

Leitfaden Nutzererlebnis

Das Nutzererlebnis trägt maßgeblich zum Erfolg der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bei. Einen Leitfaden zum Nutzererlebnis Portalverbund bietet deshalb jetzt der IT-Planungsrat auf der OZG-Plattform des Bundesinnenministeriums an.

https://tinyurl.com/yxv37j2q

Bitkom / DStGB

Schub durch Corona

Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung in den Städten und Gemeinden hierzulande kräftig angeschoben. Die Mehrheit sieht in der Pandemie einen Digitalisierungstreiber, hat in Reaktion auf die Krise bereits neue Digitalisierungsprojekte verwirklicht und will das Digital-Budget für 2021 teilweise kräftig erhöhen. Das sind die zentralen Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Bürgermeistern und Digitalisierungsverantwortlichen in mehr als 600 Kommunen, die der Digitalverband Bitkom und der Deutsche Städteund Gemeindebund (DStGB) in Auftrag gegeben haben. Demnach

erwarten neun von zehn Kommunen (88 Prozent), dass die Corona-Krise die Digitalisierung in Städten und Gemeinden vorantreiben wird. Dass digitale Technologien und Anwendungen in Zeiten der Pandemie stark zur Aufrechterhaltung des Amtsbetriebs beitragen, sagen laut Bitkom drei Viertel (77 Prozent) der Befragten. Für die Digitalisierung will die Mehrheit künftig mehr Geld bereitstellen. Gut die Hälfte (54 Prozent) plant, das Digital-Budget für 2021 zu erhöhen. Ein Drittel (34 Prozent) rechnet mit einem konstant bleibenden Budget, lediglich ein Prozent will das Budget kürzen.

> www.bitkom.org www.dstgb.de

Haufe.

Next:Public

Verwaltung in Krisenzeiten

Den Verwaltungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene ist es während der ersten Phase der Corona-Pandemie gelungen, arbeitsfähig zu bleiben. Das war jedoch häufig vor allem dem hohen Einsatz ihrer Mitarbeiter zu verdanken. Rund die Hälfte der Verwaltungsmitarbeiter arbeitete dabei mehrheitlich im Homeoffice. Rund ein Viertel musste weiterhin täglich zur Arbeit vor Ort - in den Kommunen waren es sogar 42 Prozent der Beschäftigten. Zu diesen Ergebnissen kommt die neue Studie "Verwaltung in Krisenzeiten", vorgelegt von der Beratungsagentur Next:Public. Im Rahmen der Studie wurden laut Agentur 5.000 Verwaltungsmitarbeiter und 5.000 Bürger zur Leistungsfähigkeit der Verwaltung während der ersten Corona-Welle befragt.

https://tinyurl.com/y4ahthsf

Nordrhein-Westfalen

Digitales Gewerbeamt

Zwischen April 2019 und Oktober 2020 zählte das Wirtschafts-Service-Portal.NRW über 26.000 Gewerbeanzeigen. Seit Beginn der coronabedingten Einschränkungen sei die Anzahl der Meldungen von unter 10.000 im Februar auf über 26.000 im Oktober 2020 gestiegen, teilt IT-Dienstleister publicplan mit. Im Vergleich zum Vorjahr zeige sich ein Zuwachs von 275 Prozent: Von April bis Oktober 2019 verzeichnete das Portal 4.302 Gewerbeanzeigen. Von April bis Oktober 2020 waren es 16.156. Dass das Angebot so intensiv genutzt wird, mache deutlich, wie wichtig digitale Verwaltungsleistungen nicht nur in Pandemiezeiten sind.

https://tinyurl.com/y3ohzknf



Nur das Beste für Sie

Greifen Sie auf aktuelles und umfangreiches Expertenwissen zu und profitieren Sie von:

- + Zeitsparenden Arbeitshilfen
- + Effizienter Weiterbildung
- + Aktuellem Fachwissen



Testen Sie 4 Wochen kostenlos: www.haufe.de/

tvoed-premium
Tel. 0800 50 50 445
(kostenlos)

Der Nachwuchs organisiert sich

Sich als Neuling in der facettenreichen E-Government-Szene zurechtzufinden ist gar nicht so einfach. Das Netzwerk N3GZ bietet Nachwuchskräften deshalb die Möglichkeit, fachübergreifend Anschluss zu finden und sich auf Augenhöhe auszutauschen.

it der Digitalisierung im öffentlichen Sektor befasst sich nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Politik, Forschung und Wirtschaft. Das Anwendungsfeld E-Government bringt damit Beschäftigte aus den verschiedensten Bereichen zusammen, beispielsweise Wirtschaftsinformatik, öffentlicher Dienst, Jura, Sozialwissenschaften oder Design. "Gerade für Neulinge ist die deutsche E-Government-Szene daher oft unübersichtlich", weiß Basanta Thapa, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT) des Fraunhofer-Instituts für Offene Kommunikationssysteme FOKUS in Berlin. "Da fragt man sich: Wo ist eigentlich meine Peer Group? Wo kann ich meine dummen Fragen stellen und Ideen vorschlagen? Damit traut man sich nicht gleich an die obersten Stellen, sondern eher an jemanden auf Augenhöhe, also in Junior-Position."

Um Nachwuchskräften genau das zu ermöglichen, gründete sich im Juni 2019 das N3GZ, das Nachwuchsnetzwerk Digitale Verwaltung des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums (NEGZ). Das junge Netzwerk umfasst mittlerweile über 160 Mitglieder aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und

Verwaltung, die sich mit der Verwaltungsdigitalisierung befassen. Thapa war von Anfang an dabei.

"Das N3GZ ist ausdrücklich als Spielwiese oder Vorhof gedacht", erklärt der studierte Verwaltungswissenschaftler. Die Mitglieder seien dazu aufgerufen, einander zu duzen und "dumme" oder vielmehr

grundlegende Fragen ausdrücklich erwünscht. Zu Diskussionsveranstaltungen würden bevorzugt Nachwuchs- statt Führungskräfte eingeladen. Denn diese sind ein nahbarer und gleichzeitig nützlicher Kontakt für die Zukunft.

Beim N3GZ handelt es sich um ein ehrenamtliches Netzwerk. Mitmachen kann jeder, der sich über die N3GZ-Website anmeldet. Zentrales Kommunikationsmedium ist die offene Mailing-Liste, die Interessierte über die N3GZ-Website abonnieren können. Eine Mitgliedschaft im Netzwerk ist dazu nicht erforderlich. So stehen den ungefähr 160 Mitgliedern über 360 Abonnenten der Mailing-Liste gegenüber. Über den Verteiler werden Veranstaltungshinweise oder Stellenausschreibungen geteilt. Auch Fragen werden darüber gerne



N3GZ-Workshop am Joint Innovation Lab in Lübeck.*

gestellt – etwa ob andere Mitglieder schon Erfahrungen mit neuen Bürokonzepten gemacht haben oder Einsichten zum Thema Barrierefreiheit bei digitalen Verwaltungsangeboten liefern können. "Das, was man über Google zu solchen Themen findet, ist ja meist nur die Spitze des Eisbergs", sagt Thapa. "Tatsächliche Erfahrungen, die dann über das Netzwerk geteilt werden, haben oft den größeren Mehrwert."

Darüber hinaus bietet das N3GZ Nachwuchskräften Publikationsprojekte, thematische Workshops, Kneipenabende am Rande von gro-

^{*} v.l.: (obere Reihe): Moritz Junginger, Kian Niroomand, Matti Große, Maik Brinkmann, Jan Klumb, Moritz Heuberger, Florian Lemke, Basanta Thapa, Florian König; v.l. (untere Reihe): Christine Prokop, Justine Marienfeldt, Daniel Wessel, Moreen Heine, Fanny Bender

ßen E-Gov-Konferenzen, regionale Stammtische und einen Blog mit Diskussionsbeiträgen. Hinzu kommen Tagungen, die sich durch den Dialog zwischen den Disziplinen und zwischen Wissenschaft und Praxis auszeichnen. Dabei diskutierte das junge Netzwerk bisher über Themen wie die Kooperationen in der Verwaltungsdigitalisierung beim Join Innovation Lab in Lübeck im Oktober 2019 oder über Künstliche Intelligenz und Automatisierung in der Verwaltung an der Uni Speyer im Februar 2020. Für 2021 ist in Kooperation mit dem SOCIUM Bremen eine Nachwuchskonferenz zum Thema "Künstliche Intelligenz in der Sozialverwaltung" geplant. Zudem soll ein Special Issue zu Digitaler Souveränität im studentischen Journal PolisReflects erscheinen, eine Zusammenarbeit von N3GZ, der studentischen Denkfabrik Polis180 und ÖFIT.

Den Twitteraccount des Netzwerks bespielen drei bis vier Mitglieder, die Zuständigen wechseln dabei. Auch gibt es regelmäßig ein Twitter-Takeover, bei dem ein Mitglied für eine Woche den N3GZ-Account übernimmt. Das soll die Vielfalt des Netzwerks zeigen und den Menschen dahinter ein Gesicht verleihen. Denn beim Takeover übernimmt das Mitglied nicht nur den Kanal, sondern macht sich mit Namen und Bild kenntlich, stellt sich kurz vor und berichtet beispielsweise aus dem eigenen beruflichen Alltag.

"Die Szene ist nicht so groß – allerdings schon größer als vor acht Jahren, als ich angefangen habe", erinnert sich Thapa. "Durch das Onlinezugangsgesetz sind jetzt schon viel mehr Leute im Bereich

digitale Verwaltung beschäftigt und es besteht ein noch größerer Bedarf, sich auszutauschen." 2013 hatte er an der Hertie School of Governance in Berlin im Bereich E-Governance und Innovation als wissenschaftlicher Mitarbeiter gearbeitet. Damals sei ihm aufgefallen, dass es keine richtige Möglichkeit zum Austausch unter Neueinsteigern in der E-Government-Szene gab, so Thapa. 2018 habe die Idee eines Nachwuchsnetzwerks auf einer Wissenschaftskonferenz des NEGZ schließlich konkrete Gestalt angenommen. Dort sollten die Anliegen des E-Government-Forschungsnachwuchses diskutiert werden - wobei sich der Nachwuchs kaum zu Wort zu kommen traute. Als Reaktion darauf sei die Gründung des N3GZ ins Rollen gekommen. Das NEGZ habe das Nachwuchsnetzwerk bereitwillig unterstützt, viele Mittel brauche es dazu nicht: "Ab und zu ein wenig Kaffeegeld und Reisekosten für Veranstaltungen vielleicht. Um Räumlichkeiten, Referenten und Gäste kümmern wir uns selbst", erklärt der ÖFIT-Mitarbeiter.

Woran es dem N3GZ mangelt, sind ausgerechnet die Nachwuchskräfte, die in der öffentlichen Verwaltung arbeiten. Thapa berichtet: "Beschäftigte in den Wissenschaften und aus dem Bereich Consulting können wir erfahrungsgemäß sehr gut über unsere Mailing-Liste und unsere Social-Media-Präsenz auf uns aufmerksam machen. Mitarbeiter der Verwaltung sind schwieriger zu erreichen. Sie werden eher über nicht öffentlich einsehbare Portale wie Xing, LinkedIn oder sogar über das verwaltungseigene Intranet auf uns aufmerksam, wenn N3GZ-Mitglieder über persönliche Accounts Veranstaltungshinweise

teilen. Wir streben auf jeden Fall an, mehr Nachwuchskräfte aus der Verwaltung als Mitglieder zu gewinnen. Nur den richtigen Kanal dazu müssen wir noch ausfindig machen."

Aufgrund der andauernden Corona-Pandemie finden derzeit alle Veranstaltungen des jungen Netzwerks digital statt. Richtige Workshops und kleinere Tagungen vor Ort sind vorerst nicht möglich. Ein Vorteil der virtuellen Treffen ist, dass Nachwuchskräfte aus ganz Deutschland teilnehmen können. Eben auch diejenigen, die sich für das Thema des Treffens interessieren, aber aufgrund der räumlichen Distanz sonst vielleicht keine Chance gehabt hätten, mal unter Gleichgesinnten zu sein, sagt Thapa. Ein Nachteil sei der fehlende persönliche Austausch - bei digitalen Treffen komme man nicht zufällig ins Gespräch und lerne sich nicht unbedingt besser kennen. In naher Zukunft plane das Netzwerk deshalb, den spontanen Plausch und das gegenseitige Kennenlernen unter den Nachwuchskräften auch digital zu ermöglichen. Als Mittel soll eine Software dienen, mit der Teilnehmer in zufälligen Kleingruppen virtuell zusammenkommen. "Hoffentlich können wir damit einen ähnlichen Effekt erzielen, wie auf unseren Veranstaltungen vor Ort", sagt Thapa. "Gerade um das Kennenlernen und Kontakte knüpfen geht es schließlich beim N3GZ."

Corinna Heinicke

Link-Tipp

Weitere Informationen zum N3GZ-Netzwerk:

9

https://n3gz.org

www.kommune21.de Kommune21 · 1/2021

In die Köpfe kommen

Mit einem Innovationspreis zeichnet Axians Infoma Kommunen aus, die beispielgebende Digitalisierungsprojekte umsetzen. Im Round-Table-Gespräch berichten die aktuelle Gewinner-Kommune und die beiden Finalisten über ihre Projekte.

Der Axians Infoma Innovationspreis wurde 2020 zum achten Mal in Folge verliehen. Wie haben sich die eingereichten Projekte in dieser Zeit thematisch verändert?

Jens Weiß: Die Kommunen in Deutschland sind weiterhin intensiv mit der durchgehenden und bruchlosen Digitalisierung ihrer Prozesse beschäftigt. Das ist eine Entwicklung, die Zeit braucht, auch wenn aus externer Sicht eine höhere Geschwindigkeit wünschenswert wäre. Was die Einreichungen zum Wettbewerb angeht, haben sich die Themen in den vergangenen Jahren nicht stark verändert. Es geht aber immer mehr um die umfangreiche Digitalisierung durchgehender Geschäftsprozesse

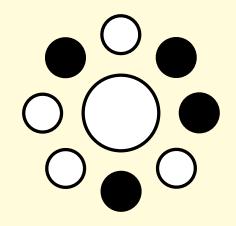
Am virtuellen Round Table saßen: Günter Oldekamp, Bürgermeister der Samtgemeinde Neuenhaus; Michael Wübben, Kassenverwalter der Samtgemeinde Neuenhaus; Jacqueline Ewert, in der Samtgemeinde Neuenhaus zuständig für Finanzen, Kasse und Controlling; Birgit Ritz, Abteilungsleiterin Organisation und IT und Stabsstelle BMdigital Kreisstadt Bergheim; Carina Steinert, Organisation und IT und

10

oder ganzer Verwaltungsbereiche. Das ist sehr erfreulich. Schwerpunkte sind die Digitalisierung des Finanzbereichs und die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).

Holger Schmelzeisen: Unsere Perspektive auf die Entwicklung der eingereichten Projekte sieht etwas anders aus. Die Projekte, die in den ersten Jahren präsentiert wurden, waren darauf angelegt, Verfahren und Module einzuführen, um damit mehr Transparenz zu schaffen. Es waren beispielsweise viele Doppik- und Bauhof-Projekte oder Vorhaben aus dem Bereich Liegenschafts- und Gebäude-Management dabei. Vor vier bis fünf Jahren kam dann durch die Einführung von Rechnungsworkflows die Prozess-

Stabsstelle BM-digital Kreisstadt Bergheim; Monika Stirken-Hohmann, Stadtbetriebe Grevenbroich AöR, Kaufmännische Vorständin; Florian Herpel, Stadtbetriebe Grevenbroich AöR, Technischer Vorstand; Dr. Jens Weiß, Professor für Verwaltungswissenschaften an der Hochschule Harz; Holger Schmelzeisen, Geschäftsführer Axians Infoma; Steffen Schanz, Prokurist Axians Infoma.



automatisierung und -optimierung vermehrt auf den Plan.

Was zeichnet den diesjährigen Wettbewerb und die Gewinner-Kommunen besonders aus?

Weiß: Der diesjährige Gewinner, die Samtgemeinde Neuenhaus in Niedersachsen, hat als kleine Kommune ein überzeugendes Gesamtkonzept zur Digitalisierung umgesetzt. Aus meiner Erfahrung heraus ist es für eine kleine Kommune eine große Herausforderung, ein so umfassendes Konzept umzusetzen. Viele Aspekte und Erfahrungen lassen sich auf andere Kommunen dieser Größenordnung, aber auch deutlich größere Verwaltungen übertragen. Der Stadtbetrieb Grevenbroich in Nordrhein-Westfalen, einer der Finalisten, hat ein Digitalisierungsprojekt im gewerblichen Bereich umgesetzt. Dort können Mitarbeiter beispielsweise auf dem Smartphone die Ergebnisse von Spielplatzinspektionen eintragen. Bei der Kreisstadt Bergheim in Nordrhein-Westfalen fällt insbesondere die innovative Umsetzung der Web-Kasse für das E-Payment auf.

Inwieweit können andere Kommunen von den ausgezeichneten Beispielen profitieren?

 $Kommune 21 \cdot 1/2021$ www.kommune 21.de

Steffen Schanz: Ursprung des Innovationspreises war es, die Kommunen für vorbildliche Arbeit auszuzeichnen. Die Verwaltung hatte früher im Allgemeinen ja eher das Image, ein wenig technologiefeindlich zu sein. Dem wollten wir begegnen und aufzeigen, dass unsere Kommunen kundenorientiert und innovativ sind. Das wollen wir mit dem Innovationspreis prämieren und auch nach außen darstellen. Zudem kann man die Punkte aus dem Innovationspreis verwenden, um anderen Kommunen den Einstieg in innovative Projekte etwas leichter zu machen. Die Gewinner des Innovationspreises bekommen oft große Aufmerksamkeit und werden von Kolleginnen und Kollegen angerufen und gefragt, wie genau sie das gemacht haben, worauf man achten muss und welche Tipps sie für die Einführung geben können. So muss nicht jeder das Rad selbst neu erfinden.

Wie bewerten Sie insgesamt die Entwicklungen in den Kommunen in Richtung eines Smart Government?

Weiß: Smart Government ist einerseits eine Reformvision, andererseits ein Marketing-Begriff für Technologie und Dienstleistungen zur Verwaltungsdigitalisierung. Jenseits von ein paar Leuchtturm-Projekten bleibt es weiterhin so, dass die Digitalisierung in den deutschen Verwaltungen eher sehr nüchterne und schwierige Grundlagenarbeit erfordert. Wenn die internen Prozesse nicht durchgehend digitalisiert sind, kann man kein Unternehmen und keine Verwaltung smart betreiben. Das haben die meisten Verwaltungen in den vergangenen Jahren erkannt. Wenn die internen Prozesse systematisch digitalisiert sind, dann bekommen wir auch gute Leistungen zu den Stakeholdern, also zu den Bürgern und Unternehmen. Das halte ich für smart. Wir können gerne Zukunftskonzepte zur Verwaltungsdigitalisierung aufzeigen, sollten aber nicht vergessen, dass viele Kommunen derzeit überwiegend nach wie vor von Papierprozessen geprägt sind.

Schmelzeisen: Für uns ist das kein reiner Marketing-Begriff. Wir sehen die Digitalisierung als wesentliches Element für Smart Government. Smart wird das Ganze aus Sicht von Axians Infoma erst, wenn man künstliche Intelligenz einbezieht – also das, was die Maschine für uns erledigen kann.

Schanz: Wir verstehen unter Smart Government zudem etwas mehr als die reine Digitalisierung. Es geht um Vernetzung und intelligentes Verwaltungshandeln. Ein Beispiel wäre der Vergleich mit einem Staubsauger: Dieser ist zwar ein schönes Hilfsgerät, aber ich muss immer noch selber saugen. Erst ein smarter Staubsaugerroboter braucht mich nicht mehr, der saugt selbst. Das ist der Unterschied zwischen reiner Digitalisierung und Smart Government.

Mit welchen Projekten haben Sie am Innovationspreis teilgenommen? Was wollten Sie mit der Umsetzung Ihres Projekts erreichen?

Bürgermeister Günter Oldekamp: Die Samtgemeinde Neuenhaus hat rund 14.000 Einwohner. Wir haben fünf Mitgliedsgemeinden und sind eine kreisangehörige Gemeinde der Grafschaft Bentheim. Wir sind bodenständig an die Bewerbung herangetreten und für uns ist es

eine besondere Ehre, dass wir den Preis tatsächlich gewonnen haben. Allein an zwei kleinen Beispielen lässt sich der Mehrwert des Unterfangens feststellen. Wir haben den digitalen Rechnungsworkflow vorbildlich entwickelt und auch schon voll integriert. Das hat dazu geführt, dass sich im Laufe der Zeit zwölf bis fünfzehn andere Kommunen das System des Rechnungsworkflows bei uns vor Ort angesehen haben. Wir arbeiten außerdem gut mit dem System Infoma newsystem, das hier in der Kämmerei auch weiterentwickelt worden ist. Auf Dauer planen wir, uns als Bürgerportal zu öffnen - Stichwort OpenR@thaus. Hier gibt es gemeinsame Pläne mit dem Landkreis Grafschaft Bentheim.

Jacqueline Ewert (Neuenhaus): Wir haben uns mit dem Projekt Digitaler Rechnungworkflow beim Innovationswettbewerb beworben. Mit diesem arbeiten wir seit vier Jahren. Die Umsetzungsphase dafür dauerte eine Weile, da wir uns eine ganzheitliche Strategie überlegt hatten. Da ging es beispielsweise darum, zu klären, wen wir beteiligen müssen und wie genau wir das Unterfangen hier im Haus umsetzen. Wichtig war, dass die Verwaltungsspitze hinter dem Vorhaben steht, da es dabei ja auch um eine Umstrukturierung hier im Rathaus ging. Zeitgleich haben wir den E-Rechnungsmanager und die zentrale Adressverwaltung eingeführt. Unser neuestes Projekt ist das eben erwähnte Bürgerportal OpenR@thaus, das im August 2020 gestartet ist. Hier haben wir die Fachverfahren direkt hinzugezogen, die Anbindung an die Standesamtssoftware Autista sowie die Erweiterung mit der Schnittstelle OR-Finanz. So können Bürger ihre

Steuerbescheide über das Bürgerportal abrufen.

Michael Wübben (Neuenhaus): Als wir uns anfangs entschieden haben, den Rechnungsworkflow einzuführen, mussten wir erst einmal klären, was uns dieser interne Prozess überhaupt bringt. Wir hatten im Vorfeld insbesondere bei der Rechnungsbearbeitung festgestellt, dass man lange Liegezeiten in Kauf nehmen muss, wenn die Rechnungen klassisch in Papierform bearbeitet und durch das Haus geschickt werden. Gleichzeitig gab es immer wieder Doppeleingaben und doppelte Bearbeitungsprozesse, die uns gestört haben. Mit dem elektronischen Rechnungsworkflow hat jeder Mitarbeiter nur die Rechnungen vorliegen, die ihn auch betreffen. Die eingegebenen Daten werden für weitere Prozessschritte vorgehalten. Das schafft Motivation, vereinfacht die Arbeit und sorgt für Schnelligkeit und Transparenz.

Birgit Ritz: Wir in der Kreisstadt Bergheim haben die Einführung der Web-Kasse als Projekt beim Wettbewerb um den Innovationspreis eingereicht. Nachdem wir schon seit fünf Jahren mit dem digitalen Rechnungsworkflow arbeiten, wollten wir weitere Bereiche mit einer manuellen Zahlungsabwicklung optimieren. Unsere Idee war, dass wir dazu auch die Finanz-Software Infoma newsystem nutzen, um so mit einem geschlossenen System arbeiten zu können.

Die Web-Kasse bietet die Möglichkeit, Gebühren online zu bezahlen?

Ritz: Die Web-Kasse ist vor allem im Bereich Einwohnermeldeamt im Einsatz, um beispielsweise

12

das Passwesen abzuwickeln – also überall dort, wo die Bürger im Hause Zahlungen über EC-Cash-Geräte zu leisten haben. Die direkte Abwicklung über die Web-Kasse ist im Prinzip das Zahlungsmodul, über das die Mittel dann auch direkt wieder in unser Finanz-Management-System Infoma newsystem gebucht werden können.

Carina Steinert (Bergheim): Ich möchte noch ergänzen und veranschaulichen: Jeder hat schon einmal bei Amazon oder einem vergleichbaren Online-Anbieter eingekauft. Dort hat man die Möglichkeit, nach einem Artikel zu suchen, diesen in einen Warenkorb zu legen und dann auch die Zahlungsmethode auszuwählen, die man gerne nutzen möchte. Genau das machen unsere Mitarbeiter im Endeffekt für den Bürger, das heißt beispielsweise im Einwohnermeldeamt: Der Bürger sagt, heute möchte ich bei der Stadt Bergheim einen Personalausweis und ein Führungszeugnis beantragen, dann können die Mitarbeiter das in den Warenkorb legen und den Bürger fragen, wie er bezahlen möchte. Da haben wir aktuell die Möglichkeiten Bargeld, Scheckzahlung oder Girocard-Zahlung anzubieten. Unterdiesen kann der Bürger dann auswählen und so wird der komplette Zahlungsvorgang abgeschlossen.

Mit welchem Projekt haben die Stadtbetriebe Grevenbroich teilgenommen?

Monika Stirken-Hohmann: Die Stadtbetriebe Grevenbroich AöR (SBG) gibt es erst seit Anfang 2018. Wir haben eine frühere GmbH von der Organisationsform her geändert und Teile der Verwaltung zusätzlich mit in die SBG genommen, nämlich

die Bereiche Grün, Straßen, Facility Management und Hochbau. Die Software Infoma newsystem für Kommunale Betriebe haben wir mit der Gründung eingeführt. Denn wir wollten bei der Neuorganisation gleich damit anfangen, Strukturen der Leistungserfassung zu ändern. Spielplatzkontrollen, Straßenschäden aufnehmen - das zählt zu den Bereichen, die früher wirklich reine Zettelwirtschaft waren. Zudem fehlt die Gelegenheit, belastbare Daten aus diesem Zettelwust herauszuziehen. Uns ging es insbesondere darum, Transparenz bei der Leistungserbringung zu schaffen. Wir haben auch schon sehr früh das Liegenschafts- und Gebäude-Management bei uns eingeführt. Auch im Bereich Hochbau und Facility Management entwickeln wir uns entsprechend weiter und das passt sehr gut zum Modul Kommunale Betriebe.

Welche Herausforderungen gab es bei der Umsetzung der Projekte?

Florian Herpel (Grevenbroich): Die Aufgabe, vor der wir standen war, ein wirtschaftlich privat aufgestelltes Unternehmen und Teile der ursprünglichen Kernverwaltung in einem Betrieb zusammenzuführen. Dabei wurde sehr schnell klar, dass es auch Handlungsbedarf bei den Arbeitsabläufen gibt. Wir wollten die Arbeitserfolge transparent machen und Arbeitsergebnisse sicherstellen - gerade bei haftungsrechtlichen Fragen ein immer relevanterer Aspekt. Zudem ist es wichtig, standortunabhängig einen allgemeinen Zugriff auf die Daten zu haben. Und natürlich geht es darum, Schnittstellen entsprechend zu verbessern. Von den Stadtbetrieben aus in eine Personalverwaltung

aber eben auch Dritten gegenüber – sei es dem Rat, der Bürgerschaft oder den Beteiligten aus der übrigen Verwaltung gegenüber.

Wübben (Neuenhaus): Die größten Herausforderungen lagen für uns in der Organisation. In der Verwaltung haben wir über die Jahre bewährte Arbeitsabläufe geschaffen, welche die Mitarbeiter verinnerlicht haben. Wenn man neue Systeme einführt, werden diese Routinen durchbrochen. Deshalb müssen Prozesse evaluiert und an die neue Technik angepasst werden. Dabei ist das Wichtigste, die Mitarbeiter abzuholen und rechtzeitig zu informieren. Zudem gilt es, die Vorteile für die Bürger und die Belegschaft in den Vordergrund zu rücken.

Wie haben Sie die Projekte organisatorisch umgesetzt?

Oldekamp (Neuenhaus): Wir arbeiten eng mit unserem IT-Dienstleister ITEBO aus Osnabrück zusammen, der uns bei den wesentlichen Prozessen unterstützt. Die Digitalisierung ist bei uns im Bereich Zentrale Dienste angesiedelt, auch die Fachabteilung Finanzen ist eng eingebunden. Was mich immer gefreut hat ist, dass der Anstoß für das Projekt aus der Belegschaft kam und nicht von oben angeordnet war. Die Einführung von Rechnungsworkflow, E-Rechnungsmanager, die Weiterentwicklung von Infoma newsystem - das ist aus den Reihen der Mitarbeiter entstanden und ich bin überzeugt, dass wir uns damit auf den richtigen Weg begeben.

Steinert (Bergheim): Wir haben in der Verwaltung den Bereich Organisation und IT, der solche Projekte dauerhaft begleitet und als Koordinationsstelle in Kontakt mit den einzelnen Fachabteilungen, den anderen Projektteilnehmern und unserem Rechenzentrum steht. Das Rechenzentrum hat uns bei diesem Projekt viel unterstützt, unter anderem mit zusätzlichen Arbeitskräften bei der Einrichtung.

Herpel (Grevenbroich): Bei uns lief das im Grunde vergleichbar zu dem, was die Kollegen beschrieben haben. Es handelt sich im Prinzip um eine Operation am offenen Herzen. Wir konnten also nicht auf der grünen Wiese anfangen, alles bis ins letzte Detail planen, um dann den Startschuss zu geben. Stattdessen fand die Umwandlung im laufenden Betrieb statt. Insofern kommt es vor allem darauf an, an einer Stelle die Projektkoordination zu haben. Bei uns hat das der Kollege Pascal Ramrath übernommen. Seine Hauptaufgabe ist es, die verschiedenen Beteiligten zueinander zu bringen und dafür zu sorgen, dass die dort anfallenden Aufgaben auch erledigt werden.

Was sind aus Ihrer Sicht die Erfolgsfaktoren für Ihre Projekte?

Ewert (Neuenhaus): Ein Erfolgsfaktor ist, dass man alle Mitarbeiter der Verwaltung mitnimmt und jeden auf seinem jeweiligen Wissensstand abholt. Wichtig ist auch, dass die Verwaltungsspitze vorangeht und das Projekt unterstützt. Ausschlaggebend ist zudem, dass man als Projektgruppe auch im Anschluss an das Projekt offene Ohren für Fehler oder Probleme aufseiten der Mitarbeiter hat.

Steinert (Bergheim): Das eine ist natürlich, dass die Kollegen Unterstützung benötigen. Dazu gehört, dass die Kollegen bereit sind, zu testen - das heißt, sie sollten sich idealerweise bereits im Vorfeld mit der Software vertraut machen und sich bei Problemen und Fragen sofort an uns wenden. Das gab uns in Bergheim die Möglichkeit, Probleme direkt zeitnah anzusprechen und zu lösen. Gut war auch, dass wir dafür die Unterstützung unseres Rechenzentrums hatten, sonst wäre das Unterfangen so gar nicht möglich gewesen. Ein weiterer wesentlicher Faktor war der Einsatz unserer Stadtkasse. Der Leiter und stellvertretende Leiter haben sehr viel Zeit investiert, viel mit uns gesprochen, ausprobiert und so geklärt, was sie noch bräuchten und was sie weiterbringen könnte.

Stirken-Hohmann (Grevenbroich): Bei der Veränderung, die wir eingeführt haben, ist eine hohe Akzeptanz sehr wichtig. Es kommt etwas vollkommen Neues auf die Mitarbeiter zu. Die Unterstützung, welche die Mitarbeiter dabei gebraucht haben, hat Herr Ramrath wirklich in guter Weise geleistet. Bei der Kommunikation mit den Meistern und den Beschäftigten in den einzelnen Kolonnen war viel Geduld nötig, um das System letztendlich auch in den Köpfen zu installieren.

Moderation: Alexander Schaeff Dokumentation: Corinna Heinicke

Welche weiteren Pläne die Finalisten des Axians Infoma Innovationspreises verfolgen, lesen Sie im zweiten Teil des Round-Table-Gesprächs in der Februar-Ausgabe von Kommune21.

Anspruch und Wirklichkeit

Marco Brunzel

Mit der OZG-Umsetzung wollen Bund und Länder den digitalen Entwicklungsrückstand im Bereich der öffentlichen Verwaltung aufholen. Ob das gelingt, entscheidet sich auf kommunaler Ebene sowie an den Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung.

it der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) sollen sich bekanntlich ab dem Jahr 2023 praktisch alle Verwaltungsleistungen in Deutschland digital abwickeln lassen. Das Projekt ist gut gestartet, hat bereits einige vielversprechende Ergebnisse vorzuweisen und wurde im Rahmen des Konjunkturpakets mit zusätzlichen Finanzmitteln in Höhe von drei Milliarden Euro ausgestattet. Doch diese aktuell guten Rahmenbedingungen sind trügerisch. Erst die kommenden Wochen werden darüber entscheiden, ob das anspruchsvolle Vorhaben wirklich ein Erfolg wird.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und der IT-Planungsrat haben in den ersten drei Jahren der OZG-Umsetzung viel richtig gemacht: klarer Fokus auf die Nutzer, Bündelung von Leistungen in Themenfeldern, Einführung agiler Arbeitsformen und Methoden. Im Ergebnis hat die ressort-, ebenen-, und verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit durch diese Aktivitäten schon jetzt eine neue Qualität bekommen. Davon konnten auch die Kommunen direkt oder indirekt profitieren. Vielerorts bewirkten das OZG und die damit in Verbindung stehenden Aktivitäten zur Einrichtung von



Für die angestrebte Umsetzung des OZG bleibt noch viel zu tun.

Digitalisierungslaboren eine echte Aufbruchsstimmung.

Doch hochgerechnet auf ganz Deutschland ist die aktive OZG-Szene nach wie vor überschaubar. Insbesondere für viele kleinere Kommunen klingen Begriffe wie FIM, FINK, FITKO, FIT-Store, FIT-Connect, SDG, OnceOnly, eIDAS oder EfA-Prinzip wie eine verwaltungsinterne Geheimwissenschaft - auch, weil der Informationsfluss in die kommunale Ebene nach wie vor nicht optimal funktioniert. Was jedoch in diesem Fall weniger am BMI oder dem IT-Planungsrat liegt. Die Bundesländer und die kommunalen Spitzenverbände auf Landesebene sind es, die jetzt stark gefordert sind, den Prozess der OZG-Umsetzung überall in die Fläche zu bringen.

Was in den kommenden zwei Jahren im OZG-Prozess ansteht, ist eine Herkulesaufgabe. Gut 600 Verwaltungsleistungen (hinter denen sich rund 6.000 Einzelleistungen verbergen) gilt es, flächendeckend in Deutschland umzusetzen - also in fast 11.000 Kommunen. Und selbstverständlich kann es dabei nicht nur um die Weiterleitung von Formulardaten oder PDF-Dokumenten gehen. Doch gerade bezüglich der vollständig digitalen Abwicklung von Verwaltungsverfahren (einschließlich der Anbindung bestehender Fachverfahren) gibt es auf kommunaler Ebene aktuell leider sehr viel mehr Fragen als Antworten.

Das BMI und der IT-Planungsrat haben für die bundesweite Nutzung

von OZG-Lösungen das Einerfür-Alle-Prinzip (EfA) entwickelt. Vereinfacht gesagt, sollen alle bundesweit nutzbaren Lösungen im Idealfall auf einer technischen Plattform zur Verfügung gestellt werden - ganz im Sinne eines App Stores für E-Governnment-Anwendungen. Ohne Frage ist dies ein sehr innovatives und zukunftsweisendes Konzept - doch leider ist aktuell noch nicht klar, wie das Ganze in den verbleibenden zwei Jahren konkret umgesetzt werden soll. Denn einige Bundesländer verfolgen eigene EfA-Strategien mit einem gänzlich anderen Ansatz. Dabei geht es oft nicht um echte Plattform-Lösungen, sondern eher um einfache modulare Baukästen für Online-Prozesse. Also Infrastrukturen für das Neu- oder Nachbauen statt für das Mit- und Nachnutzen von OZG-Lösungen anderer Bundesländer. Damit dürfte - unabhängig von den klar negativen volkswirtschaftlichen Effekten – allein mit Blick auf das oben skizzierte Mengengerüst eine landesweite OZG-Umsetzung kaum zu schaffen sein. Zumal solche landesweiten Portallösungen für Kommunen mit bereits bestehenden interaktiven Serviceportalen und intelligenten Antragsassistenten inklusive angebundener Fachverfahren sogar ein klarer Rückschritt wären. Daher sind viele Kommunen aktuell sehr verunsichert. Die kommunalen Spitzenverbände auf Landesebene wiederum sind nicht selten auf Kuschelkurs mit ihren Innenministerien und/oder abhängig von kommunalen Rechenzentren, denen erfahrungsgemäß jedoch auch nicht immer eine strategische oder technologische Führungsrolle im Veränderungsprozess der öffentlichen Verwaltung zukommt.

Um bis Ende 2022 möglichst optimale Ergebnisse zu erzielen, sollte beim OZG-Prozess Anfang 2021 an einigen Stellen unbedingt nachjustiert werden:

- Einer-für-Alle-Anwendungen im OZG-Prozess müssen als echte Plattform-Lösungen konzipiert und umgesetzt werden, die dezentrale IT-Verfahren weitgehend ersetzen und von allen Kommunen deutschlandweit genutzt werden können.
- Ergänzend zum einheitlichen Servicekonto für Unternehmen ist eine industriepolitische Neubewertung der OZG-Umsetzung nötig. Dabei sollte zugleich der Roll-out sicherer digitaler Identitäten sowie der Aufbau kooperativer und digital-souveräner Daten-Infrastrukturen mitgedacht werden.
- Jedes Bundesland sollte sich im Wettbewerb um die besten Lösungen am Aufbau einer föderalen plattformbasierten IT-Architektur für Deutschland und Europa beteiligen. Landesweite IT-Infrastrukturen sollten sich auf leistungsfähige und sichere Netze, Serviceportale und technische Basisdienste konzentrieren.
- Die länderübergreifende Zusammenarbeit von Kommunen sollte intensiviert werden auch und gerade in Bezug auf die Entwicklung, Erprobung und gemeinsame Nutzung innovativer Lösungen für digitale Städte und Regionen. Es spricht viel dafür, dass urbane Daten- und Plattformarchitekturen wichtige Blaupausen und Lernkurven für die Verwaltungsinformatik der Zukunft sind.
- Darüber hinaus sind eine intelligente Konsolidierung sowie technische Verbünde im Bereich der kommunalen Rechenzentren

nötig – und zwar auf nationaler oder sogar europäischer Ebene.

Die Kompetenzen der Anbieter von E-Government-Lösungen müssten strategisch und operativ noch besser in den OZG-Prozess eingebunden werden. Dabei geht es sowohl um pragmatische Übergangslösungen (Formular-Server und Fachanwendungen) als auch um die Transformationsunterstützung dieser Branche in Richtung Plattformarchitekturen und Apps sowie Künstliche Intelligenz. Es sollten regionale Kompetenzverbünde und Digitalagenturen für die operative Unterstützung von Kommunen im Prozess der OZG-Umsetzung aufgebaut werden. Länderübergreifenden Metropolregionen kann dabei eine besondere Transformationswirkung zukommen. Das OZG bildet bestenfalls den Einstieg in die vernetzte Verwaltung von Morgen. Daher braucht die öffentliche Verwaltung Digitalisierungsstrategien, die deutlich über 2022 hinausreichen. Zudem gilt es, schon heute massiv in Schulung und Weiterbildung zu investieren.

In Deutschland wären nicht nur neue Lehrstühle für Künstliche Intelligenz nötig, sondern auch vergleichbare Initiativen im Bereich Staats- und Verwaltungswissenschaften sowie im Bereich der Verwaltungsinformatik. Denn trotz aller aktuellen Probleme ist die OZG-Umsetzung einer der wichtigsten Bausteine für die vernetzte Verwaltung von Morgen.

Marco Brunzel ist Bereichsleiter für Digitalisierung und E-Government in der Metropolregion Rhein-Neckar sowie Fellow am Stein-Hardenberg-Institut in Berlin.

Investitionen in die Zukunft

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung sieht drei Milliarden Euro für die Entwicklung von OZG-Diensten vor. Die umstrittene Verteilung der Gelder ist nun erfolgt und basiert auf dem Einer-für-Alle-Prinzip.

ur Bewältigung der ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise hat die Bundesregierung am 3. Juni 2020 ein Konjunkturpaket in Höhe von 130 Milliarden Euro beschlossen. Ein Teil davon, das so genannte Zukunftspaket, ist für Investitionen in die digitale Infrastruktur vorgesehen. Daraus entfallen drei Milliarden Euro auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), zusätzliche 300 Millionen sind für Registermodernisierung und die Verwirklichung des Once-Only-Prinzips vorgesehen und weiteres Geld für die Smart-City-Förderung, den mobilen Breitband-Standard 5G sowie digitale Schulen. Über den Geldsegen haben sich alle gefreut - wie aber werden die Mittel verteilt?

Über allem steht das Einer-für-Alle-Prinzip. Diese Devise haben der IT-Rat und der neue Bundes-CIO geprägt und sie ist vom IT-Planungsrat abgesegnet worden. Dahinter steht die Vorstellung eines gemeinsamen Architekturprinzips und einer ressourcenschonenden, flächendeckenden OZG-Umsetzung. Die Bundesländer sollen zusammen mit einem Bundesressort als Tandem die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden OZG-Lösungen entwickeln.

16

Diese Lösungen müssen dann von den anderen Ländern (und Kommunen) übernommen werden. Die Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, Dorothee Bär, erklärte: "Durch unser jetzt beschlossenes Vorgehen werden wir erreichen, dass einmal entwickelte Online-Anwendungen von möglichst vielen genutzt werden können, statt dass jeder das Rad wieder neu erfindet."

Ein Bericht des Haushaltsausschusses im Bundesfinanzministerium (BMF) schlüsselt die OZG-Gelder genau auf: Im Jahr 2020 sind 300 Millionen Euro auf die Verwaltungsdigitalisierung entfallen, 2021 sollen 1,4 Milliarden fließen und 2022 die verbleibenden 1,3 Milliarden Euro. 80 Prozent der Gelder entfallen auf die Länder und Kommunen, 20 Prozent verbleiben beim Bund. Die Kommunen werden allerdings nicht direkt begünstigt und somit auch nicht ihre IT-Dienstleister. Im IT-Planungsrat haben sich die Länder erfolgreich dagegen verwahrt, dass der Bund die Kommunen direkt unterstützt. Gleichwohl profitieren Kommunen von den durch die Länder entwickelten OZG-Lösungen, die sie übernehmen sollen, erhalten also indirekt eine Finanzspritze. Wohlgemerkt: die Gelder beziehen



Mittel für die OZG-Umsetzung sind verteilt.

sich allein auf die Entwicklung von OZG-Diensten, nicht auf deren späteren Betrieb.

Die programmatische Aufteilung der Gelder sieht 1,5 Milliarden Euro für das "Digitalisierungsprogramm Föderal" vor, das heißt, für die in 14 Themenfeldern unterteilte Kooperation zwischen einzelnen Ländern und Bundesressorts. So erhält beispielsweise das Themenfeld Unternehmensführung und -entwicklung, für das die Freie und Hansestadt Hamburg zusammen mit dem Bundeswirtschaftsministerium die Federführung übernommen hat, 251,8 Millionen Euro für die Umsetzung von insgesamt 47 OZG-Leistungen, darunter Anträge auf Unternehmensgrün-

dung, Veranstaltungserlaubnisse oder Ausnahmegenehmigungen von Sperrzeit und Nachtruhe. Das Themenfeld Arbeit und Ruhestand, wofür Nordrhein-Westfalen und das Bundesarbeitsministerium verantwortlich zeichnen, erhält 163,7 Millionen Euro für insgesamt 19 Umsetzungsprojekte, beispielsweise Wohngeld, Arbeitslosengeld II oder die Geringverdienerbescheinigung.

Für das Digitalisierungsprogramm Bund, in dessen Rahmen 115 der insgesamt 575 OZG-Leistungen entwickelt werden, darunter BAföG, Kindergeld und die berühmte Fischetikettierung, sind 600 Millionen Euro vorgesehen. Zusätzlich entfallen 900 Millionen Euro auf die digitale Infrastruktur, hier vor allem auf Verwaltungsportale, Nutzerkonten und weitere Basisdienste. 194 Millionen sind für die digitale Souveränität vorgesehen, worunter insbesondere Open-Source-Projekte zu verstehen sind. 80 Millionen Euro stehen für elektronische Identitäten zur Verfügung und 30 Millionen Euro für die Aus- und Weiterbildung von digitalkompetentem Verwaltungspersonal.

Mit dieser Aufteilung waren und sind nicht alle einverstanden. Die kommunalen Spitzenverbände hatten im August 2020 noch mehr Einflussnahme auf die Verwendung der Mittel gefordert und eine "finanzielle und organisatorische Unterstützung der Kommunen bei Implementierung und Betrieb der (neuen) Software-Lösungen zur OZG-Umsetzung unter Einbindung der kommunalen IT-Dienstleister" vorgeschlagen. Die kommunalen IT-Dienstleister haben vielfach auf bereits vorhandene Online-Services

aufmerksam gemacht, die im Rahmen des OZG nun doppelt entwickelt würden.

Der Vorstandsvorsitzende der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), Rudolf Schleyer, erklärte im Oktober 2020: "Wir sind der Meinung, dass wir schneller wären, wenn vorhandene Lösungen besser berücksichtigt würden. Diese könnte man mit den Konjunkturgeldern ja durchaus noch weiter ertüchtigen, was zum Beispiel die Nutzerfreundlichkeit betrifft. Dabei könnte man auch Mittelständler und Private einbinden und damit womöglich schneller und reibungsloser zu Lösungen kommen." Der auch unter öffentlichen IT-Dienstleistern herrschende Wettbewerb um gute Lösungen wird nach Ansicht von Rudolf Schleyer durch das Einer-für-Alle-Prinzip unterbunden. Zudem meldet der AKDB-Chef Zweifel an der technischen Infrastruktur an, die notwendig ist, wenn ein Bundesland aus seinem Rechenzentrum Online-Dienste bundesweit anbieten muss und dafür zusätzliche Informationen möglichst automatisiert aus anderen Ländern notwendig werden.

Detlef Sander, Geschäftsführer des DATABUND, sieht gerade die privaten IT-Dienstleister außen vor. Den geplanten FIT-Store, über den Länder und Kommunen die OZG-Lösungen der anderen beziehen sollen, hält Sander für ein rein rechtliches Konstrukt, das die Inhouse-Vergabe der Verwaltungen untereinander ohne Ausschreibung ermöglicht. "Vor dem Hintergrund, dass es sich um Mittel aus dem Corona-Konjunkturpaket handelt,

ist es sehr fragwürdig, diese Mittel ausschließlich staatlichen Unternehmen zur Verfügung zu stellen", erklärt Sander gegenüber Kommune21. "Aus Sicht des DATABUND hätte auch ein großes Förderprogramm aufgelegt werden können, über das sich sowohl Kommunen mit ihren Dienstleistern jeder Couleur bewerben können, als auch die Dienstleister selbst." Vor allem bei den Fachverfahren gebe es bereits integrierte Lösungen privater Anbieter, die hätten berücksichtigt werden müssen.

Derweil lässt der Bund schon mal die Muskeln spielen. Im Bericht des Haushaltsausschusses wird für die Mittelverteilung der Konjunkturgelder in aller Ausführlichkeit auf Paragraf 4 OZG hingewiesen. Darin heißt es, dass die Bundesregierung "im Benehmen mit dem IT-Planungsrat durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrats die Verwendung bestimmter IT-Komponenten" verbindlich vorgeben kann. Von der Verordnungsermächtigung will der Bund nur dann abweichen, wenn eine einvernehmliche Lösung mit den Bundesländern gefunden wird: Ein Staatsvertrag oder eine Verwaltungsvereinbarung oder die Verbindlichkeit über einen IT-Planungsratsbeschluss. "Mit einer solchen Selbstbindung aller Länder dürfte eine Verordnung nach § 4 Absatz 1 Satz 2 OZG entbehrlich werden können", so der Bund. Das ist auf der 33. Sitzung des IT-Planungsrats im Oktober 2020 geschehen, in der sich das Bund-Länder-Gremium geschlossen hinter das Einer-für-Alle-Prinzip gestellt hat.

Helmut Merschmann

Vernünftiges Umdenken

Die Digitalisierungsstrategie in Hessen geht über eine Umsetzung des OZG hinaus, sagt Ulrich Künkel. Kommune21 sprach mit dem ekom21-Geschäftsführer darüber, welchen Ansatz Land und Kommunen verfolgen und wie der Stand der Dinge ist.

Herr Künkel, mit welcher Strategie geht Hessen die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) an?

Hessen hat eine Strategie verabschiedet, bei der es nicht nur um das OZG geht. Wir verfolgen einen umfassenden Ansatz der Digitalisierung von Städten, Gemeinden und Landkreisen. Das OZG ist sicher eine Initialzündung. Es schafft einen gewissen Komfort bei Verwaltungsleistungen für Bürger und Wirtschaft. Es bringt aber keine Effizienzgewinne für die Verwaltungen, wenn die Folgestrategie fehlt. Aber genau darum geht es uns. Wir wollen das Verwaltungshandeln effizienter machen.

Wie soll das aussehen?

Wenn alle Antragsdaten digital vorliegen, können sie auch gleich elektronisch weiterverarbeitet werden, etwa auf Basis der E-Akte. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass elektronische Akten und digitale Vorgangsbearbeitung unerlässlich und die Basis für eine moderne Kommunalverwaltung sind. Außerdem hört die Digitalisierung ja nicht in den Rathäusern auf. Sie betrifft alle Bereiche der Gesellschaft. Das Stichwort hier lautet Smart City oder Smart Region.

Wie weit sind Sie in Hessen vorangekommen mit der OZG-Umsetzung?

Ein großes Stück des Weges liegt bereits hinter uns. Das liegt auch daran, dass Hessen die Umsetzung mit einem Kooperationsmodell organisiert hat. Das hessische Innenministerium, das hessische Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung, die kommunalen Spitzenverbände, die Kommunen und die ekom21 als der kommunale IT-Dienstleister haben eine Zusammenarbeit vereinbart. Ziel ist es, sich gegenseitig zu unterstützen, um die Vorgaben des OZG bis Ende 2022 umzusetzen. Eine Koordinierungsstelle steuert die Umsetzung und sorgt dafür, dass die Kommunen selbst mitarbeiten. Zudem haben wir so genannte Digitalisierungsfabriken eingerichtet. Hier wird umgesetzt, was vorher am Reißbrett entworfen wurde. Daran arbeiten nicht nur ekom21-Leute, sondern insbesondere die Mitarbeiter aus den Kommunen. Mit ihrer Fachkompetenz sorgen sie dafür, dass etwas Vernünftiges herauskommt und die Qualität stimmt.

Welche Prozesse sind fertig?

Wir haben bereits einige Prozesse umgesetzt, beispielsweise den



Ulrich Künkel

elektronischen Führerscheinantrag (EFA), den ALG-II-Antrag oder waffenrechtliche Erlaubnisse. Bei einer ganzen Reihe von Feldern ist das Land Hessen Federführer, etwa in den Bereichen Zoll und Steuern, auch im Bereich kommunale Abgaben und Steuern wurden OZG-konforme Prozesse erstellt. Insgesamt sind 110 bis 120 Prozesse bereits fertig oder in Arbeit.

Der Bund hat zusätzlich drei Milliarden Euro für die Digitalisierung der Ämter und Behörden bereitgestellt. Wie kommen die Kommunen und ihre Dienstleister an die Mittel?

Wir haben noch keine Mittel bekommen, noch fehlen ja die Rege-

lungen für die Verteilung. Ich denke, wir als ekom21 werden keine Gelder direkt aus dem Fördertopf erhalten. Die Mittel sollen über die Länder verteilt werden. Diese müssen dann entscheiden, welche Gelder sie selbst beanspruchen und welche sie weiterleiten. Es gibt aber eine Absprache zwischen uns und dem Digitalisierungsministerium, dass uns bei Leis-

ist also das Einer-für-Alle-Prinzip bereits umgesetzt.

Wo kommen denn die Prozess-Designer her?

Wir folgen hier dem Community-Gedanken. Denn die Prozess-Designer sitzen in den Rathäusern und Landratsämtern. Wir bieten ein Ausbildungsprogramm an, mit dem und die Methoden haben sich bewährt, wir werden also 2021 Masse und Klasse produzieren.

Wann ist es aus Ihrer Sicht soweit, dass in den Kommunen flächendeckend digital gearbeitet wird?

Die Digitalisierung muss innerhalb der Verwaltungen schrittweise vorangebracht werden. Das wird

"Ich denke, wir haben mit den genannten Strukturen alle Voraussetzungen geschaffen, um das Ziel 2022 zu erreichen."

tungen wie dem elektronischen Führerscheinantrag, die bundesweit nachgefragt werden, die Betriebskosten vergütet werden. Wir hoffen auch, dass für Support und Pflege der Anwendungen Mittel fließen. Bislang machen wir das unentgeltlich.

Welche Rolle spielt die ekom21-Plattform civento bei der Digitalisierung?

civento ist ein ganz wichtiger Baustein für die erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltungen in Hessen. Die Plattform bietet die Möglichkeit, sehr schnell Prozesse zu entwickeln. Als Prozess-Designer muss man sich keine Gedanken mehr über die Infrastruktur machen. Basiskomponenten wie E-Payment, Nutzerkonten oder Melderegisterabrufe sind integriert. Zudem gibt es Schnittstellen zu den kommunalen Finanzsystemen. Außerdem setzen wir mit civento den Bibliotheksgedanken um. Alle Kommunen können auf die Prozesse, die mit civento gebaut werden, zugreifen und sie auf eigene Bedürfnisse hin anpassen. In der Grundstruktur von civento

wir Mitarbeiter der Verwaltung zu Prozess-Designern ausbilden. Sie bauen die Prozesse für ihre Verwaltung und für andere mit. Mehr als 60 Kommunen haben dieses Angebot bereits genutzt.

Welchen Einfluss hat die Covid-19-Pandemie auf die OZG-Umsetzung?

Es ist klar geworden, dass Kommunen, die sich bereits auf den Weg der Digitalisierung gemacht haben, besser vorbereitet waren. Sie konnten beispielsweise sehr schnell die Mitarbeiter ins Homeoffice schicken. Viele Kommunen ziehen jetzt Maßnahmen vor, andere haben erkannt, dass es keinen Weg zurück gibt. Die Krise hat also zu einem vernünftigen Umdenken bei denjenigen geführt, die in die falsche Richtung gedacht haben.

Ist der OZG-Zeitplan zur Umsetzung bis 2022 realistisch?

Ich denke, wir haben mit den genannten Strukturen alle Voraussetzungen geschaffen, um das Ziel 2022 zu erreichen. Wir haben jedenfalls 2021 zum OZG-Fabrikjahr ausgerufen. Die Infrastruktur steht nicht schlagartig und ämterübergreifend geschehen. Iterativ und agil müssen sich die Kommunen die verschiedenen Handlungsfelder erschließen. Unsere Plattform civento unterstützt dabei. Sie dient ja nicht nur der OZG-Umsetzung, sondern ist eine Art Betriebsplattform für die elektronische Vorgangsbearbeitung innerhalb der Verwaltung. Das Land Hessen hat entschieden, dass civento allen Kommunen in Hessen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Wir gehen davon aus, dass wir bis Anfang 2021 in allen hessischen Kommunen eine civento-Steckdose gelegt haben. Das alleine nützt natürlich nichts, deshalb liefern wir gleich ein Set von Prozessen mit aus. Wir installieren also gewissermaßen nicht nur die Steckdose, sondern liefern den Toaster und den Föhn gleich mit. Damit sind alle Kommunen in Hessen Anfang des Jahres in der Lage, Anträge digital zu bearbeiten.

Interview: Alexander Schaeff

Link-Tipp

Weitere Informationen zur ekom21-Digitalisierungsplattform civento:

• www.ekom21.de/kunden/ozg

Alle Ebenen **beteiligen**

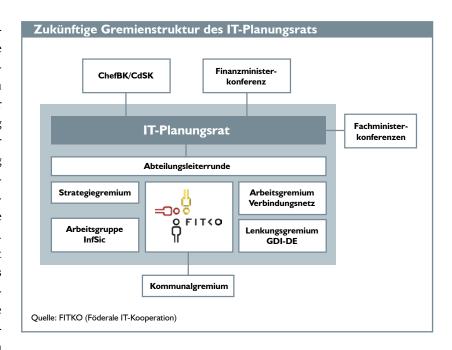
Volker Scharfen

In die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes müssen auch die Kommunen unmittelbar eingebunden werden. Der IT-Planungsrat hat dazu das Kommunalgremium eingerichtet. In dessen Auftaktsitzung wurden erste Arbeitsziele formuliert.

er IT-Planungsrat (IT-PLR) ist das zentrale Gremium für die Koordination der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der Informationstechnik, der Steuerung von E-Government-Projekten, der Erarbeitung und Verabschiedung fachunabhängiger und fachübergreifender IT-Interoperabilitätsund IT-Sicherheitsstandards sowie weiterer Aufgaben. In seiner 30. Sitzung im Oktober 2019 hat der IT-PLR die Einrichtung eines Kommunalgremiums (KoG) beschlossen. Mit diesem sollte die kommunale Stimme auch institutionell verankert werden, mit dem Ziel "des unmittelbaren Dialogs mit kommunalen Bedarfsträgern in Ergänzung zu der bestehenden Einbindung der kommunalen Spitzenverbände im IT-PLR." Die Föderale IT-Kooperation (FITKO) sollte die Entscheidung umsetzen; zugleich galt es, das KoG in die Gremienstruktur des IT-PLR zu integrieren.

Lange hatte die kommunale Familie darum gebeten, unmittelbar und frühzeitiger in die Konzeption und Umsetzungsplanung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) eingebunden zu werden. Denn föderal bedeutet, alle Ebenen im System zu beteiligen, und nicht die Kommunen als Anhang unter dem

20



jeweiligen Bundesland zu subsummieren. Nach rund der Hälfte des fünfjährigen OZG-Korridors wurde dieser Systemfehler korrigiert.

Pandemiebedingt wurde die für das Frühjahr 2020 geplante Auftaktsitzung schließlich Ende August in den Räumlichkeiten der FITKO in Frankfurt am Main physisch durchgeführt. Das 14-köpfige Kommunalgremium unter dem Vorsitz der FITKO setzt sich zusammen aus den Städten Leipzig, Düsseldorf und Paderborn, den Kreisen Groß-Gerau, Cochem-Zell und Aschaffenburg (Vertretung: Deutscher Landkreistag), der Verbandsgemeindeverwaltung Kaiseresch, dem

Hessischen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister, Vitako, den kommunalen IT-Dienstleistern AKDB und ekom21 sowie zwei Vertretern der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt).

In einem ersten Schritt erarbeitete das Gremium seine Ziele und Werte und legte seine Arbeitsweise fest, um seine Beratungsfunktion für den IT-PLR möglichst zeitnah und wirksam wahrnehmen zu können. In Anlehnung an die Aufgabenstellung des IT-PLR hat das Gremium zwei Arbeitsinhalte

konkretisiert: die Ausgestaltung eines übergreifenden kommunalen IT-Bedarfsmanagements sowie die Etablierung einer kommunalen Informations- und Kommunikationsplattform zu Kooperations- und Standardisierungsvorhaben sowie zu aktuellen Entwicklungen in der föderalen IT.

Die Bündelung des kommunalen IT-Bedarfsmanagements ist eine Herkulesaufgabe, die aber aufgrund der bisherigen Erfahrungen der Kommunen im OZG-Kontext dringender denn je ist. Dabei liegt der Fokus nicht auf einer Gleichmachung der bunten und heterogenen IT-Landschaft der Kommunen. Vielmehr geht es darum, notwendige und wirkungsvolle Standards zu schaffen, um die kommunale Realität mit der sich gerade entwickelnden föderalen OZG-Technologielandkarte in Einklang zu bringen

Großen Optimierungsbedarf sehen die Teilnehmer hinsichtlich einer adressatengerechten Information der Kommunen durch Bund und Länder. Eine besondere Bedeutung liegt in der konkreten Ausgestaltung des Sender-Empfänger-Verhältnisses. Der bloße Hinweis auf allgemein zugängliche Informationsplattformen, in denen abstrakte Sachstände abgeholt werden müssen, reicht nicht aus. Zu Recht werden konkrete Informationen gefordert, vergleichbar mit Ausführungsbestimmungen bei neuen oder geänderten Gesetzen. Sofern diese noch nicht existieren, ist es eine Bringschuld von Bund und Ländern, hierüber offen und transparent zu kommunizieren, damit auf kommunaler Seite zumindest entsprechende Vorbereitungen getroffen werden können. Diese iterative Vorgehensweise scheint noch stark verbesserungsfähig. Zugleich sehen die KoG-Vertreter Verbesserungsmöglichkeiten in der Kommunikation untereinander, etwa zu bereits entwickelten und produktiv genutzten Online-Diensten. Hier gilt es, vorhandene Plattformen oder Formate interkommunalen Austausches zu nutzen oder zu reaktivieren.

Die Mitglieder des KoG sind sich der Chance bewusst, die ihnen seitens des IT-PLR angeboten wird. Die Teilnehmer haben sich daher selbst auferlegt, im KoG vertrauensvoll, unbürokratisch und unpolitisch wirken zu wollen. Ziel ist es, die Vielfalt der Anforderungen und bestehenden Lösungen der kommunalen Familie zu würdigen, und trotzdem in einem geschützten Raum zu einem lösungs- und sachorientierten Austausch fähig zu sein. In diesem Zusammenhang haben sich die Teilnehmer auch damit beschäftigt, wie die Zusammenarbeit im KoG konkret gestaltet werden kann. Dabei ist das Spannungsverhältnis auf der operativen Umsetzungsebene einerseits sowie der strategischen Zielebene andererseits auszubalancieren. Das ist nicht gerade einfach, denn die Bandbreite und Vielfalt in der kommunalen Familie ist groß und bunt. Es wird also die Aufgabe sein, Erwartungen und Wünsche zu diskutieren und um die bestmöglichen Anforderungsprofile zu ringen, die dann an den IT-PLR adressiert werden.

Der Arbeitsturnus sieht zwei physische Treffen pro Jahr sowie monatlich virtuelle Videokonferenzen vor. Die Mitglieder können Themen, die für sie der Klärung oder der Bearbeitung bedürfen, in das Gremium einbringen. Zugleich wird eine frühzeitige Einbindung in konzeptionelle Überlegungen und Vorhaben erwartet, um rechtzeitig und inhaltlich fundiert beraten zu können.

Aktuell hat das KoG in einer Videokonferenz im November 2020 über Inhalte der 33. Sitzung des IT-PLR beraten. Schwerpunkte waren dabei die Interpretation des EfA-Prinzips (Einer für Alle), die Möglichkeiten zur Nutzung des FIT-Store für Kommunen sowie die Bewertung des aktuellen Konzeptionsstands der Plattform FIT-Connect. So können Kommunen Online-Dienste aus dem FIT-Store nicht direkt abrufen; dazu sind nur der Bund und die Länder berechtigt. Folglich wird sich das KoG dafür einsetzen, dass die Art und Weise, wie Länder ihren Kommunen in Zukunft Online-Dienste anbieten und verfügbar machen, ebenfalls auf Basis des EfA-Prinzips und bestenfalls mit einem einheitlichen Geschäftsmodell erfolgt. Hierzu werden konkrete Anforderungen definiert und dem IT-PLR vorgelegt.

Auch wenn noch nicht ganz klar ist, wie die einzelnen Rädchen im Kommunalgremium sowie in der Gremienstruktur des IT-Planungsrats ineinandergreifen können, war die große Bereitschaft der kommunalen Familie spürbar, die OZG-Umsetzung positiv zu gestalten und sich dabei aktiv einzubringen.

Volker Scharfen ist Referent im Programmbereich Organisations- und Informationsmanagement der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt).

21

www.kommune21.de Kommune21 · 1/2021

Kritik zur Halbzeit

Über Fortschritte beim OZG fehlt der Überblick. Das mahnt der Nationale Normenkontrollrat in seinem vierten Monitor zum Stand der Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland an.

eit Herbst 2018 erscheint in unregelmäßigen Abständen der Monitor Digitale Verwaltung des Nationalen Normenkontrollrats (NKR), der über Fortschritte sowie Fehlentwicklungen bei der Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland berichtet. Im Oktober 2020 erschien die umfassende Evaluation zum vierten Mal. Das Resümee zur Halbzeit der OZG-Umsetzung fällt trocken aus: Noch sei nicht viel zu sehen, und es sei unklar, bis wann welche Online-Leistung wie zur Verfügung stehe, so der NKR. Als eine Ursache nennt der Normenkontrollrat die mangelnde Übersicht über den OZG-Gesamtstatus. Die existierende zentrale OZG-Informationsplattform liefere keinen eindeutigen Überblick und den Akteuren der Umsetzung auf allen Ebenen, vom Kanzleramt bis hin zu den Kommunen, fehle es an Orientierung. Insbesondere für Letztere gebe es mehrere Austausch- und Informationsplattformen - durch dieses Nebeneinander sei es für Kommunen sehr schwer abzuschätzen, welche Lösungen bald zur Verfügung stehen und wo eigene Entwicklungsarbeit nötig ist. Allerdings sollte hier bis Ende 2020 mit mehr Transparenz durch die Einführung des lang erwarteten Monitoring-Dashboards Abhilfe geschaffen werden. Dieses

22

bietet einen zentralen Überblick über den Fortschritt der OZG-Umsetzung. Die "eigentliche Baustelle des OZG" sei die Umsetzung in der Fläche, heißt es im NKR-Papier weiter. Während der Bund seine Leistungen überwiegend bis 2021 fertiggestellt haben wolle, würden dem NKR Äußerungen von politisch Verantwortlichen Sorge bereiten, wonach eine OZG-Umsetzung in der Fläche bis zum gesetzlich vorgesehenen Termin ohnehin nicht zu schaffen sei. Derzeit scheine noch nicht einmal gesichert, dass die Leistungen der Prioritäten eins und zwei rechtzeitig flächendeckend online gehen. Ein möglicher Grund: zu hohe Komplexität bei gleichzeitig begrenzten Ressourcen.

Als weiteres Hemmnis für eine durchschlagskräftige Digitalisierung wird der Mangel an digitaltauglichen Gesetzen ausgemacht. Dass die Verwaltungsdigitalisierung nicht die bloße Elektrifizierung bestehender analoger Prozesse bedeutet, ist altbekannt. Allerdings, so der NKR, herrsche hinsichtlich der Schaffung der notwendigen organisatorischen und rechtlichen Änderungen zu viel Pragmatismus. Man wolle lieber zügig digitalisieren, statt gesetzliche Anpassungen vorzunehmen – selbst wenn sinnvolle Änderungsbedarfe schon identifiziert seien. Wie sehr eine Gesetzesänderung digitale Services voranbringen kann, zeige das Beispiel des Bayerischen Verkehrsministeriums. Um im Rahmen der Corona-Pandemie Fahrzeuge einfacher online an-, um- und abmelden zu können, wurde geregelt, dass dazu die Eingabe von Benutzername und Passwort genügt (siehe auch Seite 34). Zuvor waren Kfz-Online-Verfahren nur mit elektronischem Personalausweis plus Lesegerät oder passendem Smartphone möglich. Im Ergebnis sei die Nutzung der Kfz-Online-Services in Bayern um das Neunzehnfache gestiegen. Die Ausnahme sollte zur Regel werden, so der NKR, sowohl in Bezug auf Kfz-Online - das BMVI sollte die Ausnahmeregel bundesweit verstetigen - als auch in Bezug auf die zügige und breite Umsetzung von rechtlichen Änderungsvorschlägen aus den OZG-Laboren. In größerem Rahmen zeige das Beispiel Dänemark, wie nutzbringend eine "digital ready legislation" sei. Auch das Registermodernisierungsgesetz stehe weiterhin aus, mahnt der NKR. Vier weitere Jahre seien "verloren", wenn es nicht gelänge, Änderungen noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen. Ein bereits mehrfach vorgeschlagener Digital-TÜV könne dabei helfen.

Corinna Heinicke

Besser in Kooperation D. Weilmann / J. E. Bohling / T. Kornblum

Um die Digitalisierung besser zu bewältigen, kooperieren die Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg. Gemeinsam wollen sie beispielsweise Best Practices weiterentwickeln.

n Kommunen wird ein Großteil der Leistungen erbracht, die das Onlinezugangsgesetz (OZG) in den Blick nimmt. Gleichzeitig ist die kommunale Aufgaben- und IT-Landschaft besonders vielfältig. Sie unterscheidet sich nicht nur von Bundesland zu Bundesland oder zwischen Landkreis und Gemeinde, sondern auch in direkt nebeneinanderliegenden Großstädten zum Teil erheblich. Bestrebungen von Bund und Ländern, die Verfahren zu harmonisieren und Standardlösungen für alle angebotenen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, waren bislang nicht erfolgreich genug. Vor diesem Hintergrund und angesichts allgemein knapper Ressourcen in der öffentlichen Verwaltung, ist eine gemeinsame Bewältigung der Aufgaben von gleichen Verwaltungsträgern dringend geboten. E-Government-Strategien müssen harmonisiert, Produkte und Prozesse standardisiert und angepasst werden. In Niedersachsen wollen sich die kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg diesen Herausforderungen nun gemeinschaftlich stellen und Lösungen auf freiwilliger Basis entwickeln. Dazu haben sie im Herbst 2020 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

Die grundsätzlich für andere regionale Partner offene Vereinbarung sieht einen engen und regelmäßigen Austausch auf allen Hierarchieebenen vor. Beispielsweise sollen Gemeinsamkeiten bei den eingesetzten Basiskomponenten und Fachverfahren identifiziert werden, um diese gemeinschaftlich weiterentwickeln und Prozesse optimieren zu können. Auch der Abgleich und Informationsaustausch mit dem Land Niedersachsen hinsichtlich der Anforderungen und Auswirkungen des Niedersächsischen Gesetzes über digitale Verwaltung und Informationssicherheit (NDIG) sowie des Landesprogramms Digitale Verwaltung Niedersachsen sind Teil der Städtevereinbarung. Darüber hinaus sollen Good- oder Best-Practice-Lösungen innerhalb der Partnerkommunen identifiziert werden.

Bei den eingesetzten Lösungen und Produkten der drei Partner gibt es einige Parallelen. Dazu zählen etwa Produkte für das Erstellen und Veröffentlichen von Formularen, für Payment-Lösungen oder Fachverfahren. Das bietet die Chance, zukünftig erforderliche Schnittstellen und Prozesse gemeinsam zu entwickeln. Auch die wahrzunehmenden Aufgaben unterscheiden sich in den Städten nur geringfügig. Deshalb sind bei der Betrachtung der Istund Soll-Prozesse ebenfalls Vergleiche und Optimierungen möglich.

Ziel der drei Städte ist eine noch weitreichendere Standardisierung ihrer (IT-) Verfahren. Auch gegenüber dem Land Niedersachsen soll die Vereinbarung Vorteile mit sich bringen. Das Landesprogramm zur digitalen Verwaltung hatte mit einigen Startschwierigkeiten zu kämpfen. Wichtige gesetzliche Grundlagen wie das NDIG kamen im Vergleich spät auf den Markt. Grundsätzliche Entscheidungen über Basisdienste wie das Servicekonto wurden erst kürzlich getroffen und kommuniziert. Hier erhoffen sich die beteiligten Kommunen eine bessere Information und Kommunikation mit dem Land. Gleichzeitig können über Pilotanwender mögliche Landeslösungen nach dem Prinzip "Einer für Alle" getestet werden.

Nach diesem Prinzip wollen sich die Partnerstädte auch gegenseitig unterstützen und einander ihre bereits erfolgreich digitalisierten Services und Dienstleistungen zur Verfügung stellen.

Dennis Weilmann ist Erster Stadtrat und Dezernent für Wirtschaft, Digitales und Kultur in Wolfsburg; Jan Erik Bohling ist Stadtrat und Dezernent für Wirtschaft, Kultur und Digitales in Salzgitter; Dr. Thorsten Kornblum ist Stadtrat und Dezernent für Personal, Digitalisierung-, Recht- und Ordnung in Braunschweig.

Übergreifende Expertise

leanett Conquest

Viele Kommunen kämpfen noch mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), denn bis Ende 2022 müssen ihre Dienstleistungen auch elektronisch verfügbar sein. Die IT-Dienstleister ITEBO, regio iT und SIS/KSM zeigen, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

is Ende 2022 müssen im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) 575 Dienstleistungen von Bund, Ländern, Landkreisen, Städten und Gemeinden digital zur Verfügung stehen. Zudem drängt die Entwicklung immer stärker hin zu einem Data Driven Government. Doch wie ist diese digitale Transformation zu schaffen? Die Antwort: Indem IT-Dienstleister länderübergreifend ihre Entwicklungs- und Vertriebsexpertise bündeln.

Wie das geht, zeigen ITEBO aus Niedersachsen, regio iT aus Nordrhein-Westfalen und der Unternehmensverbund SIS/KSM aus Mecklenburg-Vorpommern. Gemeinsames Projekt ist die Bürgerservice-Plattform OpenR@thaus. Bereits in der Portallösung enthalten ist ein zentrales Bürgerkonto, die Verbindung mit der Bezahlplattform pmPayment von Anbieter GovConnect und die Integrationsmöglichkeit des elektronischen Identitätsnachweises (eID).

Kommunen können mithilfe der Portallösung standardisierte Dienstleistungen halb- oder vollautomatisch online anbieten und im Fachverfahren mit wenigen Handgriffen abschließen. "Seit etwa vier Jahren kooperieren wir mit der regio iT, indem wir uns immer wieder abstimmen, das Portal arbeitsteilig entwickeln und uns wechselseitig Erweiterungen zur Verfügung stellen", erklärt ITEBO-Geschäftsführer Bernd Landgraf. "Wenn also die eine Seite eine deshauptstadt Schwerin und im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Die Trägerkommunen des KSM Kommunalservice Mecklenburg, der aus der Stadt und dem Landkreis hervorgegangen ist, werden folgen. Das sind rund ein Dutzend weiterer Ämter und Gemeinden.



OZG-Anforderungen gemeinsam angehen.*

Schnittstelle für Fachverfahren A schafft, bindet die andere Seite Fachverfahren B ein – dann wird der Code ausgetauscht, sodass beide profitieren. Dieses Zusammenspiel funktioniert von der Leitungs- bis zur Arbeitsebene. Grundlage war und ist eine Open Source Software."

In Mecklenburg-Vorpommern ist OpenR@thaus auf dem Vormarsch. Etabliert ist die Portallösung unter anderem in der LanAls OZG-Basiskomponente stellt Mecklenburg-Vorpommern das so genannte MV-Nutzerkonto zur Benutzerauthentifizierung zur Verfügung. "Im Sommer dieses Jahres waren insgesamt 3.000 Nutzerkonten registriert, davon kam allein die Hälfte aus der Landeshauptstadt Schwerin und dem

 $\mathbf{24} \qquad \text{Kommune} 21 \cdot 1/2021 \qquad \qquad \text{www.kommune} 21.\text{de}$

^{*} v.l.: regio-iT-Geschäftsführer Dieter Rehfeld, SIS-Geschäftsführer und KSM-Vorstand Matthias Effenberger und ITEBO-Geschäftsführer Bernd Landgraf

Landkreis Ludwigslust-Parchim. Das zeigt die Attraktivität unserer Portale für Nutzerinnen und Nutzer", sagt Matthias Effenberger, Geschäftsführer des kommunalen IT-Dienstleisters Schweriner IT- und Servicegesellschaft (SIS) und KSM-Vorstand. SIS und KSM treiben gemeinsam den digitalen Wandel im Land voran.

Die Bürgerserviceplattform OpenR@thaus etabliert sich aber nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch in anderen Bundesländern. Seit dem Start der Plattform in Niedersachsen entschieden sich mehr als 100 Kommunen für das Portal. Und in Nordrhein-Westfalen hat der Lenkungsausschuss der kommunalen Spitzenverbände im August 2020 beschlossen, OpenR@thaus als architektonische Grundlage für das Kommunalportal.NRW als offenen Standard bereitzustellen. "Das konnte nur gelingen, weil wir auch in NRW stark kooperieren. Gemeinsam mit der Südwestfalen-IT (SIT) aus Hemer haben wir die Weiterentwicklung nicht nur auf dem Papier aufgeteilt, sondern leben das Zusammenspiel wirklich", berichtet Dieter Rehfeld, Geschäftsführer der regio iT aus Aachen. Mit dem Dachverband Kommunaler IT-Dienstleister (KDN) sei es in NRW gelungen, das ganze Bundesland abzudecken und den KDN als Ansprechpartner für die Landesregierung zu etablieren.

Kooperationen entstünden laut Landgraf dann, wenn man miteinander spricht – und zwar in einem gelebten Netzwerk und auf Augenhöhe – wie in in der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister, Vitako. "Es ist wichtig, dass Vitako als Verband den Weg bereitet, sich in der Community kommunaler IT-Dienstleister intensiver kennenzulernen und zu vertrauen", sagt der ITEBO-Chef. So könnte es dank Vernetzung und Kommunikation möglich werden, das OZG rechtzeitig umzusetzen. Landgraf: "Bis Ende 2022, bin ich der Überzeugung, schaffen wir es, vor allem durch unsere Kooperationen die überwiegende Zahl der OZG-Verwaltungsleistungen digital anzubieten."

Mecklenburg-Vorpommern geht die Digitalisierung branchenübergreifend an. "Zum Beispiel haben wir die Verrechnung der Grundsteuer zwischen Städten und städtischen Wohnungsgesellschaften automatisiert", berichtet SIS-Geschäftsführer Effenberger. "Wir verfügen hier seit Jahren über eine gemeinsame Plattform und nutzen Infrastrukturen sektorenübergreifend. So können bei uns etwa Kassenautomaten sowohl in den Verwaltungen genutzt werden als auch von Stadtwerken und kommunalen Gesellschaften - das erspart Bürgerinnen und Bürgern zusätzliche Wege." Der Bürger habe somit eine Anlaufstelle, kann ins Stadt- oder Rathaus gehen und dort auch die Strom- und Gasrechnung der Stadtwerke, die Miete für die örtliche Wohnungsgesellschaft oder die Gebühren für die Müllentsorgung bezahlen.

Das OZG mache es zwar möglich, Anträge nicht mehr mit Papier und Stift ausfüllen zu müssen. Der Ansatz bleibe aber auftragsorientiert, gibt regio-iT-Chef Rehfeld zu bedenken und ergänzt: "Ein ereignis- beziehungsweise datengetrie-

benes Government würde einen Schritt weitergehen und müsste im Grunde jetzt schon angelegt werden - leider fehlen hier noch gute Lösungen oder es gibt noch keinen geeigneten rechtlichen Rahmen." Ein Beispiel sei ein Bewohnerparkausweis, der bei einer Neuanmeldung in betroffenen Wohnbezirken automatisch mit angeboten werden könnte. "Dieser Ansatz lässt sich noch viel weiterdenken, sodass Behörden miteinander nach Lebens- und Sachlage kommunizieren könnten, ohne dass der Bürger überhaupt die Initiative ergreifen muss", meint regio-iT-Geschäftsführer Rehfeld.

Doch dafür müssten Stellen autorisiert sein und die Bürger ihre Daten für bestimmte Zwecke freigeben können. Rehfeld: "Das ist heute keine technische, sondern vielmehr eine politische und rechtliche Frage." Landgraf bestätigt: "Um Fortschritte zu erzielen, müssen weiterhin konsequent gesetzliche Hürden wie das Schriftformerfordernis und das oft hohe Authentifizierungsniveau abgebaut werden - ohne elektronische Identität läuft das allerdings nicht. In puncto eID wünsche ich mir mehr Möglichkeiten." Ein Vorbild könne der Umgang mit E-Payment im Online-Shopping sein, wo es mittlerweile einen funktionierenden Wettbewerb zwischen Systemen und Anbietern gibt, die auf einer Plattform konkurrieren. "Das ist nutzerfreundlich und uns allen in Fleisch und Blut übergegangen", meint Landgraf.

Jeanett Conquest arbeitet im Geschäftsbereich Vertrieb Marketing/Unternehmenskommunikation der Unternehmensgruppe ITEBO, Braunschweig.

Schnittstellen nutzen

Christian Schumacher

Eine klare Konzeption hilft dabei, die Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes in den Kommunen Schritt für Schritt umzusetzen. Mit einem modernen Portal und einer Schnittstelle zum Landes-Zuständigkeitsfinder sind bereits wichtige Punkte erfüllt.

ine der wichtigsten Erkenntnisse der zurückliegenden Monate in vielen Kommunalverwaltungen lautet: Es gibt nicht die eine Software, mittels derer die komplette Digitalisierung der Verwaltung realisiert werden kann – auch wenn viele das gehofft hatten oder es ihnen so suggeriert wurde. Je klarer den Verwaltungen die Aufgabe wird, umso strukturierter gehen sie die neuen Herausforderungen an - und zwar Schritt für Schritt, mit dem Blick auf das Machbare und natürlich auch auf die Kosten. Andere hingegen stellen fest, dass manche übereilt eingesetzte Lösung sogar weitere Probleme und Maßnahmen nach sich zieht.

"Immer mehr Kommunalverwaltungen erkennen, dass sie mit einem modernen Kommu-

Herzlich willkommen im gemeinsamen Serviceportal der Kommunal-Verwaltungen im Landkreis Verden State ist die Techniques im Service portal der Kommunal-Verwaltungen im Landkreis Verden State ist die Techniques im Service portal in Service in der Techniques im Service portal in Service i

Landkreis Verden: Kreisweite Online-Services.

26

nalportal und einer Schnittstelle zum Landes-Zuständigkeitsfinder, zum Beispiel BUS Niedersachsen oder Hessenfinder, bereits einige wesentliche Punkte erfüllt haben", berichtet Uwe Warnecke, Geschäftsführer des E-Government-Spezialisten Nolis. "Ein mobilfähiges Stadtportal, also eine im Responsive Design erstellte kommunale Website, ist die beste Plattform, um den Zugriff auf die Online-Services ganz leicht und einfach zu ermöglichen. Wer über eine Suchmaschine die Informationen zu kommunalen Serviceleistungen gefunden hat, will auch direkt einen Online-Antrag stellen. Und nicht erst in ein gesondertes Portal verlinkt werden." Nolis hat aus diesem Grund das in das Content-Management-System (CMS) NOLIS | Kommune integrierte Bürgerservice-Modul um die Funktion Rathausdirekt erweitert.

Anstatt zusätzliche Schnittstellen oder Software-Produkte installieren zu müssen, können vorhandene Daten und Schnittstellen genutzt werden, was auch eine doppelte Datenpflege verhindert. In Niedersachsen beispielsweise nutzen mehr als 130 Kommunen seit vielen Jahren die bidirektionale Schnittstelle zum Bürger- und Unternehmensservice des Landes

Niedersachsen (BUS). Wenn eine Verwaltung einen Online-Service für die eigene Website oder ein ergänzendes Serviceportal bereitstellt, wird dieser automatisch und ohne weiteren Aufwand an das Landessystem übertragen, sodass das Online-Angebot auch vom Serviceportal Niedersachsen aus erreichbar ist. Damit ist gleichzeitig die Übertragung an den bundesweiten Portalverbund gesichert.

Einige niedersächsische Kommunen haben sich mittlerweile für eine Vollintegration in das Stadtportal entschieden, unter anderem die Städte Syke, Verden und Nienburg. In den Stadtportalen werden die Online-Services prominent dargestellt. Zudem sind sie für alle Bürger sowie für Unternehmen ganz einfach über die Portalsuche oder über Suchmaschinen zu finden. Andere Kommunen gehen beim Thema Bürgerservice noch einen Schritt weiter. So hat die Stadt Burgdorf im Herbst 2020 - ergänzend zum bestehenden Stadtportal - ein eigenständiges Serviceportal freigeschaltet. Des Weiteren betreibt die Stadt Langenhagen seit mehr als einem Jahr ein Serviceportal. Im Jahr 2021 sollen dessen Inhalte dann in ein modernes Stadtportal integriert werden.

 $Kommune 21 \cdot 1/2021$ www.kommune 21.de



Stadt Syke präsentiert ein übersichtliches Portal.

Der Landkreis Verden bietet eine kreisweite Plattform für alle online verfügbaren Services. Dort sind sowohl sämtliche Informationen über kommunale Dienstleistungen der angehörigen Kommunalverwaltungen als auch die bereits nutzbaren Online-Services aufgeführt. Die beteiligten Kommunen bestimmen eigenständig das Tempo und die Taktrate der Bereitstellung der Services. Sobald entsprechende Dienste vorhanden sind und diese im CMS beziehungsweise in NOLIS | Rathausdirekt einmalig administriert werden, stehen sie gleich auf vier verschiedenen Portalen zur Verfügung. Der Zugriff ist über das jeweilige Stadt- oder Gemeindeportal, über die Website des Landkreises. über das kreisweite Serviceportal sowie über den Landes-Zuständigkeitsfinder möglich. Effizienter geht es nicht.

Wesentlicher Vorteil der OZG-Lösung Rathausdirekt ist die Möglichkeit, technisch unterschiedliche Online-Services einheitlich darzustellen. "Gerade diese einheitliche Nutzerführung und die Berücksichtigung der kommunalen Corporate Identity wissen viele Kommunen zu schätzen", erklärt David Jauch, Leiter Projektmanagement bei Nolis. Er betreut aktuell einige Relaunch-Projekte. "Anspruchsvolle Internet-Verantwortliche setzen darauf, den Besuchern der Websites eine intuitive und auf einheitliche Darstellung aufbauende Nutzerführung anzubieten. Da sind einfache Link-Listen oder auch grafisch völlig verschiedene Oberflächen wenig gefragt."

Die Anbindung der so genannten Basisdienste ist mittlerweile Standard. Dazu gehören neben dem Zuständigkeitsfinder auch E-Payment sowie - in manchen Bundesländern eher noch perspektivisch - die Länder-Servicekonten. Aktuell hat Nolis die Anbindung des Servicekontos Niedersachsen zur Authentifizierung technisch eingerichtet und erfolgreich getestet. "Wir warten jetzt auf den Echtbetrieb und die Möglichkeit, Daten und Dokumente zu übertragen", berichtet Mark Scholtes, Leiter der Software-Entwicklung bei Nolis.

Weitere Komponenten von Rathausdirekt sind neben einer gesicherten und verschlüsselten Datenübertragung auch ein integriertes Servicekonto, das mit den Landeskonten verknüpft werden kann, sowie eine geschützte Dialog-Komponente, die es den Verwaltungen ermöglicht, bei Online-Anträgen Nachrichten zu versenden, Rückfragen zu stellen oder fehlende Nachweise sicher zu empfangen.

Für zahlreiche häufig in Anspruch genommene Services stellt Nolis ein Paket von mehr als 40 administrierbaren HTML-Formularen zur Verfügung, die kurzfristig eingesetzt werden können. Dabei ist der reine Empfang ebenso möglich wie die Anbindung an einzelne Fachverfahren oder an ein Dokumenten-Management-System via Schnittstelle.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil ist der integrierte digitale Workflow für alle Vorgänge, die nicht über Schnittstellen in ein bestimmtes Fachverfahren übertragen werden. Damit ist die Grundlage für die medienbruchfreie Abwicklung auch solcher Anträge geschaffen, für die es bisher kein Fachverfahren gibt oder für die sich gerade bei kleineren Verwaltungen aufgrund der geringen Fallzahlen eine weitergehende technische Lösung wirtschaftlich nicht lohnt.

Neben zahlreichen Kommunen haben sich unter anderem die beiden kommunalen Rechenzentren KDG und HannIT für Rathausdirekt entschieden. Gemeinsam wurden bereits erste Projekte realisiert. Die Verantwortlichen möchten aber über die reine Erfüllung der OZG-Anforderungen hinausgehen. Im Fokus steht in diesen Kooperationen die Digitalisierung möglichst vieler Prozesse in den Verwaltungen. Dabei soll eine größtmögliche Flexibilität und Individualität der einzelnen Verwaltungen gewahrt bleiben. Ob Einer-für-Alle-Lösungen, Nutzung der Nolis-Formulare, Einsatz von Formular-Servern oder Bereitstellung von Web Front Ends einzelner Fachverfahren - alles wird unter einen Hut gebracht. Denn mittlerweile ist bei vielen Fachleuten die Erkenntnis gereift, dass die Digitalisierung je Prozess beziehungsweise Fachverfahren individuell nach Komplexität, verfügbaren Personalressourcen und technischen Gegebenheiten beurteilt und umgesetzt werden sollte.

Christian Schumacher ist Kundenberater und E-Government-Consultant bei der NOLIS GmbH, Nienburg/Weser.

Angriffen Paroli bieten

Thomas Strobl

Baden-Württemberg will bei der Abwehr von Internet-Kriminalität schlagkräftiger werden und gründet dazu eine eigene Cyber-Sicherheitsagentur. Diese soll künftig als zentrale Koordinierungs- und Meldestelle fungieren.

b Mitteldeutscher Rundfunk, die Uniklinik Düsseldorf, das Robert-Koch-Institut, Handwerkskammern oder Industrieunternehmen - sie alle wurden bereits Opfer von Cyber-Angriffen. In einer Umfrage des Branchenverbands Bitkom gaben drei Viertel aller befragten Unternehmen an, Ziel von Cyber-Kriminalität geworden zu sein. Auch Verwaltungen und Behörden, Forschungseinrichtungen oder Einzelpersonen geraten in den Fokus von Cyber-Kriminellen. Die Schäden gehen allein wirtschaftlich betrachtet in die Milliarden.

Menschen, Institutionen und Unternehmen im digitalen Raum bestmöglich zu schützen, ist Aufgabe der Politik. In Baden-Württemberg trägt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration daher nicht nur für die klassischen Themen der inneren Sicherheit wie Polizei und Bevölkerungsschutz Verantwortung, sondern auch für die Cyber-Sicherheit. Eine größtmögliche Sicherheit in diesem Bereich ist ein entscheidender Faktor für die nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit und somit auch ein wichtiger Standortfaktor. Denn Baden-Württemberg ist ohne Zweifel ein lukratives Ziel für Cyber-Kriminelle. Die vielen er-

28

folgreichen Unternehmen im Land, Forschungseinrichtungen, aber auch Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen stehen im Fokus. Bei den Angriffen geht es um ganz unterschiedliche Dinge: den Diebstahl von Wissen und Know-how, Angriffe aus finanziellen Motiven oder auf sensible Infrastrukturen.

Baden-Württemberg hat das erkannt und setzt entsprechende Maßnahmen um. Dazu gehört unter anderem die Gründung einer eigenen Cyber-Sicherheitsagentur. Sie wird das Herz der neuen Cyber-Sicherheitsinfrastruktur sein und soll potenziellen Angriffen auf die digitalen Infrastrukturen Paroli bieten. Im September 2020 hat das Kabinett den Entwurf für das "Gesetz zur Verbesserung der Cyber-Sicherheit" verabschiedet, der die Cyber-Sicherheitsagentur auf den Weg bringt.

Es folgten Wochen im Oktober und November mit viel Lesestoff, denn im Rahmen der Verbandsanhörung und eines Bürgerbeteiligungsverfahrens gingen zahlreiche Stellungnahmen ein. Die Auswertung dieser Meinungen und Anregungen ergab: Ein großer Teil der eingebrachten Impulse bewertet das Vorhaben positiv. Mit den Kritikpunkten haben sich die Verant-

wortlichen auseinandergesetzt und an der ein oder anderen Stelle den Gesetzestext nachjustiert. Wichtig ist es dem Land, alle Beteiligten früh einzubeziehen und gemeinsam mit den anderen Akteuren im Bereich der Cyber-Sicherheit zusammenzuarbeiten. Um schlagkräftiger zu werden, soll die bisher dezentral organisierte Abwehr von Gefahren aus dem Internet besser vernetzt werden. Bisher müssen noch alle öffentlichen Stellen im Land eigene Strukturen schaffen und die erforderlichen technischen Voraussetzungen aufbauen.

Hintergrund:

Die Digitalisierung ist ein zentraler Arbeitsschwerpunkt der Landesregierung Baden-Württemberg. Mit digital@bw wurde im Sommer 2017 die erste landesweite und ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie vorgestellt, die in Team-Arbeit von allen Ministerien erstellt wurde. Aktuell werden über 70 konkrete Projekte umgesetzt. Als eine der zentralen Voraussetzungen für die Digitalisierung hat die Landesregierung von Beginn an die Cyber-Sicherheit in ihre ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie aufgenommen.

• www.digital-bw.de



Baden-Württemberg nimmt Cyber-Sicherheit in den Fokus.

Für die neue Cyber-Sicherheitsarchitektur stellt das Land Baden-Württemberg im Staatshaushalt 2020/2021 Mittel in Höhe von 13 Millionen Euro zur Verfügung. Innerhalb dieses finanziellen Rahmens hat der Gesetzgeber insgesamt 83 Stellen für die neu gegründete Agentur genehmigt. Von den 32 Stellen, die bereits seit Anfang 2020 zur Verfügung stehen, waren trotz der pandemiebedingten schwierigen Rahmenbedingungen Stand Anfang Dezember 2020 bereits 22 besetzt.

Die Cyber-Sicherheitsagentur soll künftig die zentrale Koordinierungs- und Meldestelle sein. In dieser Funktion sammelt sie Daten zur aktuellen Sicherheitslage und zu Angriffsszenarien im Land, dokumentiert diese und wertet sie aus. Anhand der gesammelten Daten soll ein landesweites Lagebild erstellt werden, das die Agentur zielgruppenorientiert weitergibt, gegebenenfalls durch Warnungen ergänzt und so das Niveau der Cyber-Sicherheit im Land erhöht. Außerdem soll die neue Institution Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zum Thema Internet-Sicherheit sensibilisieren und beraten. Sie kann beispielsweise Kommunen dabei helfen, Schäden

durch Cyber-Angriffe zu verhindern, sodass Verwaltungen im Falle eines Angriffs nicht komplett lahmgelegt werden. Das beginnt bei Workshops für die Mitarbeiter, geht über Schulungen für die IT-Administration bis hin zu konkreten Hinweisen auf Bedrohungs- und Gefährdungslagen. Alle Angebote haben letzten Endes das selbe Ziel: die IT-Infrastruktur des Landes und sensible Daten zu schützen. Doch auch, wenn es zu einem Angriff kam, kann die Cyber-Sicherheitsagentur unterstützen: Auf Ersuchen der betroffenen Stelle kann sie Maßnahmen treffen, die zur Wiederherstellung der Sicherheit und Funktionsfähigkeit des betroffenen informationstechnischen Systems erforderlich sind.

Das Kabinett hat das Gesetz im Dezember zur Behandlung in den Landtag eingebracht. Der Aufbaustab der neuen Landesoberbehörde soll – wenn alles nach Plan verläuft – im Frühjahr 2021 seine Arbeit aufnehmen. Dabei gilt es zunächst, Strukturen und Prozesse zu schaffen, die den operativen Betrieb ermöglichen. Die entsprechenden Vorbereitungen dafür laufen zum Teil schon jetzt. Zunächst wird sich die Agentur mit ihren Angeboten auf die Landesverwal-

tung und die Kommunen konzentrieren. Perspektivisch werden auch die Bürger, die Wirtschaft und die Wissenschaft einbezogen.

Dass für ein sicheres und selbstbestimmtes Handeln in einer zunehmend digitalisierten Umgebung ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz erforderlich ist, hat bereits die Cyber-Sicherheitsstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2016 festgestellt. Bedeutsam ist deshalb vor allem die Zusammenarbeit der Cyber-Sicherheitsagentur mit anderen Sicherheitsbehörden, also den regionalen Polizeipräsidien, dem Landeskriminalamt und dem Landesamt für Verfassungsschutz. Diese sind weiterhin gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag in der Ermittlung und Prävention von Cyber-Attacken aktiv. Betroffenen wird nahegelegt, immer auch Anzeige zu erstatten und im Falle eines erpresserischen Angriffs kein Lösegeld zu bezahlen.

Besonders wichtig ist bei alldem der Faktor Mensch. Denn nur wer weiß, wo die Gefahren lauern und wie Angreifer agieren, kann sich wirksam schützen. Der Staat muss Sicherheit, Recht und Freiheit in unserem Land auch im digitalen Raum optimal gewährleisten. Hierzu bedarf es einer zeitgemäßen Cyber-Sicherheitsarchitektur, die die verschiedenen Akteure wirksam verzahnt. Nur mit einem ganzheitlichen Ansatz können die aktuellen und künftigen Herausforderungen, Bedrohungs- und Gefährdungslagen effektiv und effizient bewältigt werden.

Thomas Strobl ist stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg.

Umfassende Unterstützung

Daniel Kleffel

In Bayern hilft das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik den Kommunen dabei, sich gegen Cyber-Angriffe zu wappnen. Zum Angebot zählen unter anderem das Siegel "Kommunale IT-Sicherheit" und Online-Kurse zur Sensibilisierung der Mitarbeiter.

ls IT-Sicherheitsbehörde des Freistaats Bayern ist das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) unter anderem verantwortlich für den Schutz des Bayerischen Behördennetzes (BYBN) und die Beobachtung der Sicherheitslage. Die IT-Sicherheitsexperten des LSI verfügen somit über einen reichen Erfahrungsschatz bei der Detektion von Angriffen und der Nachverfolgung von möglichen IT-Sicherheitsvorfällen. Ebenso kennt das LSI aus der eigenen praktischen Arbeit und der engen Vernetzung, zum Beispiel im Verwaltungs-CERT-Verbund von Bund und Ländern, die jeweils aktuellen Hauptangriffsvektoren und deren Bedeutung speziell für die Verwaltung.

"Unser Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik ist ein Anker der IT-Sicherheit in Bayern. Bürger und Unternehmen müssen darauf vertrauen können, dass ihre Daten bei der Verwaltung gut und sicher aufgehoben sind", fasst Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker die Aufgabe des Amtes zusammen. Seit der Gründung zählt die Unterstützung und Beratung der 2.056 Kommunen im Freistaat zu einem der wichtigsten Tätigkeitsschwerpunkte des LSI. Der überwiegende Teil der Kom-



Neumarkt i.d.Oberpfalz lässt IT-Sicherheit zertifizieren.*

munen hat nur wenige tausend Einwohner und entsprechend kleine Verwaltungen. Die Umsetzung von IT-Sicherheit ist eine wachsende und fachlich komplexe Aufgabe, welche die Kommunen vor immer größere Herausforderungen stellt. Die täglichen Meldungen verdeutlichen, dass die Bedrohung keine Ausnahmen kennt. Kleine Gemeinden dürfen sich nicht darauf verlassen, dass ihre vermeintlich mangelnde Attraktivität sie vor Cyber-Angriffen schützt. Gleichzeitig stellt gerade der Einstieg in das Thema IT-Sicherheit für kleine Organisationen eine hohe Hürde dar.

Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen IT-Sicherheit müssen sich an den praktischen Bedürfnissen orientieren und vor Ort verfügbar gemacht werden. An dieser Stelle setzt die IT-Sicherheitsbehörde mit diversen Angeboten an. So geben die IT-Sicherheitsexperten der Behörde eigenes praktisches Wissen beispielsweise über Individualberatungen an die kommunale Ebene weiter. Kommunen erhalten vom LSI zudem aktuelle Informationen zur IT-Sicherheitslage und Warnmeldungen. Diese Angebote werden immer stärker nachgefragt. Im Jahr 2020 häuften sich aufgrund der Pandemielage insbesondere Beratungsanfragen zur sicheren Umsetzung von Telearbeit.

* v.l.: Werner Brandenburger, Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Neumarkt i.d.Oberpfalz und 1. Bürgermeister der Gemeinde Sengenthal; Rudolf Ehrensberger, IT-Systemadministrator der VG Neumarkt i.d.Oberpfalz; Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker; Thomas Meier, 1. Bürgermeister der Gemeinde Berngau; LSI-Präsident Daniel Kleffel; Andreas Truber, 1. Bürgermeister der Gemeinde Pilsach

Ein zentraler Baustein für die IT-Sicherheit ist die Sensibilisierung der Mitarbeiter. Deshalb bietet das LSI allen bayerischen Kommunen einen kostenlosen Zugang zu Online-Kursen an, mit denen das Verwaltungspersonal regelmäßig hinsichtlich IT-Awareness geschult werden kann.

Im Dialog mit den Kommunen ist zudem das Siegel "Kommunale IT-Sicherheit" entstanden. Dieses wurde auf Grundlage gängiger Informationssicherheits-Management-Systeme (ISMS) entwickelt. Der im Sommer 2019 veröffentlichte Maßnahmenkatalog des Siegels mit 47 Maßnahmen und dazugehörigen Prüffragen ist als eine Art Vorstufe zu einer Zertifizierung auf Basis einer Selbstauskunft zu sehen. Das Siegel gibt gerade kleineren Kommunen Orientierung und Unterstützung bei der gesetzeskonformen Einführung eines Informationssicherheitskonzepts nach Art. 11 Abs. 1 BayEGovG. Dabei berücksichtigt es vor allem Aspekte, die für die IT-Sicherheit kleinerer Kommunen eine übergeordnete Rolle spielen und bildet die zentralen Punkte aus den Bereichen IT-Sicherheitstechnik, interne Organisation und Mitarbeitersensibilisierung ab. 139 bayerische Kommunen haben mittlerweile das LSI-Siegel erhalten, das bis zu zwei Jahre gültig ist. Sollte eine Kommune bereits nach einem ISMS-Standard – etwa nach ISIS12 auf der Grundlage eines Förderprogramms des Bayerischen Innenministeriums – zertifiziert sein, kann im Falle einer Vergleichbarkeit die Zertifizierung anerkannt werden, um das Siegel "Kommunale IT-Sicherheit" des LSI zu erhalten.

Ein neuer Baustein des LSI-Beratungsangebots für Kommunen sind Hilfestellungen im Bereich Notfall-Management. Denn auch kleine Städte und Gemeinden müssen sich mit der Frage beschäftigen, wie mit einem etwaigen Sicherheitsvorfall konkret umzugehen ist. Im Rahmen einer aktuellen Handreichung gibt das LSI hier praxisnahe Anregungen, unter anderem in Form von Hilfsmitteln, Dokumenten und einem Fragenkatalog. Es wird dabei

ein Handlungsrahmen mit Regelungen zum Ausrufen eines Notfalls, Alarmierungsplänen, Notbetrieb, Wiederanlauf und Nacharbeit bei einem IT-Notfall geschaffen. Darüber hinaus sind Vorlagen für ein Notfallhandbuch, eine Notfallkarte, einen Vorsorgekalender, eine Notfall-Checkliste und Pressemitteilungen enthalten.

Die Beratungs- und Unterstützungsangebote des LSI wurden in enger Abstimmung mit den Kommunen entwickelt. So sind Konzepte entstanden, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der kommunalen IT orientieren und gerade kleine Gemeinden zielgerichtet in den wirklich entscheidenden Fragen weiterbringen.

Daniel Kleffel ist Präsident des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik Bayern.

Link-Tipp

Weitere Informationen zum Beratungsangebot des LSI sind zu finden unter:

• www.lsi.bayern.de

Anzeige

E-Government endlich einfach! Ihr Bürgerportal





- · Integration Servicekonto inkl. Postkorb
- · Integration e-Payment und eID
- · Integration Fachverfahren und DMS
- · startbereite Basisprozesse

Mobile Integrität wahren

Sascha Wellershoff

Wenn Mitarbeiter behördliche Informationen über private Messenger-Dienste austauschen, drohen Sicherheitslücken und DSGVO-Verstöße. Eine Lösung, die auf einer Container-Technologie basiert, kann mobile Kommunikation nach höchsten Standards schützen.

ermine vereinbaren, Personal koordinieren, Dokumente bearbeiten, sich mit anderen Dezernaten austauschen – eine schnelle Kommunikation und flexibles Arbeiten können den Behördenalltag sehr erleichtern. Besonders im Außendienst ist es von Vorteil, wenn Ordnungsämter, Forstverwaltung oder Aufsichtsbehörden von unterwegs aus tätig sein

Gerade wenn Mitarbeiter private Geräte im Rahmen von Bring Your Own Device (BYOD) für dienstliche Aufgaben verwenden oder dienstlich bereitgestellte Geräte nach dem COPE-Prinzip, kurz für Corporate Owned, Personally Enabled, auch privat nutzen dürfen. Veraltete Betriebssysteme, unsichere WLAN-Verbindungen und die Nutzung von Apps, die es mit der Privatsphäre

rische Maßnahmen, sondern aufgrund ihrer Vorbildfunktion auch ein Vertrauensverlust seitens der Bürger. Trotzdem mussten sogar Bundesbehörden zu Beginn der Corona-Pandemie ihre IT-Infrastruktur für private Geräte öffnen, denn sie konnten nicht allen Mitarbeitern dienstliche Mobilgeräte zur Verfügung stellen.

Problematisch sind weit verbreitete Dienste wie WhatsApp, die in Behörden viel genutzt werden. Die App liest die Adressbücher der Mitarbeiter mit den Kontaktdaten von Kollegen und Lieferanten aus und gibt die Daten an die Konzernmutter Facebook weiter. Darüber hinaus erfasst WhatsApp auch Metadaten, etwa GPS-Daten, Absturzberichte und Nutzerverhalten. Viele Behörden haben für diese Dienste keine Nutzungsregelungen aufgestellt oder dulden sie stillschweigend. Dabei hat der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) dem Messenger-Dienst zuletzt wiederholt systematische Verstöße gegen die Datenschutz-Grundverordnung vorgeworfen und gerade deutsche Bundesbehörden daran erinnert, dass ein offizieller Einsatz nicht möglich ist.

Trotz der bekannten Sicherheitsmängel läuft die informelle



Auf dem Smartphone VS-NfD-konform texten.

können: Der Mitarbeiter fotografiert die vorgefundene Situation, macht sich Notizen, greift auf Fachanwendungen im Behördennetzwerk zu, hat direkte Akteneinsicht und kann Dateien via E-Mail oder Messenger an seine Kollegen weiterleiten.

Andererseits lauern beim mobilen Arbeiten zahlreiche Risiken. nicht so genau nehmen, sind häufig Einfallstore für Cyber-Kriminelle und der Grund für Verstöße gegen die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Bei Verletzungen der Datenschutzbestimmungen drohen den Verantwortlichen in der öffentlichen Verwaltung nicht nur disziplina-

dienstliche Kommunikation innerhalb von Behörden häufig über
WhatsApp und andere Dienste
ab. In der Praxis wird privat und
dienstlich unter Kollegen nicht
sauber getrennt – mit weitreichenden Konsequenzen. Besonders
kritisch wird die Lage, wenn zum
Beispiel auf Ministerialebene oder
bei Polizeibehörden Informationen
mit der Einstufung "Verschlusssache – nur für den Dienstgebrauch
(VS-NfD)" mobil verarbeitet werden sollen.

Der einzige Ausweg ist eine strikte Trennung zwischen privaten und dienstlichen Daten auf den Mobilgeräten der Mitarbeiter. Dabei ist es unerheblich, ob Behörden die Nutzung privater Smartphones und Tablets für dienstliche Zwecke erlauben oder umgekehrt. Eine Kommunikationslösung, die auf einer Container-Technologie wie SecurePIM Government basiert, speichert Behördendaten in einem verschlüsselten Bereich, sodass diese strikt von persönlichen Daten und Kontakten getrennt sind. Auch jeglicher Datentransport ist dabei

Ende-zu-Ende verschlüsselt. Für den Mitarbeiter, der gerade seine dienstlichen E-Mails abruft, ist es nicht möglich, aus der abgesicherten App heraus auf persönliche Anwendungen zuzugreifen. Umgekehrt können auch keine privaten Anwendungen auf die dienstlichen Inhalte zugreifen.

Eine moderne Lösung für die mobile Kommunikation muss den Mitarbeitern ein Büro in Miniformat an die Hand geben, mit dem sie ihr Tagesgeschäft problemlos erledigen können. Damit stehen zum Beispiel alle aus Outlook und Notes bekannten Funktionen wie E-Mails, Kalender, Kontakte, Aufgaben und Notizen zur Verfügung. Auch ein gehärteter Browser für webbasierte Fachanwendungen und sicheres File-Sharing sind ein Muss. So können Behördenmitarbeiter Dokumente sicher abrufen, bearbeiten und wieder ablegen. Die mobile Kommunikationsanwendung SecurePIM Government des Unternehmens Virtual Solutions bietet zusätzlich einen Messenger inklusive verschlüsselter Telefonie. der neben Einzel- auch Gruppen-Chats, Videotelefonie, Sprachanrufe und Dokumentenversand beinhaltet.

Für Behörden, die mit Geheimhaltungsstufe VS-NfD arbeiten müssen, gibt es die vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) für das Betriebssystem iOS zugelassene und für das Betriebssystem Android freigegebene Systemlösung SecurePIM Government SDS. Über 25 Bundesbehörden haben diese in den vergangenen drei Jahren auf Tausenden von Endgeräten ausgerollt. Leistungsstarke Tablets, wie zum Beispiel ein iPad Pro, bieten den Mitarbeitern jetzt auch für Verschlusssachen einen vollwertigen, flexiblen Arbeitsplatz. Die Mitarbeiter können so bequem und nutzerfreundlich mobil arbeiten und kommunizieren - die Integrität und Sicherheit der Behördendaten ist jederzeit gewährleistet.

Sascha Wellershoff ist CEO bei der Virtual Solution AG, München.

Anzeige



digitaler Workflows? Über das Web und Ihre mobilen Endgeräte erhalten Sie Zugriff auf Ihren digitalen Arbeitsplatz. Natürlich sicher dank Verschlüsselung und zentraler Zugriffsrechte. **Digitalisierung. Wir machen das schon.**

i-Kfz hoch im Kurs

Petra Feldmeier

Aufgrund der Corona-Pandemie hat der Freistaat Bayern den Zugang zu Online-Diensten im Zulassungswesen vereinfacht. Bei den Bürgern ist das gut angekommen: Die Nutzung einzelner i-Kfz-Dienste hat sich seitdem deutlich erhöht.

u den am häufigsten nachgefragten Verwaltungsdienstleistungen gehört die Fahrzeugzulassung. Ein Online-Angebot macht den Vorgang in der Corona-Krise einfacher und effizienter und entlastet Bürger und Verwaltung spürbar. Innovative IT-Lösungen müssen dabei schnell verfügbar sein, um ihren Nutzen und ihre Entlastungswirkung unmittelbar entfalten zu können. Umso besser, wenn dann - wie bei i-Kfz - auf eingespielte Prozesse und Infrastrukturen zurückgegriffen werden kann.

Angesichts der Corona-Pandemie war der Gesetzgeber für pragmatische Lösungswege offen: Mindestens bis zum 31. Dezember 2020 hatten Zulassungsstellen in Bayern die Möglichkeit, Fahrzeughaltern den Zugang zu i-Kfz-Online-Diensten zu erleichtern. Grundlage hierfür war eine Ausnahmegenehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. Sie stellte es allen Zulassungsstellen in Bayern frei, ob sie bei bestimmten Antragsprozessen auf die Authentifizierung mittels eID-Funktion des Personalausweises (nPA) verzichten. Eine mit Benutzername und Passwort angelegte BayernID reichte aus. Auf diese

34

Weise war es für Fahrzeughalter in der Corona-Situation wesentlich leichter, vorhandene Online-Dienste im Zulassungswesen zu nutzen.

Mit vereinfachten Ausnahmeregelungen sind Beschäftigte und Kunden in den Zulassungsbehörden besser vor einer Ansteckung mit SARS-CoV-2 geschützt. Die Regelung trägt außerdem dazu bei, Infrastruktur und Daseinsvorsorge sicherzustellen. Da aber nicht alle Fahrzeughalter einen freigeschalteten nPA und das erforderliche Lesegerät oder die AusweisApp2 zum Auslesen der eID über ein Smartphone besitzen, beschloss der Freistaat Bayern, das so genannte Authentifizierungs-Vertrauensniveau von hoch auf niedrig zu senken.

Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) bot ihren bayerischen Zulassungsstellen-Kunden an, auf dieser Basis eine entsprechende Anpassung der Authentifizierungskomponente ihres Bürgerservice-Portals für die i-Kfz-Dienste vornehmen zu lassen. Ein Großteil der bayerischen Landratsämter machte von der Erleichterung Gebrauch, die wiederum von den Bürgern gut angenommen wurde.

Generell wird die Nutzung von Online-Diensten auf kommunalen Web-Seiten immer beliebter. Bis Frühjahr 2020 fanden allein auf bayerischen Bürgerservice-Portalen wöchentlich etwa 15.000 erfolgreiche Verwaltungstransaktionen statt, seit Mai sind es über 30 Prozent mehr. Allein die Nutzung einzelner i-Kfz-Dienste erhöhte sich seit Beginn der Corona-Krise um das 19-fache. Die Anzahl der registrierten Nutzer der BayernID war bis Ende September 2020 auf bereits über 250.000 gestiegen. Das Plus spiegelt sich in der großangelegten Befragung "Verwaltung in Krisenzeiten" von Hertie School und Next:Public wider, in die auch die Antworten von knapp 800 bayerischen Bürgern eingeflossen sind. Demnach schneidet der Freistaat bei der Bewertung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung im Bundesländervergleich mit am besten ab. 18 Prozent der Bürger haben in den vergangenen Monaten vermehrt auf Online-Dienste der Verwaltung zurückgegriffen, über 40 Prozent wünschen sich einen digitalen Zugangsweg zur Verwaltung über Online-Portale.

Mit allein circa 3,4 Millionen Neuzulassungen pro Jahr, von denen etwa zwei Drittel im Namen juristischer Personen abgewickelt



Die AKDB treibt unter anderem mit einem Pilotprojekt in Ingolstadt das Thema Großkundenlösungen voran.

werden, besteht ein erhebliches Nutzenpotenzial für die internetbasierte Abwicklung der Kfz-Zulassung. Dafür sind die gemäß Onlinezugangsgesetz (OZG) normierten Nutzerkonten ein wesentlicher Baustein. Sie sollen die Abbildung von Vertretungsregelungen und Vollmachten bei Zulassungsprozessen für Fahrzeuge juristischer Personen (insbesondere solche mit vielen Zulassungsvorgängen wie Fahrzeughersteller, Flottenbetreiber, Miet- und Leasing-Unternehmen oder Dienstleister) sowie für Fahrzeuge natürlicher Personen ermöglichen. Außerdem sollen sie eine bundesweit nutzbare, interoperable Schnittstelle für die Authentisierung von Großkunden anbieten.

Das von der AKDB entwickelte Nutzerkonto Bund schafft dafür eine Grundlage: Mithilfe der neuen Funktion "Unternehmen vertreten Unternehmen" wird die Vertretung eines Organisationskontos zusätzlich zu natürlichen Personen auch durch andere Unternehmen ermöglicht. Im Rahmen der Entwicklergemeinschaft optimiert die AKDB das Nutzerkonto stetig und ergänzt es um weitere Funktionen.

Darüber hinaus treibt die AKDB das Thema Großkundenlösungen

voran. Bereits für die Außerbetriebsetzung, die Projektstufe i-Kfz 1, in Verbindung mit dem Organisationskonto wurde in einem Pilotprojekt gemeinsam mit der Stadt Ingolstadt, der Audi AG und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur nachgewiesen, wie effizient dieser Online-Dienst auch für die Wirtschaft funktioniert. Aktuell geht es in einem Pilotprojekt mit Ingolstadt um die Neuzulassung von Fahrzeugen. Dieses Projekt bildet einen wichtigen Grundstein für den Ausbau weiterer Lösungen für Großkunden.

Nach einer EU-Richtlinie sollen ab dem Jahr 2033 nur noch fälschungssichere Führerscheine im Umlauf sein. Sie sollen in einer einzigen Datenbank gespeichert werden, um Missbrauch zu verhindern. Dazu müssen in Deutschland rund 15 Millionen der bis Ende Dezember 1998 ausgestellten (Papier-) Führerscheine, sowie etwa 28 Millionen Scheckkartenführerscheine umgetauscht werden, die zwischen dem 1. Januar 1999 und dem 18. Januar 2013 ausgegeben wurden. Die Bewältigung dieser Aufgabe stellt vor allem für Kommunen eine große bürokratische Herausforderung dar. Glücklicherweise gibt es hierfür ebenfalls einen Online-Dienst,

um in Zeiten von Covid-19 einen persönlichen Besuch und lange Warteschlangen in der Behörde zu vermeiden.

Der Online-Dienst Führerscheinumtausch kann in das Bürgerservice-Portal der jeweiligen kreisfreien Stadt oder des jeweiligen Landkreises eingebunden werden. Damit ist der Führerscheinumtausch für Bürger ganz einfach rund um die Uhr von zu Hause aus möglich. Das entlastet auch Sachbearbeiter in den Führerscheinstellen, denen dadurch mehr Zeit für andere Aufgaben und den Publikumsverkehr in ihrer Behörde bleibt. Zudem bietet der Dienst vor allem eines - Sicherheit für die Bürger in der anhaltenden Corona-Pandemie.

Vieles spricht also in der aktuellen Situation dafür, dass die digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen zum neuen Servicestandard wird. Aber nicht allein wegen der Auswirkungen der Pandemie, sondern als Katalysator, um die digitale Verwaltung in Deutschland weiter voranzutreiben.

Petra Feldmeier ist bei der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) Produkt-Managerin im Bereich Verkehrswesen.

35

www.kommune21.de Kommune21 · 1/2021

Blaupause für E-Services

Iris Schmidt

Durch die pandemiebedingte intensive Nutzung scheinen immer mehr Hürden für digitale Bürgerservices zu fallen. Als Blaupause dient der Online-Service i-Kfz.

as Corona-Virus hat Deutschland seit einem Dreivierteljahr fest im Griff. Bürger und Verwaltungen mussten im Eiltempo auf digitale Dienstleistungen setzen, um trotz der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie alles am Laufen zu halten. Der Zwangsturbo hat gewirkt: Auch wenn Deutschland laut dem aktuellen eGovernment-Benchmark Report nur Platz 18 in Europa einnimmt, haben die Nachfrage und der Einsatz von E-Government-Diensten spürbar zugenommen. Viele Kommunen, die mit den IKOL-Fachverfahren des Anbieters Telecomputer arbeiten, haben ihr Online-Angebot deutlich erweitert. Gut 50 Prozent der beauftragten Lizenzen im Jahr 2020 betrafen Online-Services.

Was bisher eher zögerlich angenommen wurde, hat nun allseits an Akzeptanz gewonnen. Dieser Schub kommt zur richtigen Zeit, denn Ende 2022 sollen im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) rund 600 Dienstleistungen online möglich sein. Das ist nur umsetzbar, wenn bürokratische Hürden abgebaut werden.

Dank des Gesetzes zur Stärkung der Sicherheit im Pass- und Ausweiswesen können nun Passbilder für den Führerschein direkt in der Behörde aufgenommen und verarbeitet werden. Allein durch diesen Service seien für Kommunen Sachkosteneinsparungen in Höhe von 177 Millionen Euro möglich, so ein aktueller Bericht des Nationalen Normenkontrollrats (NKR). Eine entsprechende Schnittstelle zu Selbstbedienungsterminals hat Telecomputer bereits vor mehr als drei Jahren in die Fahrerlaubnis-Software integriert.

Bislang bremsten oft auch die Kosten Online-Projekte aus. Bevor die durch das OZG angestrebte Entlastung aller Beteiligten greift, muss investiert werden. Doch gerade die publikumsintensiven Ämter für Straßenverkehr und Soziales können mit relativ einfachen Online-Angeboten und geringem Budget schnell punkten, allen voran mit Lösungen für Terminvergabe, Bürgerauskünfte oder Wohngeldprobeberechnung.

Dass mittlerweile auch komplexe Themen realisierbar sind, zeigt das Projekt i-Kfz. In seiner dritten Stufe ermöglicht es den Nutzern, grundlegende Kfz-Zulassungsvorgänge komplett online durchzuführen. Auch dafür war coronabedingt Flexibilität gefragt. Telecomputer kam der vom zuständigen Bund-

Länder-Fachausschuss empfohlenen Ausnahmeregelung nach, die eID-Funktion für die Zulassungsvorgänge optional ausschalten zu können. Damit wurde der i-Kfz-Service für alle Bürger, die die entsprechenden zulassungstechnischen Voraussetzungen erfüllen konnten, möglich.

i-Kfz dient nun als Blaupause für ähnlich umfangreiche Projekte. Aktuell wird in Digitalisierungslaboren unter anderem an bundesweit einsetzbaren Lösungen für die Online-Beantragung von Fahrerlaubnissen und Wohngeld gearbeitet. Telecomputer beteiligt sich, wie schon bei i-Kfz, aktiv an der Entwicklung der erforderlichen Schnittstellen.

Auch wenn das Wort Digitalisierung durch das OZG medial stark strapaziert wurde und sich die Realisierung echter Services als langwierig bis unmöglich herausgestellt hat, zeigt das Jahr 2020 trotz aller Belastungen: Durch die intensive Nutzung digitaler Angebote im Rahmen der Corona-Pandemie scheinen auch für zukünftige Projekte Hürden im Denken und Handeln gefallen zu sein.

Iris Schmidt ist bei der Telecomputer GmbH im Bereich Marketing und als Assistenz der Vertriebsleitung tätig.

DSV Service

Online-Anträge zur StVO

DSV Service, ein Tochterunternehmen des Deutschen Sparkassenverlags, hat ein neues Paket in seinem Online-Formular-Katalog veröffentlicht. Es soll Kommunen bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) unterstützen. Das Paket umfasst laut DSV Service Formulare für Ausnahmegenehmigungen gemäß § 46 Straßenverkehrsordnung (StVO). Kommunen können diese Online-Formulare per Standardkatalog buchen. DSV Service stelle die Online-Formulare dann mit Logo und Kopfzeilen der betreffenden Behörde bereit und sorge in Zusammenarbeit mit der Kohlhammer Verlagsgruppe für die kontinuierliche Aktualisierung gemäß der gesetzlichen Änderungen. Das neue Paket ergänze den bereits vorhandenen Katalog von DSV Service für die OZG-Umsetzung oder andere E-Government-Vorhaben.

www.dsv-service.de

KDO

newsystem für Oldenburg

Die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) konnte im Ausschreibungsverfahren des Abfallwirtschaftsbetriebs (AWB) der kreisfreien Stadt Oldenburg in Niedersachsen überzeugen und wird dort das Finanz-Management-System Infoma newsystem von Anbieter Axians Infoma einführen. Die Projektphase mit zahlreichen Schulungen und Workshops erfolgt im Jahr 2021, sodass das Altverfahren beim AWB zum 1. Januar 2022 abgelöst werden kann, informiert die KDO. Ein weiterer Projektschwerpunkt liege in der Einführung des Modulbereichs Kommunale Betriebe.

www.kdo.de

AKDB

Telecomputer gekauft

Die Firma Telecomputer wird ab Januar 2021 von der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) als eigenständiges Tochterunternehmen in den AKDB-Unternehmensverbund aufgenommen. Die AKDB übernimmt laut eigenen Angaben alle Anteile an Telecomputer und führt diese als Tochtergesellschaft weiter. Alle verantwortlichen Personen, Mitarbeiter und Produkte sollen bei Telecomputer verbleiben. Aktuelle Kundenbeziehungen und Verträge würden in gewohnter Art und Weise fortgeführt. Der Geschäftsführer von Telecomputer, Peter Häußler, erklärt dazu:

"Mit der AKDB konnte ein Partner gefunden werden, der sowohl für die Mitarbeiter als auch für die Kunden von Telecomputer die größtmögliche Zukunftsperspektive bietet." Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB, ergänzt: "AKDB und Telecomputer sind seit Jahrzehnten in vielen wichtigen Bereichen der Software-Entwicklung für Verwaltungen gleichermaßen sehr erfolgreich tätig. Mit dieser Investition verankert die AKDB einen für Kernbereiche der Kommunalverwaltung wichtigen Software-Lieferanten dauerhaft im öffentlichen, kommunalen Sektor."

www.akdb.de

www.telecomputer.de

Anzeig



Terminals im Test

Bernd Ziegenbalg

Im Zuge der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) werden immer mehr Verwaltungsservices digital nutzbar. Um das auch solchen Bürgern zu ermöglichen, die zu Hause über keinen Web-Zugang verfügen, testet die Stadt Leipzig den Einsatz von Bürger-Terminals.

is Ende des Jahres 2022 sollen alle Verwaltungsleistungen auch online verfügbar sein. So sieht es das Onlinezugangsgesetz (OZG) vor. Innerhalb der Rahmenbedingungen des Landes Sachsen arbeitet die Stadtverwaltung Leipzig intensiv daran, eine wachsende Zahl von kommunalen Verwaltungsleistungen digital anbieten zu können. Leipzig kooperiert dabei eng mit dem kommunalen IT-Dienstleister Lecos sowie der eigens für die OZG-Umsetzung im Freistaat gegründeten kommunalen IT-Gesellschaft KOMM24. "Jeder Leipzigerin und jedem Leipziger muss es möglich sein, die Online-Leistungen der Stadtverwaltung in Anspruch zu nehmen", sagt Ulrich Hörning, Bürgermeister für Allgemeine Verwaltung bei der Stadt Leipzig. "Und das unabhängig davon, ob zu Hause die erforderlichen Geräte oder ein Internet-Zugang vorhanden sind."

Die Stadtverwaltung Leipzig entschied, gemeinsam mit ihrem IT-Partner Lecos den Einsatz von Bürger-Terminals zu testen. Für die Pilotierung wurden zunächst drei stark frequentierte Standorte im Stadtgebiet ausgewählt. Um den Testaufwand so gering wie möglich zu halten, sollten diese verschiedene Kriterien erfüllen.

38

Neben der bereits vorhandenen Anbindung des Standorts an das von Lecos betriebene Stadtnetz gehörte dazu auch die Möglichkeit, vor Ort fachliche Ansprechpartner für die ausgewählte Leistung zu finden. Die Wahl fiel deshalb auf ein Bürgeramt in der Leipziger Innenstadt, das Gebäude der Volkshochschule sowie das Standesamt. "Hier finden die Bürgerinnen und Bürger auch die Zeit für die Nutzung der Terminals, etwa in den Pausen von Volkshochschulkursen oder während der Wartezeit im Amt", erklärt Lecos-Projektleiter Rocco Rossbach die Entscheidung. "Im Vorbeigehen oder in Hektik probiert niemand gern etwas Neues aus."

Die Bürger-Terminals der Dresdner Firma eKiosk verfügen über einen RFID-Reader für die eID-Funktion des Personalausweises sowie eine digitale Bezahlfunktion mit Belegdrucker. Sie sollen den Bürgern einen Mix aus kommunal relevanten Informationen und Online-Verwaltungsleistungen anbieten. In einem iterativen Prozess erarbeitete das Projekt-Team, bestehend aus Mitarbeitern des Hauptamts und des IT-Dienstleisters Lecos, verschiedene Zugriffs- und Darstellungsvarianten.



Leipzig: Verwaltungsservices am Terminal nutzen.

Im Pilotbetrieb bieten die Terminals den Bürgern die Möglichkeit, unter anderem auf die Web-Seiten der Stadtverwaltung, der Volkshochschule oder des Jobcenters zuzugreifen. Sie können Termine in Behörden reservieren oder unter Nutzung der eID-Funktion des Personalausweises ein polizeiliches Führungszeugnis oder Auskunft aus dem Gewerbezentralregister beantragen. Außerdem ist der Zugang zur sächsischen Serviceplattform Amt24 und allen dort abrufbaren OZG-Verwaltungsleistungen möglich – etwa das Urkundenportal des Standesamts sowie die Anmeldung für die Gästetaxe. Darüber hinaus kann mithilfe der Terminals auf das

Bürgerkonto zugegriffen werden. Die Zahl der Leistungen wird in den kommenden Monaten kontinuierlich wachsen.

"Mit dem Pilotprojekt wollen wir Antworten auf eine ganze Reihe von Fragen gewinnen", sagt Bürgermeister Ulrich Hörning. "Zum einen geht es natürlich darum, ob die Bürgerschaft die Terminals überhaupt akzeptiert und welche Funktionen sie an den Geräten benötigt. Zum anderen erhoffen wir uns Erkenntnisse zum Thema Sicherheit." Rückschlüsse aus dem Projekt möchte die Stadt Leipzig auch in technischer Hinsicht ziehen. Zunächst recht "schmalbrüstig" gestartet, geht es darum, wie die Terminals ausgestattet sein müssen, damit die Online-Dienste komfortabel und barrierefrei genutzt werden können. Braucht es einen Scanner, um Dokumente für Verwaltungsangelegenheiten hochladen zu können, oder reicht vielleicht ein Handyfoto? Ist es erforderlich, einen Kreditkartenzugang zu integrieren, oder werden eher reine Online-Bezahldienste genutzt und es reicht ein Belegdrucker?

Für die drei Terminals hat Lecos ein separates virtuelles Netzwerk implementiert, das zwar aus dem Lecos-Netz erreichbar ist, umgekehrt aber keinen Zugriff ermöglicht. Auf diese Weise kann der IT-Dienstleister Patches und Software-Updates ohne Aufwand einspielen und mögliche Störungen an den Geräten per Fernwartung beheben. "Sicherheitsthemen spielen in mehrfacher Hinsicht eine Rolle bei diesem Projekt", erklärt Projektleiter Rocco Rossbach. "Da ist zum einen die Systemsicherheit, also die bereits berücksichtigte

Sicherung des Netzes sowie der Steckverbindungen. Wir mussten zum Beispiel technisch verhindern, dass sich unbefugte Dritte dazwischenschalten, um Daten abzugreifen. Und zum anderen natürlich die Sicherheit des Bürgers bei der Nutzung, etwa durch Einsatz eines Blickschutzes auf dem Display." Außerdem ist definiert, welche Internet-Angebote Nutzer ansteuern und welche nicht.

Das Projekt läuft seit Mai 2020 und war zunächst auf ein Jahr angelegt. Doch Corona hat die Verantwortlichen ausgebremst. Ganz bewusst waren Standorte ausgewählt worden, an denen die Bürger auch Zeit für eine Terminal-Nutzung finden - in Pausen oder zur Überbrückung von Wartezeiten im Amt. Allerdings fanden während des Lockdowns und danach kaum Volkshochschulkurse statt und für Verwaltungsangelegenheiten werden Termine vergeben, sodass es keine oder kaum Wartezeiten gibt. Entsprechend ist die Ergebnislage bislang deutlich geringer als erwartet. Es ist deshalb angedacht, den Projektzeitraum zunächst bis zum Jahresende 2021 zu verlängern. Dennoch kann bereits gesagt werden, dass die Terminals derzeit eher zur Information genutzt und Online-Verwaltungsleistungen kaum in Anspruch genommen werden. Das könnte unter anderem an fehlender Kenntnis oder Skepsis gegenüber den Angeboten, an Zeitmangel oder am Fehlen der erforderlichen Online-Ausweisfunktion liegen.

Die Bekanntheit und das Interesse an der Nutzung der Online-Ausweisefunktion will die Stadtverwaltung Leipzig mit einer Kommunikationskampagne steigern.

Zudem erhoffen sich die Verantwortlichen, dass die Akzeptanz für diese Funktion des Ausweises mit der Zahl der digital verfügbaren Leistungen wächst.

Bürgermeister Ulrich Hörning plädiert außerdem für einen zügigen Ausbau der Zahl der Verwaltungsleistungen im Freistaat Sachsen nach dem Onlinezugangsgesetz. "Wir arbeiten eng mit KOMM24, KISA und Lecos zusammen, um das Angebot an digitalen Verwaltungsleistungen auszubauen. Die digitalen Behördengänge müssen einfach und sicher möglich sein. Die eID-Funktion ist dabei das Mittel der Wahl. Moderne Verwaltung darf nicht mehr an Ort und Zeit gebunden sein."

Bei positivem Testverlauf ist geplant, zehn bis zwölf Terminals an zentralen, viel frequentierten Orten innerhalb des Stadtgebiets, aber auch in zu Leipzig gehörenden Vororten ohne örtliche Behörde aufzustellen.

Bernd Ziegenbalg ist bei der Stadt Leipzig Referent im Dezernat Allgemeine Verwaltung.



www.kommune21.de Kommune21 \cdot 1/2021 **39**

Interaktiv informiert

Seida Bahtovic

In Münster erleichtert eine interaktive Karte Zugewanderten die Suche nach Angeboten in den Bereichen Sport und Bildung.

er aus dem Ausland neu nach Münster kommt, hat viele Fragen: Wie funktioniert die Arbeitssuche? Wer berät zum Aufenthaltsrecht? Wo kann man die deutsche Sprache lernen? Auch Menschen, die im Bereich Migration arbeiten oder zugewanderte Personen ehrenamtlich unterstützen, suchen Informationen, beispielsweise zu Sport- oder Sprachkursen. Eine interaktive Stadtkarte des Amts für Schule und Weiterbildung unterstützt seit August 2020 die Suche nach passenden Angeboten.

Entstanden ist der Service im Rahmen des Förderprogramms "Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Ende 2017 nahm dazu ein aus zwei Bildungskoordinatorinnen bestehendes Projekt-Team in Münster seine Arbeit auf. Auf der Grundlage eines aktuellen Überblicks über die in der Stadt tätigen Bildungsakteure und deren Angebote entstand die Idee, eine zentrale Informationsplattform zu schaffen, die alle Angebote im Bereich Bildung und Zuwanderung abbildet und jederzeit frei zugänglich macht.

Für die Umsetzung wandte sich das Amt für Schule und Weiter-

bildung an das städtische Vermessungs- und Katasteramt. Gemeinsam mit der Fachstelle Zentrales Geodatenmanagement wurde an einer anwenderfreundlichen und visuell ansprechenden Lösung gearbeitet. Von manchen Ideen verabschiedete man sich mangels technischer Umsetzungsmöglichkeiten, für andere Herausforderungen wurden kreative Lösungen entwickelt. Die amtsübergreifende Zusammenarbeit erlaubte es, Kompetenzen und Kapazitäten zu bündeln und das Vorhaben zu realisieren, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen. Unterstützung bei der Umsetzung und Datensammlung erhielt das Projekt-Team vom Sportamt, dem Stadtsportbund, dem Sozialamt sowie freien Trägern und ehrenamtlich engagierten Personen.

Ziel war es, die Erfassung und Einspeisung der Datensätze so einfach wie möglich zu halten, um zukünftige Pflege- und Entwicklungsarbeiten zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurde ein anwenderfreundliches Content-Management-System gewählt, das über eine Datenbank mit Informationen gespeist wird. Die interaktive Karte wurde mithilfe der Open-Source-Anwendung Leaflet umgesetzt. Seit die interaktive Stadtkarte online ist, erhalten die Bildungskoordinatorinnen regelmäßig E-Mails von



Münster: Karte bündelt Infos für Zugewanderte.

Akteuren im Bereich Bildung und Zuwanderung, die ihre Angebote aktualisieren oder auf der Karte abbilden lassen wollen. Zudem gibt es aus anderen Kommunen, die ähnliche Instrumente umsetzen wollen, Fragen zur technischen Umsetzung und dem Umfang der Arbeit.

Das Amt für Schule und Weiterbildung der Stadt Münster will die interaktive Karte auch nach Beendigung des BMBF-Projekts weiterführen und zudem inhaltlich erweitern. So sollen künftig etwa auch Sportmöglichkeiten im öffentlichen Raum sowie Reha- und Gesundheitssportkurse auf der Karte ausgewiesen werden. Des Weiteren wird darüber nachgedacht, die Karte übersetzen zu lassen und um Angebote im Bereich Kultur und Freizeit zu ergänzen.

Seida Bahtovic ist Bildungskoordinatorin der Stadt Münster.

Kreis Vechta

Virtuelle Rathäuser

Im niedersächsischen Landkreis Vechta haben jetzt die Kommunen und das Kreishaus ihre Online-Rathäuser und das dazugehörige Online-Kreishaus auf Basis der Plattform KDO-Kommune365 gestartet. Die von der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) entwickelte Lösung soll Kommunen die OZG-Umsetzung erleichtern. Über das Portal werden verschiedene Verwaltungsleistungen angeboten, etwa die Beantragung einer Geburts- oder Eheurkunde, Kfz-Anmeldungen, Meldebescheinigungen oder Mängelmelder.

www.landkreis-vechta.de

Quickborn

Serviceportal SH im Einsatz

Im Rahmen ihrer E-Government-Strategie hat sich die Stadt Quickborn dafür entschieden, einen Antragsassistenten des Karlsruher Unternehmens Form-Solutions zu implementieren. Wie das Unternehmen mitteilt, ist die Lösung Antragsmanagement 4.0

nun auch an die OSI-Plattform des Landes Schleswig-Holstein - das durch IT-Dienstleister Dataport zentral bereitgestellte Serviceportal SH - angebunden. Als erste Kommune sei Quickborn mit einer Anbindung des Antragsmanagement 4.0 an das Serviceportal SH in den Produktivbetrieb gestartet.

www.quickborn.de

Rhein-Neckar-Kreis

Kontaktverfolgung mit DCAT

Die Gesundheitsbehörde im Rhein-Neckar-Kreis setzt die Lösung Deskcenter Covid-19 Action Tracking (DCAT) des Unternehmens Deskcenter ein. Das System unterstützt bei der Nachverfolgung von Kontakten infizierter Personen, informiert der Anbieter. Deskcenter-Chef Holger Maul erklärt: "Die technische Basis unserer Lösung ist ein einfach zu bedienendes Ticketsystem. DCAT kann in Abhängigkeit bereits vorhandener Fachanwendungen von den Gesundheitsämtern binnen weniger Tage in Betrieb genommen werden und die Behörden somit personell spürbar entlas-

im Alltag funktionieren. Geplant ist, stadtbezogene Dienste etwa Besucher richtet sich die App.

https://wolfsburg.de



Nachverfolgung von Corona-Infektionen.

ten." Durch die automatisierte Zuordnung der Kontakte sei die fehlerfreie Nachverfolgung sichergestellt, was im Ergebnis zu einem zuverlässigen Überblick in Echtzeit und schneller Reaktionsfähigkeit führt, die im Einzelfall lebensrettend sein könne.

www.rhein-neckar-kreis.de

Soest

Umstellung auf XPlanung

Die Vorgabe zur verbindlichen Anwendung der Austauschstandards XPlanung im Anwendungsbereich Planen und Bauen hat jetzt die Stadt Soest umgesetzt. Das Unternehmen IP Syscon hat laut eigenen Angaben die Kommune im Umstellungsprozess begleitet. Die nordrhein-westfälische Stadt arbeite bereits seit dem Jahr 2000 mit IP-Syscon-Lösungen. Die IP-Planer-Suite habe mit den Updates auf Version 20 neue Funktionen bekommen. Unter anderem könne nun auf einen erweiterten Planzeichenkatalog zugegriffen werden. Bei der Datenumstellung seien gemeinsam Lösungen erarbeitet worden, um unter anderem bestehende Vektorpläne auf XPlanungskonformität und die Geometrien auf Flächenschluss zu prüfen.

www.soest.de

41

Wolfsburg

Smart City App geplant

Im Rahmen des Förderprogramms "Modellprojekte Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung" des Bundes will Wolfsburg eine Smart City App entwickeln. Die App soll den Kontakt zwischen den Bürgern und der Smart City ermöglichen, anonymisierte Daten erzeugen und nutzbar machen sowie die plattformbasierte Mobilität unterstützt, heißt es in einer Meldung der niedersächsischen Stadt. Die App soll vor allem als Hilfe zur öffentlichen Daseinsvorsorge, zur Mobilität, zum ÖPNV oder zur Freizeitgestaltung gebündelt anzubieten und mit einer einzigen Anmeldung nutzbar zu machen. Funktionale Dienste mit Bezahlfunktion, die durch das Mobilgerät unterstützt werden, sollen ebenfalls zur Verfügung gestellt werden. Doch nicht nur an die Einwohner Wolfsburgs, auch an Pendler und

www.kommune21.de Kommune21 · 1/2021

Mit LE.NA aktiv gestalten

B. Böhm / N. Bäuml

Ländliche Entwicklung und Nachhaltigkeit: Dafür steht das Online-Umfrage-Tool LE.NA. Als niedrigschwelliges Angebot lädt es die Bürger in Bayern dazu ein, sich unkompliziert an der Gemeindeentwicklung zu beteiligen.

ie Online-Befragung LE.NA, kurz für Ländliche Entwicklung und Nachhaltigkeit, lädt die Bürger im ländlichen Raum Bayerns dazu ein, eigene Sichtweisen und Erfahrungen einfach in die Gemeindeentwicklung einzubringen. Basierend auf rund 60 Fragen entsteht mithilfe des Tools ein umfassendes Meinungsbild zur aktuellen Situation in einer Kommune. Schnell wird dabei deutlich, welche Themen die Bürger bewegen, wo Handlungsbedarf gesehen wird oder Informationsarbeit zu leisten ist. LE.NA bietet hierfür einen Basiskatalog aus ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Fragen, der individuell an die Gemeinde angepasst wird. Mithilfe dieses vorstrukturierten Katalogs können alle wesentlichen Aspekte einer nachhaltigen Gemeindeentwicklung konsequent erfasst und thematisiert werden. Im Unterschied zu vielen gängigen Indikatorensystemen setzen die Fragen unmittelbar auf der Ursachen- oder Handlungsebene an und ermöglichen so eine rasche Ableitung pragmatischer Ziele und Maßnahmen.

Der Fragenkatalog ist entsprechend der Schwerpunktthemen der Gemeindeentwicklung in sechs Handlungsbereiche ge-

42

gliedert. Sie reichen vom Bauen und Gestalten über die Themen Versorgen, Entsorgen, Verkehren, Landschaft nutzen und gestalten, das Wirtschaften und Haushalten sowie das Miteinander leben in der Gemeinde bis hin zum Wissen, Mitreden und Mitgestalten. Per Mausklick bewerten die Teilnehmer die Fragen oder Kriterien auf einer fünfstufigen Skala von "trifft voll zu" bis "trifft nicht zu". Auch können sie eigene Kommentare eingeben.

In der Regel bekommen die Bürger vier Wochen lang Zeit, die Situation in ihrer Gemeinde zu bewerten und zu kommentieren. LE.NA bietet hierzu eine eigene Befragungsseite für jede teilnehmende Kommune an, die auch über die Homepage der Gemeinde abgerufen werden kann. Damit möglichst viele Bürger mitmachen, ist eine intensive, begleitende Kommunikationsarbeit vor und während des Befragungszeitraums notwendig. Dafür eignen sich beispielsweise klassische Medien wie Plakate, Flyer oder Artikel im Gemeindeblatt sowie in der Tageszeitung. Denkbar sind aber auch neuere Formate wie Videoclips in sozialen Medien oder Aktionen vor Ort, etwa in Gestalt von Informationsständen.

wurde in der 3.800-Einwohner-Gemeinde Ehekirchen im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen durchgeführt. Rund 400 Ehekirchner Bürger aus 18 Ortsteilen haben im Jahr 2015 an der Umfrage teilgenommen. Sie gaben 23.000 Bewertungen ab und hinterließen 1.300 Kommentare. Bereits kurz nach Ende der Befragung wurde die digitale Auswertung auf der Gemeinde-Website veröffentlicht. Diese bot einen validen Überblick darüber, bei welchen Themen die Ehekirchner Handlungsbedarf sahen. So zeigte sich beispielsweise ein großer Wunsch nach Dorf- oder Spielplätzen. Auch wurde deutlich, welchen Stellenwert der Hochzeitsstadl. ein zu einer Festhalle ausgebauter Viehstall, für die Identität der Bürger hat. Das führte dazu, dass der geplante Abriss zurückgestellt und gleich mit dem Start des Gemeindeentwicklungsprozesses nach neuen Nutzungsmöglichkeiten gesucht wurde. Die Befragungsergebnisse von LE.NA stellten aber nicht nur eine wichtige fachliche Grundlage für das Gemeindeentwicklungskonzept in Ehekirchen dar. Sie motivierten zudem engagierte Bürger, eigene Projekte wie die Aktion Bienen(t)räume oder die Anlage von zwei Abenteuerspielplätzen anzugehen.

Die erste LE.NA-Online-Umfrage

Den Dialog fördern

Wie die Tradition der Bürgerbeteiligung in Bayern vom Freistaat unterstützt wird, erläutert die Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Michaela Kaniber.

Wie will ich in meiner Gemeinde leben? Wie will ich wohnen? Kann ich mich hier gut versorgen? Ist unsere Umwelt ausreichend geschützt? Entspricht das kulturelle und soziale Angebot meinen Bedürfnissen? Kann ich mich kreativ und unternehmerisch betätigen? Gerade in den Monaten der Corona-Pandemie haben sich viele Bürger intensiver mit ihrer Gemeinde oder Region auseinandergesetzt. Fragen zu regionalen und lokalen Versorgungsstrukturen, naturverträglichen Naherholungsmöglichkeiten in der direkten Umgebung oder dem sozialen Zusammenhalt im Ort haben ein völlig neues Gewicht bekommen. Zudem hat sich gezeigt: Der Bedarf an digitalen Austauschund Beteiligungsformen auf Ortsoder Gemeindeebene nimmt zu.

In Bayern hat die Bürgerbeteiligung eine lange Tradition. Bereits Mitte der 1980er-Jahre wurde mit den so genannten Dorfwerkstätten die Grundlage für die intensive

Bürgerbeteiligung in der Dorferneuerung geschaffen. Die drei Schulen der Dorf- und Landentwicklung vermitteln seit rund 30 Jahren nicht nur das Grundwissen für die Entwicklungsprozesse in der ländlichen Entwicklung, sondern auch die Grundlagen für die Gestaltung der Beteiligungskultur in ihren Instrumenten Integrierte Ländliche Entwicklung zur interkommunalen Zusammenarbeit, Gemeindeentwicklung, Dorferneuerung und Flurneuordnung. Neben Seminaren, Exkursionen und Fachveranstaltungen in den Schulen und den lokalen Arbeitskreisen in den jeweiligen Projekten hat sich zunehmend der Bedarf nach einem niedrigschwelligen Einstieg in die Bürgerbeteiligung abgezeichnet. Den Bürgerinnen und Bürgern soll es damit ermöglicht werden, ihre Sichtweisen und Erfahrungen einfach in die Gemeindeentwicklung einzubringen und gleichzeitig alle wesentlichen Aspekte einer nachhaltigen Bürgerkommune einzubeziehen.



Michaela Kaniber

Deshalb hat die Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung als weiteren Baustein die Online-Befragung LE.NA entwickelt. Die Abkürzung steht für Ländliche Entwicklung und Nachhaltigkeit. Sie hilft, Schwerpunktthemen für die Gemeindeentwicklung zu identifizieren und ermuntert darüber hinaus Bürgerinnen und Bürger, sich in der Entwicklung ihrer Kommune zu engagieren und die Umsetzung ihrer Ideen selbst in die Hand zu nehmen. Seit Sommer 2020 steht dieses Online-Instrument allen Bürgern offen.

Michaela Kaniber ist Bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Die Erfahrungen anderer Kommunen zeigen, dass mit LE.NA ebenso schwieriger handhabbare Themen der Gemeindeentwicklung zugänglich gemacht werden können. Das Onlinetool vermag es auch in diesem Rahmen, ein niedrigschwelliges Angebot zur Meinungsäußerung zu schaffen. Die Gemeindeentwicklung bleibt so nicht nur ein Thema des Gemeinderats oder von Arbeitskreisen, sondern wird all-

gemein bekannt. Die überwiegend qualifizierten und konstruktiven Aussagen zeugen dabei von einer hohen Kompetenz und Handlungsbereitschaft der Bürger. Durch die anonyme Online-Befragung wird zudem die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass auch schweigende Mehrheiten und Minderheiten ihre Meinung artikulieren. LE.NA kann so dazu beitragen, die Bürgermitwirkung zu objektivieren und zu versachlichen.

Die notwendigen Informationen zur Online-Befragung und zur Freischaltung des Zugangs gibt es im Internet unter lena.infoportalland.de.

Birgit Böhm ist im Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten tätig; Norbert Bäuml arbeitet im Bereich Zentrale Aufgaben der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung.

43

www.kommune21.de Kommune21 · 1/2021

Vertrauensräume schaffen

Sandra Müller

Wie die Digitalisierungsstrategie Detmolds aussehen wird, bestimmen die Bürger der Stadt mit. Analoge und digitale Beteiligungsformate laden unterschiedliche Zielgruppen zum Mitmachen ein. Als wichtige Partizipationsbasis fungiert eine Open-Source-Plattform.

enn von Digitalisierung die Rede ist, geht es häufig auch um Schnelligkeit: schnelle Lösungen, schneller Einsatz, schnelle Umsetzung. Die nordrhein-westfälische Stadt Detmold beschreitet für ihre Digitalisierungsstrategie einen anderen Weg. Mit einem partizipativen Ansatz setzt sie auf Entschleunigung, ohne dabei den digitalen Zug zu verpassen.

Die Digitalisierungsstrategie ist der rote Faden, mit dem eine Kommune beschreibt, wie sie den Wandel vor Ort gestalten will. Letzteren kann niemand alleine stemmen. In Detmold setzen die Verantwortlichen deshalb auf eine umfangreiche Bürgerbeteiligung noch bevor die Strategie verabschiedet wird. In einer dreiteiligen Mitmachserie können die Bürger ihre Vorstellungen, Befürchtungen und Ideen einbringen und so die digitale Agenda mitgestalten. Gestartet ist die Reihe - ganz analog - mit einem Auftakt-Workshop. Auf der Veranstaltung diskutierten die Detmolder, wie der Wandel gestaltet werden müsste, damit er das Gemeinwesen in der Kommune stützt und stärkt. Parallel bot die Stabsstelle Digitalisierung in Kooperation mit der VHS Detmold ein Begleitprogramm zur digitalen

44

Agenda an. Interessierten stand ein vielfältiges Angebot an Veranstaltungen zu Verfügung, an denen sie kostenlos und ohne Anmeldung teilnehmen konnten. Denn gerade eine so komplexe und vielschichtige Aufgabe wie die Digitalisierung erfordert es, einen Vertrauensraum für die Bürgerbeteiligung zu schaffen und die Teilnehmer auf ihrem jeweiligen Wissensstand abzuholen. Ein persönlicher, analoger Zugang zum Thema und begleitende Informationsveranstaltungen können Hemmschwellen abbauen und zum Mitmachen ermutigen.

Für den eigentlichen Ideendialog setzte Detmold von Beginn an auf Online-Formate - und leistete dabei Pionierarbeit. Denn als erste Stadt in Deutschland führte sie zum Start des Online-Dialogs die Beteiligungsplattform Consul ein. Bei Consul handelt es sich um eine Open Source Software, mit der Kommunen einfach und unkompliziert Online-Beteiligungsverfahren umsetzen können. Der freie Quellcode und der modulare Aufbau der Plattform erlauben es, das Design und die Funktionen individuell an die Bedarfe und Beteiligungsformate der jeweiligen Stadt anzupassen. Lizenzgebühren fallen keine an. Die von der UN und EU ausgezeichnete Lösung ist außerdem leicht verständlich und transparent. In mehr als 35 Ländern wird sie bereits eingesetzt, unter anderem in Paris, Madrid, New York oder Buenos Aires.

Von Juli bis Oktober 2020 konnten die Detmolder über das Portal eigene Projektideen einbringen oder die Vorschläge anderer kommentieren und bewerten. Consul ermöglicht es, den kompletten Beteiligungsprozess und die Ergebnisse der einzelnen Mitmachformate transparent an einer Stelle zu dokumentieren. Dadurch können die Bürger jederzeit - auch nach Beendigung der einzelnen Beteiligungsformate - den Fortschritt und die Zwischenergebnisse des Prozesses mitverfolgen und beispielsweise nachvollziehen, wie die Bürgereingaben weiterbearbeitet werden.

Über eine Online-Umfrage auf der Plattform konnten die Bürger zudem über die Fokusthemen der Zukunftskonferenz abstimmen, dem dritten und letzten Baustein der dreiteiligen Mitmachserie. Eigentlich als analoges Beteiligungsformat geplant, wird die Konferenz aufgrund der Corona-Pandemie vom 19. bis 21. Februar 2021 als Hybrid-Veranstaltung stattfinden, die bei Bedarf komplett in den digitalen Raum verlegt werden kann. Über Consul erhalten die



Die Stadt Detmold kombiniert Online- und Offline-Mitmachformate.

Detmolder Zugang zum Plenum und zu den drei Themenräumen der Veranstaltung. So können Interessierte bequem und sicher von zu Hause aus die komplette Zukunftskonferenz mitverfolgen und sich einbringen. Die Impulsgeber und Referenten werden ausschließlich digital zugeschaltet. Geplant ist derzeit, dass Bürger an ausgewählten Orten auch analog an den Workshops teilnehmen können. Die Videokonferenztechnik in den Workshop-Räumen führt die Referenten sowie die digitalen und analogen Teilnehmer dann zu einer Gruppe zusammen - ein Anspruch, der nicht ganz einfach zu realisieren ist. Deshalb werden die Zukunftsthemen-Workshops von Experten moderiert, die auf hybride Veranstaltungsformate spezialisiert sind. Die Zwischenstände und Arbeitsergebnisse der Workshops halten die Gruppen in ihrem jeweiligen Zukunftsthemenraum digital fest. Dadurch können Teilnehmer von zu Hause aus ebenso aktiv mitarbeiten wie die Teilnehmer vor Ort.

Die Kombination der verschiedenen Mitmachformate kommt bei den Detmoldern gut an. Es werden unterschiedliche Zielgruppen der Stadtgesellschaft angesprochen, die Bürgerbeteiligung an der digitalen Agenda ist rege. Daran wird deutlich, dass die Partizipation vor allem von der Verbindung zwischen analogen und digitalen Formaten profitiert. Die Frage ist deshalb nicht, ob sich für die Beteiligung eher ein analoges oder eher ein digitales Format eignet. Vielmehr gilt es herauszufinden, wie sich beide Formate so kombinieren lassen, dass sie die Zielstellung des Bürgerbeteiligungsverfahrens unterstützen und möglichst vielen die Teilhabe ermöglichen. Der Austausch der Detmolder via Consul verläuft dabei genauso respektvoll und konstruktiv wie in den analogen Veranstaltungen. Das bestärkt die Stadt darin, ihren Weg zu mehr digitaler Erreichbarkeit auszubauen.

Eine gute Entscheidung war auch die Wahl der Open-Source-Lösung. Denn Kommunen, die Consul einsetzen oder den Einsatz planen, können sich unkompliziert zusammenschließen und beispielsweise Zusatzfunktionen gemeinsam entwickeln. Je mehr Kommunen die Plattform nutzen, desto günstiger wird es für alle und umso umfangreicher lassen sich die Vorteile der freien Software ausschöpfen. Ein Ziel ist es deshalb, viele weitere Kommunen in Deutschland als Consul-Nutzer zu gewinnen. So könnte auch eine große Entwickler-Community rund um die Plattform entstehen, wie sie in anderen Ländern bereits existiert. Vor diesem Hintergrund will Detmold zusammen mit dem Verein Mehr Demokratie im Jahr 2021 die erste Consul-Fachkonferenz im deutschsprachigen Raum ausrichten. Interessierte Kommunen sind herzlich eingeladen, sich über consul@ detmold.de bei der Stadt zu melden.

Sandra Müller ist seit September 2018 als Chief Digital Officer in der Stabsstelle Digitalisierung bei der Stadt Detmold tätig, entwickelt in dieser Funktion die digitale Agenda für Detmold und begleitet den Digitalisierungsprozess unter Einbeziehung aller Akteure der Stadtgesellschaft.

Anzeige



Aktuelle Meldungen zum digitalen Wandel in Behörden

news@move

Die Stadt besser machen

K. Friebel / H. Hasenpatt

In der Reihe "Meine Stadt besser machen" erprobt die Körber-Stiftung analoge und digitale Beteiligungsformate in Kommunen. In Hamburg pilotiert, setzt beispielsweise die Bürgerstiftung Halle auf die Erfahrungen rund um die Online- und Offline-Bürgerdialoge.

or vielfältigen Herausforderungen stehen die Institutionen der repräsentativen Demokratie in Deutschland. Vor allem die politischen Parteien genießen als traditionelle Treiber der politischen Willensbildung und als Plattform für die Beteiligung an der Gestaltung des Gemeinwesens immer weniger Vertrauen bei den Bürgern. In der Freien und Hansestadt Hamburg etwa sind nur noch 1,3 Prozent der Bürger Mitglied in einer politischen Partei. Gleichzeitig stehen dem politischen System Krisen und komplexe Transformationsprozesse ins Haus. Dass außerdem globale Ereignisse Folgen für den lokalen Raum, die Ouartiere und Ortsteile der Städte haben und ihnen auch dort begegnet werden muss, zeigt ganz aktuell die Corona-Pandemie.

Widerstandsfähige Unterstützungssysteme können in Nachbarschaften nur dann aufgebaut werden, wenn es vor Ort Bürger gibt, die sich aufgrund ihres Verantwortungsbewusstseins gegenüber dem Gemeinwesen mit eigenen Ideen einbringen und sich für die Umsetzung von Projekten engagieren. Die Diskussion, wie mit den gegenwärtigen Herausforderungen umgegangen werden soll, zeigt, dass viele Bürger in Deutschland weiterhin den Wunsch haben, sich

46



Die Bürgerstiftung Halle will die Lebensqualität in ihrer Stadt steigern.

aktiv in den politischen Diskurs einzubringen und an Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden. Das ergab eine repräsentative Umfrage der Körber-Stiftung, für die im Juni 2020 über 1.000 Hamburger Bürger zum aktuellen Handeln von Politik und Verwaltung befragt wurden.

Um in Zukunft wieder mehr Bürger an der Politik zu beteiligen, braucht es Experimentierräume, in denen niedrigschwellige Mitmachformate erprobt werden. Gemeinnützige Stiftungen können dabei als Akteure fungieren, die durch ihre lokale Projektarbeit entsprechende Räume schaffen. In diesem Kontext hat die Körber-Stiftung im Jahr 2019 gemeinsam mit dem Zeitverlag das Beteiligungsprojekt "Hamburg

besser machen" durchgeführt. In über 30 der insgesamt 104 Hamburger Stadtteile fanden so genannte Kneipengespräche statt: Das sind moderierte Workshops, an denen Anwohner der umliegenden Quartiere teilnahmen und Ideen für die Gestaltung und Weiterentwicklung der Nachbarschaft, aber auch der gesamten Stadt, diskutieren konnten. Gleichzeitig sollte es Bürgern, die keines der Gespräche besuchen konnten, ermöglicht werden, Ideen in den Prozess einzubringen, die sich auf ihr direktes Lebensumfeld beziehen. Dafür wurde auf der Projekt-Website www.hamburgbessermachen.de eine digitale Karte der Stadt eingebunden. Auf ihr konnten Einträge georeferenziell verortet werden. Die Beiträge aus den Kneipengesprächen konnten

die Moderatoren in die Karte einpflegen, sodass ein Gesamtbild entstand. Dieses ließ sich im Anschluss in geografische und thematische Cluster untergliedern. Die so herausgearbeiteten Themenschwerpunkte wurden im Projektverlauf von teilnehmenden Bürgern weiterentwickelt und abschließend mit der Hamburger Politik diskutiert.

Aufbauend auf den Erfahrungen aus Hamburg finden seit dem Jahr 2020 weitere analoge und digitale Projekte der Reihe "Meine Stadt besser machen" unter anderem in Vorpommern, Stendal, Forst (Lausitz), Stuttgart und Halle statt. Seit Juni 2020 führt beispielsweise die Bürgerstiftung Halle federführend und mit Unterstützung der Körber-Stiftung das Projekt "Halle besser machen" für die Entwicklung der Stadt in Sachsen-Anhalt durch. Bei der Projektkonzeption legt die Hallenser Bürgerstiftung einen Schwerpunkt auf die Ideenumsetzung. Ziel ist es, zunächst konstruktive Ideen zu sammeln, zu diskutieren, ihre Umsetzbarkeit zu prüfen und je nach Komplexität auch kurzfristig durchzuführen, etwa indem engagierte Bürger bei der Umsetzung unterstützt werden. Mittelfristig sollen die Ideen beispielsweise durch die Bildung lokaler Netzwerke zu einer bestimmten Thematik angegangen oder für eine langfristige Umsetzung an die richtigen Ansprechpartner in der Stadt, der Wirtschaft oder bei Wohnungsgenossenschaften weitergeleitet werden. Dafür könnten einzelne Ergebnisse und Lösungsvorschläge aus dem Bürgerdialog gezielt weitergegeben werden.

"Welche Idee haben Sie, um Halle noch ein bisschen besser zu machen?" So lautet die Leitfrage des

Vorhabens. Von Juni bis November 2020 war die Plattform www. hallebessermachen.de 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche geöffnet, sodass alle Interessierten ihre Ideen eintragen, die Ideen anderer kommentieren oder mit einem "Daumen hoch" bewerten konnten. Im September und Oktober fanden parallel dazu zehn Tischgespräche statt: Mit einem transportablen Tisch zog das Projekt-Team durch die Stadtviertel. war zu Gast bei Vereinen oder anderen Akteuren vor Ort und kam so mit den Menschen direkt ins Gespräch. Die gesammelten Ideen wurden im Nachhinein auf der Plattform eingetragen. Im Ergebnis sind jetzt rund 300 Anregungen aus dem Online- und Offline-Dialog auf der Website zu finden.

Wichtig war der Bürgerstiftung von Anfang an: Auf der Plattform soll kein Sammelsurium von Problemen oder Wünschen entstehen. Stattdessen soll "Halle besser machen" - sowohl online als auch offline - zivilgesellschaftliches Engagement anregen und unterstützen oder den konstruktiven und streitbaren Dialog ermöglichen. Themen, die sowohl online als auch offline immer wieder auftauchen sind: Lasst uns Müll sammeln wer packt mit an? Wie schaffen wir mehr Begegnungsorte, sowohl in den Stadtvierteln als auch quartiersübergreifend? Ist eine autofreie Innenstadt möglich, was muss beachtet werden? Die Diskussionen sind ausnehmend konstruktiv, viele bringen konkrete Ideen ein.

Mit Abschluss der Ideensammelphase Ende November, soll es im nächsten Schritt in die Umsetzung gehen. Bis zum Sommer 2021 finden vier Ideenwerkstätten statt, in welchen die Ideengeberinnen und -geber bei der Umsetzung beraten und unterstützt werden.

Die Online-Plattform hat es der Bürgerstiftung ermöglicht, trotz der Corona-Eindämmungsmaßnahmen mit dem Dialog zu beginnen. Sie bot eine Anlaufstelle, um Ideen vorzustellen und zu diskutieren. Die aufsuchende Arbeit in den Quartieren vor Ort, um mit den Menschen dort ins Gespräch zu kommen, kann sie indes nicht ersetzen. Die ersten Ideenwerkstätten werden pandemiebedingt digital ablaufen müssen – aber das Handeln, das gemeinsame Tun – muss wieder analog stattfinden.

Karoline Friebel ist bei der Bürgerstiftung Halle zuständig für Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit; Hannes Hasenpatt ist Programmleiter Demokratie bei der Körber-Stiftung, Hamburg.

Die Projektpartner in Halle

Die Bürgerstiftung Halle ist eine Mitmachstiftung mit inzwischen mehr als 700 Mitgliedern. Sie initiiert eigene Projekte und hilft anderen dabei, gute Ideen für Halle umzusetzen. Sie ist in Halle gut vernetzt und langjährigere Förderin zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort. Die Körber-Stiftung stellt sich mit ihren operativen Projekten, in ihren Netzwerken und mit Kooperationspartnern aktuellen Herausforderungen in den Handlungsfeldern Innovation, Internationale Verständigung und Lebendige Bürgergesellschaft. Im Jahr 1959 vom Unternehmer Kurt A. Körber ins Leben gerufen, ist die Stiftung heute von ihren Standorten Hamburg und Berlin aus national und international aktiv.

www.kommune21.de Kommune21 \cdot 1/2021 47

Beteiligung in der Krise

Theresa Lotichius

Kann die digitale Bürgerbeteiligung in der Corona-Pandemie eine echte Alternative sein, oder ist sie nur ein unzureichender Ersatz für Präsenzveranstaltungen? Einige Kommunen haben es bereits mit unterschiedlichen Konzepten getestet.

ie Kontaktbeschränkungen infolge der Corona-Pandemie haben im Frühjahr 2020 Informationsveranstaltungen, Bürgerforen und Begehungen wie Stadtteilspaziergänge unmöglich gemacht. Ein Rückschlag für die Bürgerbeteiligungskultur, wie das Berlin Institut für Partizipation (bipar) im Mai in einer Studie feststellte: Mehr als drei Viertel der 1.470 Befragten gaben an, dass Beteiligungsveranstaltungen aufgrund der Pandemie entfallen mussten. Auch im Sommer konnten größere Gruppen nur unter bestimmten Auflagen zusammenkommen und für den Winter zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Entsprechend groß war und ist das Interesse an digitalen Formaten.

Daher haben verschiedene Akteure unterschiedliche Konzepte und technische Möglichkeiten ausprobiert, um Veranstaltungen digital oder in hybrider Form abzubilden. Mit unterschiedlichem Erfolg, denn die Hürden für eine Teilnahme sind nach wie vor hoch: Da noch lange nicht alle Privatpersonen mit einem Computer mit Kamera, Mikrofon und einer ausreichend stabilen Internet-Verbindung ausgestattet sind, kann es zu technischen Schwierigkeiten kommen. Und

48



Friedrichshafen: Online-Befragung statt Praxiswerkstatt.

selbst wenn eine Person auf ein Smartphone und somit auf ein Gerät mit Kamera, Mikrofon und Lautsprecher zugreifen kann, ist sie nicht unbedingt bereit, sich damit auch zu einer solchen Veranstaltung zuzuschalten.

Neben Unsicherheiten im Umgang mit der Technik erschließt sich für manche der Mehrwert einer solchen gestreamten Veranstaltung nicht, die allein schon ihres Formats wegen in direkter Konkurrenz zu diversen anderen medialen Unterhaltungsangeboten steht. Bislang wurden digitale Formate wie Ideenkarten, Maßnahmenkommentierungen

und Online-Befragungen vor allem als Ergänzung zu den Verfahren vor Ort verstanden – um zeit- und ortsunabhängig unter anderem beruflich oder familiär stark eingespannten Zielgruppen das Mitmachen zu erleichtern. Zudem schaffen diese Online-Angebote einen besseren Zugang zu Gruppen, die städtisch organisierte Veranstaltungen nicht besuchen.

Im Zuge der Kontaktbeschränkungen stellte sich jedoch schnell die Frage, ob und wenn ja, wie die digitalen Formate eine Alternative zu Bürgerbeteiligungsverfahren vor Ort oder Veranstaltungen im

digitalen Raum sein können. Viele Städte schwenkten spontan auf Online-Formate um und hielten auf diese Weise den Dialog mit den Bürgern aufrecht.

So setzt beispielsweise die hessische Stadt Friedberg auf eine Online-Beteiligungsplattform für die Umgestaltung des ehemaligen Kasernengeländes Ray Barracks, das zu einem lebendigen Stadtquartier entwickelt werden soll. Die Relevanz des Projekts für die Bevölkerung und der enge Zeitrahmen für Beteiligungsmaßnahmen veranlasste die Stadtverwaltung zum Umschwenken ins Digitale. Ein für Ende April 2020 geplantes Bürgerforum wurde innerhalb von nur drei Wochen ins Internet verlegt und zu einer zweiwöchigen Online-Beteiligung umgeplant.

Der Input der Bürgerschaft war groß; die Ideen und Anregungen helfen der Stadtverwaltung nun dabei, die Pläne für das Areal zu konkretisieren und auf die Wünsche der Bürger abzustimmen. Die so geschaffene Online-Beteiligungsplattform soll zum zentralen Informationsportal für alle weiteren Entwicklungen und Entscheidungen rund um das Projekt werden und weitere Maßnahmen der Online-Beteiligung möglich machen. Die spontan umgesetzte Beteiligungsplattform ist also eine Investition in die digitale Zukunft, da sie als Plattform für Online-Beteiligung erhalten bleibt.

Ähnliche Erfolgsgeschichten gibt es über die Marktplatzumgestaltung der Stadt Schwerte in Nordrhein-Westfalen, die Radverkehrsförderung im hessischen Marburg und das Integrierte Stadtentwicklungskonzept der interkommunalen Kooperation der ebenfalls in Hessen gelegenen Gemeinden Ortenberg, Gedern und Hirzenhain (Oberes Niddertal) zu berichten.

Die baden-württembergische Stadt Friedrichshafen wiederum befragte ihre Bürger auf der bereits etablierten Beteiligungsplattform "Sag's doch" zum Zollgebäude, da die Planungswerkstatt coronabedingt nicht stattfinden konnte. Andere Kommunen initiierten eigenständige Online-Projekte, um in der Pandemie mit den Bürgern in Kontakt zu bleiben, so beispielsweise die Digitalstadt Darmstadt mit einem digitalen Fotowettbewerb zur biologischen Vielfalt.

Die Beispiele zeigen, dass sinnvoll konzipierte und vor allem öffentlichkeitswirksam kommunizierte Online-Verfahren die Bürger ansprechen und aktivieren können. In der bereits erwähnten Studie des bipar kommen die Autoren jedoch zu dem Schluss, digitale Angebote seien kein vollwertiger Ersatz für Präsenzveranstaltungen. In der Tat fehlt den beschriebenen Angeboten – wenig erstaunlich - der persönliche Austausch. Das hat zur Folge, dass die Bürgerbeteiligung im Internet nur bedingt Diskussionen ermöglicht.

In der Regel werden Anregungen, Ideen und Vorschläge der teilnehmenden Einzelpersonen erfasst und können je nach Konzept durch andere kommentiert und bewertet werden. Eine echte Diskussion mit einem Schlag

auf Schlag folgenden Austausch von Argumenten ist dabei nicht möglich. Nichtsdestotrotz bietet die Krise eine Chance: Viele Städte und Gemeinden machen sich – beschleunigt durch die Pandemie – auf einen digitalen Weg, probieren unterschiedliche Konzepte und Innovationen aus und bringen die eigene Bürgerbeteiligungskultur in Bewegung.

Auch wenn die Verfahren unterschiedliche Nachteile haben. ist in jedem Einzelfall zu prüfen, für welche Zielgruppe und mit welcher Aufgabenstellung sie Einsatz finden können. Denn es hat sich gezeigt, dass die Online-Bürgerbeteiligung bei Kontaktbeschränkungen unverzichtbar ist, um die Kommunikation zwischen Stadt und Bürgern aufrechtzuerhalten. Sie sorgt für eine Präsenz der Themen, auch wenn ein direkter Austausch von Angesicht zu Angesicht nicht möglich ist. Die Notwendigkeit, sich mit digitalen Verfahren auseinanderzusetzen, schafft außerdem Erfahrungen im Umgang mit diesen und ebnet den Weg für eine digitale Zukunft, die nach der Pandemie umso besser mit Veranstaltungen und aufsuchender Beteiligung verknüpft werden kann.

Theresa Lotichius ist Geschäftsführerin der wer denkt was GmbH, Darmstadt.

Link-Tipps

Die Bürgerbeteiligungsplattformen der Städte Friedberg, Marburg und Friedrichshafen sind zu finden unter:

- https://friedberg-mitmachen.de
- https://marburgmachtmit.de
- https://friedrichshafen.sags-doch.de

www.kommune21.de Kommune21 \cdot 1/2021 49

IT-Guide

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune 21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

• E-Government / Geodaten-Management 50
E-Procurement / CMS Portale / Finanzwesen
Schul-IT / Spezial-Software
Dokumenten-Management / E-Formulare
Personalwesen / Inventarisierung / RIS Sitzungsmanagement /
E-Partizipation / IT-Security / IT-Infrastruktur
Breitband / Consulting
Komplettlösungen 55-57



Govii UG (haftungsbeschränkt)

Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20

D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 F-Mail: info@govii.de www.govii.de

Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.



TSA Public Service GmbH

Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20

D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0

info@tsa.de Internet: www.tsa.de TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/115, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, 115-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.

0-0



hrain-SCC GmbH

Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9

D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de www.brain-scc.de Internet:

Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.

44



ITEBO GmbH

Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück

+49 (0) 541 / 9631-0 +49 (0) 541 / 9631-196 Telefon: E-Mail: info@itebo.de www.itebo.de Internet:

Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab-

5



cit GmbH

Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205

Telefon: +49 (0) 7021 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 7021 / 95 08 58-9 Fax: E-Mail: vertrieb@cit.de Internet www.cit.de

cit intelliForm® - die Produktlinie mit Komponenten zur Erstellung von elektronischen Formularen und intelligenten Ausfüllassistenten, Formularmanagement sowie eine modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.

<u>۲</u>



Form-Solutions GmbH

Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe

Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 +49 (0) 721 / 754055-17 Fax: E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de

Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.

0-8



GiroSolution GmbH

Hauptstraße 27

Hauptstraue 27
D-88699 Frickingen
Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00
Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09
E-Mail: info@girosolution.de www.girosolution.de

GiroSolution ist Ihr spezialisierter Lösungsanbieter aus der Sparkassen-Finanzgruppe für öffentliche Institutionen und kommunalmarktnahe Unternehmen. Mit den Produkten Giro-Checkout, S-Rechnungs-Service und S-Kompass bieten wir Ihnen intelligente digitale Lösungen für die Themen E-Payment, E-Rechnung und kommunales Portfoliomanagement.



GIS Consult GmbH

GIS Consult Single Schultenbusch 3
D-45721 Haltern am See
Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11
Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 info@gis-consult.de www.gis-consult.de Internet:

GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.



con terra GmbH

Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster

+49 (0) 251 / 59689 300 Telefon: +49 (0) 251 / 590 697 05 info@conterra.de Fax: Internet: www.conterra.de

con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.

Geodaten-Management

Anzeige

E-Procurement • CMS | Portale • Finanzwesen

Deutsches 7 Vergabeportal E-Vergabe - Einfach. Schnell. Sicher.

DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH

Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin

+49 (0) 30 / 374343-810 +49 (0) 30 / 374343-822 Telefon: Fax: E-Mail: vergabestellen@dtvp.de www.dtvp.de

stellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.

DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabe-

D-5



subreport Verlag Schawe GmbH

Ansprechpartnerin: Daniela Hammami

D-51101 Köln +49 (0) 221 / 985 78 - 28 +49 (0) 221 / 985 78 - 66 Telefon: Fax:

daniela.hammami@subreport.de www.subreportCAMPUS.de E-Mail: Internet:

subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.

D-7



TEK-Service AG

Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10

D-79541 Lörrach

Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: E-Mail: +49 (0) 7621 / 9140429 schmidt@tek-service.de TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierende Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.



ADVANTIC GMBH

Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse

D-23556 Lübeck

Telefon: +49 (0) 45I / 60972-0 +49 (0) 45I / 60972-20 Fax: E-Mail: info@advantic.de www.advantic.de Internet:

Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.



ProCampaign® c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24

D-28195 Bremen
Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.



Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH

Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückenstraße 8-11, D-48143 Münster +49 (0) 251 / 48 26 55-0 +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Telefon: Fax:

Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und DII5. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.



SEITENBAU GmbH

Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7

D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 365 98-00 +49 (0) 75 31 / 365 98-11 kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com

SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilen Anwendungen für die moderne Verwaltung.

0-0



Saxess AG

Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassistraße 12

D-04107 Leipzig
Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de

Webbasiertes Beteiligungsmanagement mit Fokus auf zentrale Verwaltung von Stamm- und Finanzdaten, Beteiligungscontrolling und Mandatsträgerbetreuung. Die Fachanwendung fidas wird deutschlandweit in Kommunen aller Größen eingesetzt und entlastet u.a. durch den Beteiligungsbericht auf Knopfdruck und den automatischen Import von Finanzdaten.

D-2



xSuite Group GmbH

Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12

D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 F-Mail: info@xsuite.com Internet:

Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen.

4



ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen

Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert

+49 (0) 2051 / 944-0 +49 (0) 2051 / 944-288 Telefon: Fax: E-Mail: info@ab-data.de www.ab-data.de

ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.

Schul-IT • Spezial-Software

J Cu	Schul-H Spezial-Software Alzege						
D-2	△CL0UD1X	Cloud I X c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloud I x.de Internet: www.cloud I x.de/kommune	Cloud IX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITSI Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT			
D-3	OctoGate EINFACH. SICHER GESCHÜTZT.	OctoGate IT Security Systems GmbH Friedrich-List-Straße 42 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 1804070 E-Mail: vertrieb@octogate.de Internet: www.schulfirewall.de	Seit über 16 Jahren sind wir der führende, einzige deutsche Hersteller/Anbieter von Komplettlösungen für Schulen. Wir bieten Schulen DSGVO und EVB-IT konforme Lösungen mit unseren deutschen Partnern an. Keine Insellösung, sondern abgestimmte Produkte im Security Bereich (Firewall, Jugendschutz, WLAN, BYOD, pädagogische Lösung).				
D-3	H+H Software GmbH Softwarelösungen mit System	H+H Software GmbH Ansprechpartner: DiplInf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0)551 / 52208-0 Fax: +49 (0)551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.				
D-4	Kraft nelwork engineering digital learning	KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: DiplIng. Karsten Kraft Eintrachtstr. 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.				
D-5	AIXCONCEPT Einfach. Digital. Lernen.	AixConcept GmbH Ansprechpartner: DiplKfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.				
D-3	AKDN sozial	AKDN-sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister Technologiepark II, D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@akdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.	Spezial-Software			
D-3	BARTHAUER	Barthauer Software GmbH Pillaustraße la D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0)531 / 23533-0 Fax: +49 (0)531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.				
D-7	AIDA ORGA Geschäftsführungssysteme	AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.				
D-8	G&W	G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0)89 / 51506-4 Fax: +49 (0)89 / 51506-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.				
D-9	LogoData ERFURT GmbH Spezialist für Jugendamt-Software	LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-9084 Erfurt Telefon: +u4 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Neue WEB-Lösungen für Amtsvormundschaften, UVG u. unbegleitete minderjährige Ausländer sowie für Sozialen Dienst, Hilfeplanung, Genogramme, Kindeswohlgefährdung, Wirtschaftl. JH, Controlling, Kostenheranziehung, JGH, PKD, Tagespflege, KITA, Beistandschaften, Unterhaltsberechnung, Beurkundung als plattformunabhängige Jugendamt-Komplettlösung.				

Dokumenten-Management • E-Formulare

Anzeige

3	
м	
4	



LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45

D-04936 Schlieber

Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 +49 (0) 35361 / 350-100 egov@lcs-schlieben.de Fax: E-Mail: Internet: www.winyard.de

Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.



OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover

Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover +49 (0) 511 / 123315-0 +49 (0) 511 / 123315-222 Telefon: Fax: E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.



Ceyoniq Technology GmbH

Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld

Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 +49 (0) 521 / 9318-1111 Fax: E-Mail: eGov@ceyoniq.com www.ceyoniq.com Internet:

Seit über 25 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.

IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser

Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst

umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für

die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommuni-



Materna Information & Communications SE

Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37

D-44141 Dortmund

Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 Fax: E-Mail: Andrea.Siwek-Schmidt@materna.de Internet:

www.materna.de

kation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.



codia Software GmbH

Edisonstraße 2 D-49716 Mepper

+49 (0) 59 31/93 98-0 +49 (0) 59 31/93 98 25 info@codia.de Telefon: Fax: E-Mail: www.codia.de Internet:

Die codia Software GmbH ist ein im eGovernment-Bereich spezialisierter Anbieter von DMS-Lösungen mit fachverfahrensspezifischen Anbindungen für die öffentliche Verwaltung. Die eingesetzten d.gov I Lösungen werden auf Basis des d.3ecms der d.velop AG realisiert und basieren auf dem Organisationskonzept "Elektronische Verwaltungsarbeit".



comundus regisafe GmbH

Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße III D-71332 Waiblingen

+49 (0) 7151 / 96528-233 +49 (0) 7151 / 96528-999 Telefon: Fax: E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de www.regisafe.de

E-Government leicht gemacht - mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.



GELAS Gesellschaft für elektronische Archivierungssysteme mbH

Arton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen
Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-0
Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1

E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de

Seit 30 Jahren ist Questys ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Verwaltung. In weit über 100 Städten und Kommunen ist Questys ein etablierter Standard für vollelektronische Archivierung im DMS. Questys sorgt für einen optimalen Verwaltungsablauf in allen Ämtern, für alle Finanzwesen mit Zugriff auch aus der Cloud.



PDV GmbH

Internet:

Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt

+49 (0) 361 / 4407-100 +49 (0) 361 / 4407-299 Telefon: Fax: www.pdv.de/kontakt Internet:

Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.

D-7



DSV Service GmbH

Ansprechpartnerin: Vera Knoop Königstraße 42

+49 (0) 711 / 400509-0 Telefon: vera.knoop@dsv-service.de E-Mail: Internet: www.dsv-service.de

Die DSV Service GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.

7

Kohlhammer

W. Kohlhammer

Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55

Fax: E-Mail: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 dgv@kohlhammer.de www.kohlhammer.de Internet:

Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllte die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtsicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.

Inventarisierung

Sitzungsmanagement

SES

E-Partizipation

IT-Security



rexx systems GmbH

Ansprechpartner: Florian Walzei Head of sales & marketing Süderstraße 75-79, D-20097 Hamburg

+49 (0) 40 / 890080-0 Telefon: Fax: E-Mail: +49 (0) 40 / 890080-120 sales@rexx-systems.com www.rexx-systems.com

rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.



MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH

Ansprechpartner: Steffen Michel selstraße 25 a

D-70191 Stuttgart

+49 (0) 711 / 120 909-31 +49 (0) 711 / 120 909-11 Fax: E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com

MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPOSTING mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.

0-5



hallobtf! gmbh

Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30

D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0

Fax: E-Mail: +49 (0) 221 / 977 608-20 info@hallobtf.de www.hallokai.de Internet

Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Ersterfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisionssichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.



CC e-gov GmbH

Ansprechpartner: Kurt Hühnerfuß Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg

Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 +49 (0) 40 / 2271 99-71 Fax: F-Mail:

info@cc-egov.de Internet www.cc-egov.de

ALLRIS - Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC DMS - E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürosoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.



STERNBERG Software GmbH & Co. KG

Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuse Kerkmannstraße D-33729 Bielefeld

Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: E-Mail: +49 (0) 521 / 97700 99 info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.



more! software GmbH & Co. KG

Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabau

+49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de www.more-rubin.de Internet

Von der zentralen oder dezentralen Vorlagenerstellung über die Sitzungsplanung bis zur Protokoll- und Beschlusserstellung: More! Rubin ist ein Management- und Organisationswerkzeug für alle Aufgaben rund um den Sitzungsdienst. Sitzungsgeldabrechnung, die browserbasierten Infosysteme und verschiedene Schnittstellen runden das Verfahren ab.



wer denkt was GmbH

Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7

D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: E-Mail: +49 (0) 6151 / 6291551 kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de

Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Dortmund, Friedrichshafen, Bad Homburg.



Net at Work GmbH

Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn

+49 (0) 5251 / 304 600 Telefon: E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de www.nospamproxy.de

NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ,Made in Germany'. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.



NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2

Dombunier 3u abs 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com

NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte (teils mit BSI Zulassung) u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.

D-2



ColocationIX GmbH

Wachtstraße 17-24 D-28195 Breme

+49 (0) 421 / 333880 Telefon: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.

T-Infrastruktur

Anzeige

Breitband • Consulting • Komplettlösungen



DNS:NET Internet Service GmbH

Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin

+49 (0) 30 / 66765-0 Telefon: Fax: E-Mail: +49 (0) 30 / 66765-499 info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de

DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasfaserringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de

D-2 Consultix Consultix GmbH

Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen

+49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net www.consultix.de/kommune Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.

LECOS)

Lecos GmbH

Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0

+49 (0) 341 / 2538-100 info@lecos.de Fax: E-Mail: www.lecos.de

Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.



procilon IT-Logistics GmbH

Ansprechpartner: Andreas Liefeith Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig

+49 (0) 34298 / 4878-10 +49 (0) 34298 / 4878-11 Telefon: Fax: info@procilon.de www.procilon.de E-Mail: Internet:

proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCI, EGVP, De-Mail, autom. Archivanbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.



Telecomputer

Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH

Ansprechpartnerin: Elke Wegener Alte Jakobstraße 79/80, D-10179 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 Fax: E-Mail: +49 (0) 30 / 1210012-99 info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de

Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.



MACH AG

Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck

+49 (0) 451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de

Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse - die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden - und damit Deutschland.



Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer

Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148

Fax: E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de

Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!



GovConnect GmbH Jathostraße IIb, D-30163 Hannover

Geschäftstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg +49 (0) 441 / 97353-0

Telefon: F-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.



NOLIS GmbH

Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53

D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de

Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.



Minden-Ravensberg/Lippe

krz Kommunales Rechenzentrum

krz Kommunaies nechelzen am Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de

Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 45 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale ITekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße I I Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößekom2i ten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem D-35398 Gießen +49 (0) 641 / 9830-1220 Telefon: umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die Fax: E-Mail: +49 (0) 641 / 9830-2020 ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich ekom21@ekom21.de auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert. www.ekom21.de KID Magdeburg GmbH Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommu-Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg nalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt KID. Magdeburg Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale +49 (0) 391 / 2 44 64-0 +49 (0) 391 / 2 44 64-400 Telefon: IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen Fax: steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen E-Mail: info@kid-magdeburg.de Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector. Internet: www.kid-magdeburg.de ab-data GmbH & Co. KG ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware Kommunale Systemlösungen für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitäts-Friedrichstraße 55 produkte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen D-42551 Velbert data • • • Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächen-Fax: E-Mail: +49 (0) 2051 / 944-288 bundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu info@ab-data.de www.ab-data.de Landeshauptstädten eingesetzt. Internet PROSOZ Herten unterstützt als führender Anbieter Kommu-PROSOZ Herten GmbH nen mit praxisnahen Software- und Beratungslösungen in den Fwaldstr. 261 D-45699 Herter **PROSOZ** Bereichen Soziales, Jugend, Bauen und Ordnung und liefert +49 (0) 23 66 / 188 - 0 +49 (0) 23 66 / 188 - 111 Telefon: Kennzahlen und Daten zur optimalen Verwaltungssteuerung. Fax: E-Mail: info@prosoz.de Neben modernen Technologien setzt das Unternehmen auf www.prosoz.de Internet fundierte Kenntnisse aus der Verwaltungspraxis. Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Nagarro ES Provider für kritische Unternehmensapplikationen und Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf ALLGEIER ES is now An der Schusterinsel 3 komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0)611 / 71189202 nagarros Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft E-Mail: info@nagarro-es.com mit Suite4Doppik – Abbildung des doppischen, kommunalen Internet: www.nagarro-es.com Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern. **EDV Ermtraud GmbH** TopCash 2: bar+bargeldlos kassieren, Gebührenkasse + EC-Ansprechpartner: Tobias Krumnow Terminals, Techn. Sicherheitseinrichtung. Für Zahlstellen der Arienheller Straße 10 D-56598 Rheinbrohl Frmtraue Verwaltung + deren Einrichtungen. GEVE 4 – Gewerberegister Telefon: +49 (0) 26 35 / 92 24-0 & Erlaubniswesen für Stadt, Gemeinde, VWG; OZG, Datenaus-**GmbH** +49 (0) 26 35 / 92 24-29 Fax: tausch und eAkte. GEVE 4-regional - Gewerbe- und Erlaubnis-E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de www.edv-ermtraud.de Internet verwaltung für Kreise. Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürger-Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) freundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich Sonnenblumenallee 3 dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus D-58675 Hemer +49 (0) 2372 / 5520-0 Telefon: dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd +49 (0) 2372 / 5520-279 entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifi-Internet www.sit.nrw sche Optimierung von Verwaltungsprozessen. Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom +49 (0) 23 03 / 25 47 00 +49 (0) 23 03 / 4 00 49 Telefon: Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushän-Fax: digung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von F_Mail· info@kommunix.de Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS. www.kommunix.de Internet: Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauauf-D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91 – 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91 – 110 sicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Fax: E-Mail: Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als info@lorenz-orga.de www.lorenz-orga.de Internet: Standalone- und Cloud-Nutzung. OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS+KRW den allumfassenden OrgaSoft Kommunal GmbH Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigen-Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken betrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KISulletFachverfahren +49 (0)681 / 87004-0 +49 (0)681 / 87004-90 Telefon: ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System Fax: E-Mail:

vertrieb@o-s-k.de

www.o-s-k.de

OrgaSoft Kommunal

aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40

Jahren kommunaler Datenverarbeitung.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Anzeige



AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16

D-80686 Müncher

+49 (0) 89 / 5903-0 Telefon: Fax: E-Mail: +49 (0) 89 / 59 03-18 45 mailbox@akdb.de www.akdb.de

Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.



Kolibri software & systems GmbH

Ansprechpartner: Thomas Dietrich Rudolf-Diesel-Straße I I

D-82205 Gilching Telefon: +49 +49 (0)81 05 / 3760-0 +49 (0)81 05 / 3760-20 Fax: E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de

www.kolibri-software.de

Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungslösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.



adKOMM Software GmbH & Co. KG

Ansprechpartner: Dennis Böttcher

Stadtweg 14 D-85134 Stammham

Internet:

+49 (0) 8405 / 9286-0 Telefon: Fax: E-Mail: +49 (0) 8405 / 9286-100 poststelle@adkomm.de www.adkomm.de

adKOMM E-Government-Lösung - Ihre Softwarelösung für fach- und ämterübergreifende Informationen. Einheitliche Basis für Daten und Informationen - eine Adressdatei, ein Bürgerkonto und medienbruchfreie Aktenführung. Durchgängige, digitale Geschäftsprozesse und eine einheitliche Oberfläche. E-Government. Einfach. Praktikabel.



Axians Infoma GmbH

Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm

Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 +49 (0) 731 / 1551-555 Fax: E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de

Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newsystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.



DATEV eG

Ansprechpartner: Team Public Sector Paumgartnerstraße 6-14

D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 | 1 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/publicsector Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Anzeige



Vorschau

Die nächste Ausgabe (2/2021) erscheint am 29.01.2021



Digitalisierung – eine Typfrage

Die "eine" digitale Kommune gibt es nicht. Stattdessen ist es eine Typfrage, wie Kommunen mit der Digitalisierung umgehen. Laut einer aktuellen Studie von ÖFIT und KGSt lassen sich vier Typen von Kommunen unterscheiden.



Ohne Kennzahlen kein Controlling

Das Fundament des Controllings bilden Kennzahlen. Seit der Novellierung des kommunalen Haushaltsrechts haben sie ihren festen Platz auch im Finanz-Management der öffentlichen Verwaltung. Welche Arten von Controlling-Kennzahlen gibt es?



Software für Gesundheitsämter

Eine Software des Fraunhofer-Instituts unterstützt Gesundheitsämter bei der Erfassung von Infektionsketten im Zusammenhang mit dem Coronavirus. Außerdem zeigen wir, warum veraltete Drucker-Infrastrukturen den digitalen Wandel ausbremsen.



58

Breitband-Ausbau kommt voran

Eine positive Entwicklung des Glasfaserausbaus in Deutschland stellt der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) in seiner Marktanalyse 2020 fest. Die Anzahl der verfügbaren Glasfaseranschlüsse ist demnach um fast 14 Prozent gestiegen.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe				
Advantic 5	ITEBO 31			
AKDB 60	K21 media 45, 57			
CC e-gov	Nolis 2			
GovConnect	Optimal Systems			
hallobtf! 59	Branchenindex IT-Guide 50 - 57			
Haufe-Lexware 7				

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media AG

Olgastraße 7 72074 Tübingen +49 (0) 70 71 / 855 - 6770 Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773 Fax: E-Mail: info@k21media.de ww.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff Olgastraße 7 72074 Tübingen

E-Mail: Redaktion:

(stelly. Chefredakteurin)

erena Barth

Alexandra Braun (in Elternzeit) Corinna Heinicke (Volontärin) Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Sara Ott Olgastraße 7 72074 Tübingen +49 (0) 70 71 / 855 - 2787

E-Mail: s.ott@k21media.de

Ab dem 1.1.2021 gilt die Preisliste Nr. 21 der Media Information 2021.

Erscheinungsweise: ISSN: 1618-2901

Einzelpreis Inland:

9,00 € (zzgl. Porto und Versand) 104,00 € (Abonnement frei Haus) +49 (0) 70 71 / 855 - 6770 Jahresabonnement Inland:

Kreissparkasse Tübingen. Bankverbindung:

BLZ 641 500 20 Kontonr. 155 010

PEAK Agentur für Kommunikation Layout

GmbH, Tübingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG Auchtertstraße 14

72770 Reutlinger

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sweilung eiektronischer Versichten und zur Einspecke aus im Deutschaft zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

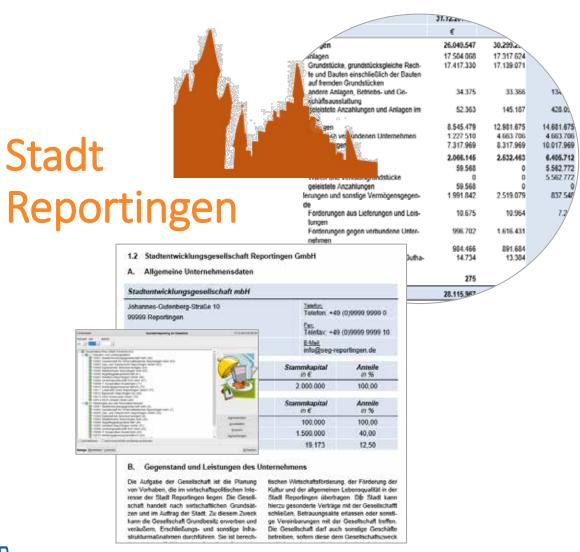
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2020 K2 I media AG. Alle Rechte vorbehalten.

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (43), Campaignary (41), creativ collection Verlag (16), ekom21 (18), fotostudiocolor24/stock.adobe.com/PEAK Agentur für Kommunikation (Titel, 4), Jakob Liese-Held (46), Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik Bayern (30), MEV Verlag (58), N3GZ (8), nikilitov/stock.adobe.com (14), PEAK Agentur für Kommunikation (3), RAJESH RAJENDRAN NAIR/123rf.com (29), scharfsinn86/stock.adobe.com (35), Stadt Detmold (45), Stadt Leipzig (Titel, 38), Stadt Münster/Maren Kuiter (40), Theresa Lotichius/wer denkt was GmbH (48), vege/stock.adobe.com (58), Virtual Solution (32), Vitako (24), xiaoliangge/stock.adobe.com (58).

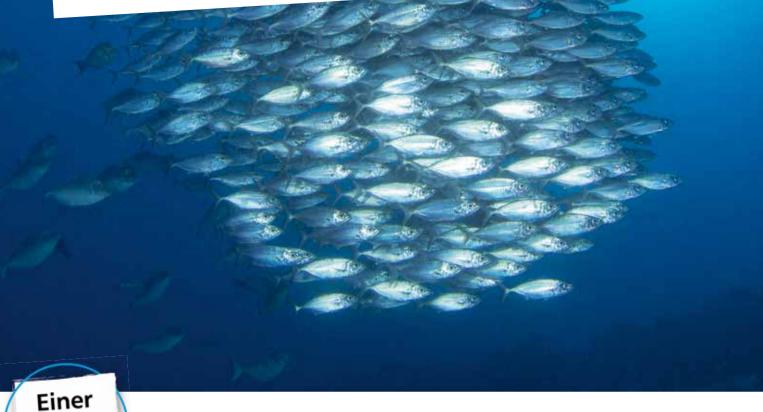
Beteiligungsbericht 2019



Herr Gschwind ist Beteiligungsmanager der Stadt Reportingen. Seinen jährlichen Beteiligungsbericht hat der Doppik al dente!-Berater nach Maß für ihn entwickelt.

Jetzt ist alles einfach: Zahlen und Daten einbringen – Knopf drücken – fertig. Finanzzahlen, Leistungsdaten, Gremien-Besetzung, Beteiligungs-Verhältnisse, Vorjahres-Ausweis, Kennzahlen, Texte, Grafiken. Alles in einheitlichem, ansprechendem Layout.





Einer für Alle

Und was sehen Sie? Kommunen, Landesund Bundesbehörden, die bei der OZG-Umsetzung Kräfte bündeln, sind stärker.

Der neue Einer-für-Alle-Ansatz der AKDB

Eine OZG-Umsetzung bis 2022? Das geht! Wenn jeder jedem hilft. Durch nachnutzbare Online-Dienste nach dem Einer-für-Alle/Viele-Prinzip: Wir entwickeln nur mit Open-Source und nutzen modernste Containertechnologie. Das macht unsere Online-Dienste frei gestalt- und in jede Website integrierbar. Das Beste: Sie werden nach dem EfA-Prinzip vom Bund gefördert. Und stärken die digitale Souveränität Ihrer IT.

Möglichkeiten üterall



Neugierig? Mehr Infos erhalten Sie im Whitepaper "Nachnutzbarkeit von OZG-Diensten" auf akdb.de/efa

